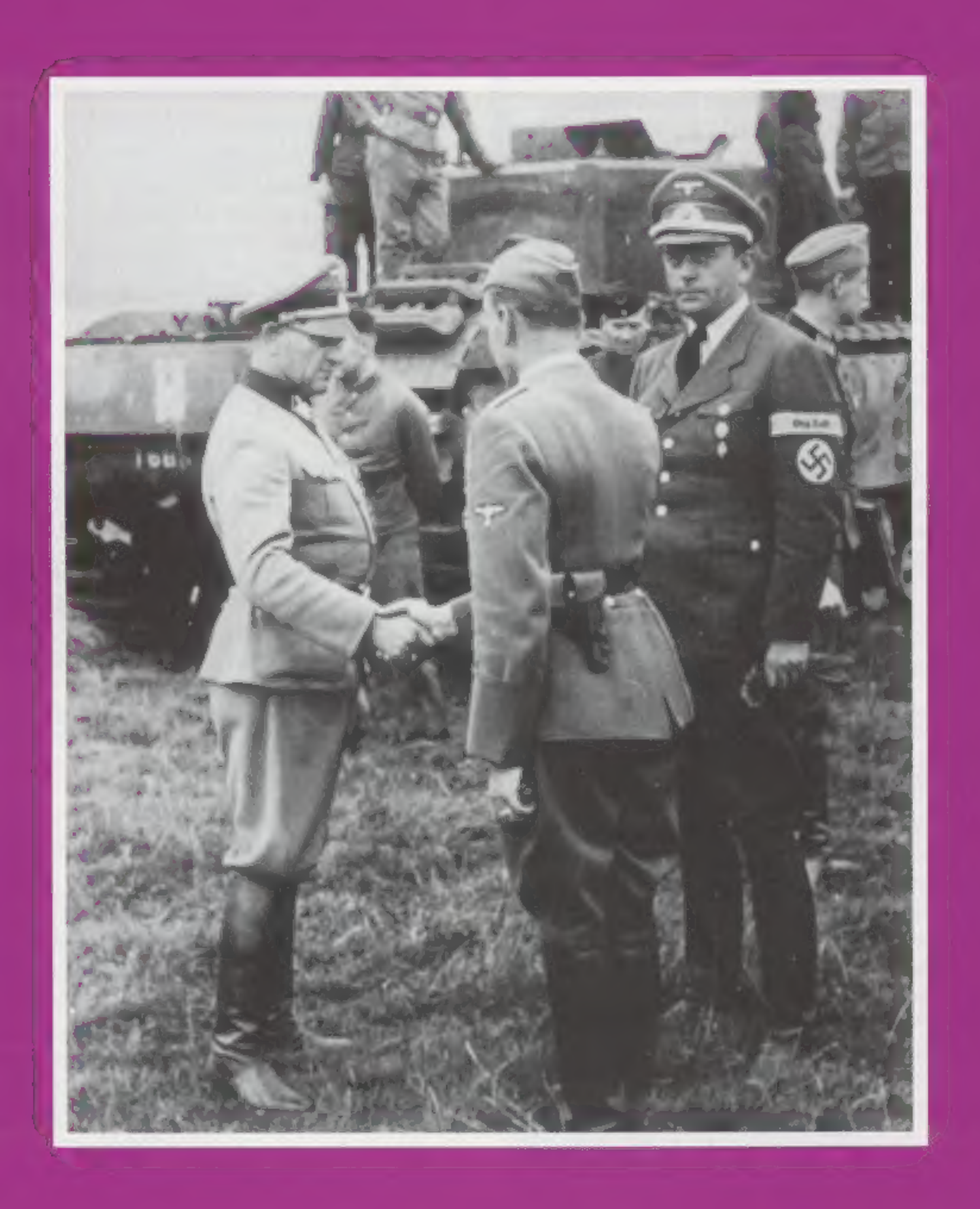
Historische Tatsachen Nr. 87

SIEGFRIED EGEL

"Erkenntnisse" von Albert Speer



Reichsminister Albert Speer besuchte am 29. August 1942 (37-jährig, geb. am 19.5.1905) als Gast des Obergruppenführers Sepp Dietrich, den er laut seinen Nachkriegserinnerungen so wenig schätzte, in Dieppe, wo kanadische Truppen ihren ersten Landungsversuch auf dem europäischen Festland [illegible] Tage zuvor unter hohen Verlusten abbrechen mußten.

SIEGFRIED EGEL

"Erkenntnisse" von Albert Speer

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung.

Meinungsäußerungen fließen allein aus dem Kern der Tatsachen, nicht aus ferneren, insbesondere politischen Absichten.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

"»Ich schilderte, was ich erlebt habe und wie ich es heute sehe«, ließ er die Leser im Vorwort seiner schließlich veröffentlichten ***'Erinnerungen'*** *wissen. Damit hatte er sich gleichsam den Freibrief dafür ausgestellt, seine Person und all jene, die zusammen mit ihm das Gesicht des Dritten Reiches geprägt hatten, so darzustellen, wie er sie in der Rückschau von zweieinhalb Jahrzehnten sah und gesehen haben wollte. Sein selbst gestellter »moralischer« Auftrag hat somit wenig zu tun mit Geschichtsschreibung."*

Matthias Schmidt, "Albert Speer -- Das Ende eines Mythos", Bern - München 1982, S. 235

Grundsätze der US-Außenpolitik

"Rund 31.000 aus Deutschland emigrierte Juden haben während des Zweiten Weltkrieges in der US-Army gegen ihr Geburtsland gekämpft. Sie spielten bei der politischen Umerziehung der Westdeutschen nach 1945 eine bemerkenswerte Rolle."

Der Stern, 6. Mai 1976, S. 172 f.

- - - - - - - -

"Die Vereinigten Staaten haben keine Rivalen. Wir dominieren weltweit militärisch. ... Unser Geschäft ist es jetzt, feindliche Regierungen zu stürzen und uns gewogene Regierungen zu schaffen. ... Imperiale Strategie konzentriert sich eben auf die Verhinderung mächtiger feindlicher Herausforderer: durch Krieg, wenn nötig, durch imperiale Assimilierung, wenn möglich."

Stephen Peter Rose,
Direktor des Institute for Strategic Studies
an der Harvard-University,
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 2002

Späte Einsicht

"Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: Daß der Krieg schließlich nicht gegen ***Hitler****, sondern gegen Deutschland geführt wurde."*

Eugen Gerstenmaier,
Widerstands-"kämpfer",
von 1954 - 1969 Präsident des Bonner Bundestages
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 1975

Siegfried Verbeke + **THE BARNES REVIEW (TBR Co)**
Postbus 46 **1433 Pennsylvania Ave. S.E.**
B 2600 Berchem 1 **Washington D.C. 20003 -- USA**

ISSN 0176 - 4144

INHALT

Minister eines "Sklavenstaates"

Albert Speer

-- *"Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und der deutsche Pavillon auf der Pariser Weltausstellung von 1937, vor allem aber seine Gestaltung der Berliner Reichskanzlei -- die besonders in der Innenausstattung zu dem Edelsten deutscher Kunst dieses Jahrhunderts gehörte und die würdigste Repräsentation dieses großen Reiches war, wiesen ihn als einen Künstler aus, der seinen Vorbildern* ***Karl Friedrich Schinkel*** *und* ***David Gilly*** *sehr nahe kam."* [1) S. 131]

-- Amtsleiter für künstlerische Gestaltung der Großkundgebungen in der Reichspropagandaleitung (1933), Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (30.1.1937), Minister für Rüstung und Kriegsproduktion ab Mitte Februar 1942 - 1945 --,

hat bereits mit der Wahl seines Buchtitels "Der Sklavenstaat" [2] ein deutliches Zeichen für opportunistische Tendenz gesetzt bzw. dafür, daß er sich als geistiger Sklave derjenigen betrachtete, deren langjähriger Gefangener er war. Diese Willfährigkeit gegenüber den Zeitgeist-Gewaltigen durchzieht sein gesamtes Buch, womit er sich als Historiker, ja als Charakter um jedes ernsthafte Renommee gebracht hat. Zwanzig-jährige Haft in Berlin-Spandau bei Entzug jeglicher Literatur über das Dritte Reich, Abgeschnittensein von den hintergründigen Machenschaften der Umerzieher und der trotz schließlicher Freilassung lebenslang auf ihm lastende Druck der Siegermächte haben ihn gebrochen.

Einen Vorgeschmack für seine reuige Neuorientierung hatte er bereits mit seinem phantasievollen Attentatsplan gegen **Adolf Hitler**, *"den erwiesenen Urheber seines* [des deutschen Volkes] *Unglücks"* (Schlußwort vor dem Nürnberger Militärtribunal) eingeleitet, wenngleich er dort auch noch dem US-Chefankläger **Robert Jackson** zuweilen standhaft widersprochen hatte:

Z.B. am 21. Juni 1946, nachdem er schilderte, daß er sich im März 1942 bei Hitler um eine verbesserte Unterbringung und Ernährung der russischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter erfolgreich eingesetzt hatte:

"Wenn die Arbeiter aus dem Osten nach Deutschland kamen, werden sie zweifellos in ihrer Bekleidung schlecht gewesen sein. Aber ich weiß von ***Sauckel****, daß in dieser Zeit seiner Tätigkeit viel getan wurde, um diese Arbeiter besser zu bekleiden, und wir haben in Deutschland viele der russischen Arbeiter in einen bedeutend besseren Zustand versetzt, als sie vordem waren, in Rußland waren. Die russischen Arbeiter waren bei uns sehr zufrieden. Es ist also nicht gesagt, wenn sie hier zerlumpt ankamen, daß das eine Schuld von uns war. Wir konnten zerlumpte Arbeiter mit schlechtem Schuhwerk nicht brauchen in der Industrie, und daher wurde das auch abgestellt."* [3]

Als **Jackson** eine grotesk sadistische Folter-Beschuldigung gegen Männer des Speer-Stabes vortrug und sich bemühte, sie mit Fotos von *"Stahlkästen der Firma Krupp"* zu belegen, wies der angeklagte Minister darauf hin, daß dies normale Kleiderspinde aus Blech für die Betriebs-Belegschaften seien, *"wie sie in jedem Werk benutzt wurden"*, und ergänzte:

"Ich halte das Affidavit für erlogen. Ich möchte sagen, in dem deutschen Volk gibt es etwas Derartiges nicht. Und wenn derartige Einzelfälle auftraten, dann wurden sie bestraft bei



Der Führer und sein Architekt, als sie sich noch mit Bauplanungen im Reich befaßten.

1) Dietrich Bronder, "Bronders Weltpanorama -- Leben unter Riesen und Zwergen 1921 - 1988", Frankfurt/M 1990.

2) Albert Speer, "Der Sklavenstaat", Stuttgart 1981, Deutsche Verlags-anstalt. -- Fußnoten in unserer Ausgabe mit bloßer Seitenangabe beziehen sich auf dieses Buch.

3) IMT Bd. XVI S. 594 - 595.

uns. Es ist nicht möglich, hier das deutsche Volk in dieser Weise in den Schmutz zu ziehen. Und auch die deutschen Betriebsführer waren anständige Menschen, die sich um ihre Arbeiter gekümmert haben. Wenn der Betriebsführer bei Krupp das gehört hat, dann hat er sofort eingegriffen. ...

Ich meine, nach dem Zusammenbruch 1945 wurden bestimmt sehr viele Affidavits ausgestellt, die nicht ganz der Wahrheit entsprechen. ... Das ist nach einer Niederlage ohne weiteres möglich, daß sich Menschen zu so etwas hergeben." [3)]

Doch Speers Bereitschaft, sich als Multiplikator jeglicher Desinformationen gegen Deutschland zu betätigen, machte er schon bald nach seiner Entlassung am 1.10.1966 mit seinem ersten Buch "Erinnerungen" aktenkundig. Es war in wesentlichen Teilen gar nicht von ihm als Zeitzeuge, sondern in Kollaboration mit anderen, vornehmlich mit bzw. von **Joachim Fest** und **Wolf Jobst Siedler** geschrieben worden. Ernsthafte Historiker haben sich auf Grund dieser Machart und des dabei herausgekommenen Inhalts gar nicht erst damit befaßt. Die "Korrekten" machten es zum weltweiten Bestseller und sorgten für Übersetzungen in 18 Sprachen. Schließlich hatte Speer dort das abgeliefert, was sie aus einem so "berufenen Munde" hören wollten. Das totale Schuldbekenntnis:

"Mein moralisches Versagen läßt sich kaum in Einzelheiten auflösen; es bleibt die Mitwirkung am gesamten Geschehen. Ich hatte nicht nur an einem Krieg teilgenommen, von dem wir im engeren Kreis niemals im Zweifel sein durften, daß er der Weltherrschaft galt. Ich hatte ihn sogar durch meine Fähigkeiten um viele Monate verlängert. Auf der Spitze des Kuppelbaus für das neue Berlin hatte ich jene Weltkugel angebracht, deren Besitz Hitler nicht nur im Symbol anstrebte." [4) S. 524 - 525]

Zutiefst beeindruckt von den Aussagen des ehemaligen Lagerkommandanten in Auschwitz, **Rudolf Höss,** -- freilich ohne etwas von dessen Folterungen erfahren zu haben, [5)] -- hatte Speer die Skrupellosigkeit der Ankläger und Richter total unterschätzt.

So war ihm z.B. auch nicht aufgefallen -- oder es machte ihm nichts aus --, daß die Sowjets im Zuge der Diffamierung der gesamten Eliten des deutschen Volkes auch die Deutsche Wehrmacht ausgerechnet unter Hinweis auf die nachweisbar verlogene Anschuldigung eines deutschen Massenmordes bei Babi Jar als *"verbrecherische Organisation"* gebrandmarkt wissen wollten.[6)] Die Sowjets hatten diese Beschuldigung erstmals in Ablenkung des im April 1943 aufgedeckten NKWD-Massenmordes an über 15.000 kriegsgefangenen polnischen Offizieren in Katyn (u.a.) verbreitet.[7)]

Mit anderen Worten: Minister a.D. Speer hatte nicht bemerkt -- oder diese Erkenntnis ignoriert --, daß die alliierten Sieger ihre globale Diffamierung des deutschen Volkes hemmungslos, ohne Rücksicht auf Moral und Wahrheit bei Inkaufnahme von weiteren Todesurteilen über den Krieg hinaus betrieben, was eine äußerst kritische Überprüfung aller, aber auch restlos aller ihrer Sentenzen bis ins letzte Detail erforderlich macht, -- und zwar auch außerhalb der von ihnen inszenierten Militärtribunalprozesse.

Gitta Sereny, in London ansässige ungarisch-österreichisch-jüdische Journalistin und Holocaustrechercheurin[8)], hatte Gelegenheit, Albert Speer nach seiner Haftentlassung zu treffen und von ihm "*einen guten Teil*" seiner in Spandau geschriebenen Erinnerungen vorgetragen zu bekommen. Im nachhinein vermerkte sie hierzu:

*"Ach, wie verändert lasen sie sich später in Buchform! Erst einmal unterschied sich die britische Ausgabe schon wesentlich von der amerikanischen. ... Die ursprüngliche deutsche Fassung war aber von 3 Deutschen, dem Propyläen-Geschäftsführer **Wolf Jobst Siedler**, dessen Cheflektorin **Annette Etienne-Engel** und **Joachim Fest**, dem ehemaligen Herausgeber der **Frankfurter Allgemeine (FAZ)**, gründlich in zeitgemäße Form geknetet worden."*

Der britische Historiker **David Irving,** der 1995 diese Aussage in seinem ***Action Report Update*** veröffentlichte, ergänzte:

"Als ich 2 Jahre später zufällig neben Speer zu sitzen kam bei dem von Readers-Digest veranstalteten Diner während der Frankfurter Buchmesse und ihn herausforderte mit der Frage, wann er denn die wirklich in Spandau verfaßten Erinnerungen veröffentlichen würde, erwiderte er nur ergeben:

»Ach, Herr Irving, das wäre ganz unmöglich gewesen. Allein schon die Kapitelüberschriften wären bei dem heutigen Meinungsklima unmöglich gewesen.«

*15 Jahre danach zeigte mir **Leni Riefenstahl** eine Fotokopie des Vertrags, den Speer beim Propyläen-Verlag unterzeichnet hatte. Darin wurde bestimmt, daß ein Viertel all seiner Tantiemen direkt an den Staat Israel gehen sollen.*

Ach, so ist das also."

Er hatte für die "Aktion Sühnezeichen" gespendet.

Speer hätte auch schweigen, erst der Nachwelt seine wahre Auffassung über das historische Weltgeschehen, in das er so exponiert eingebunden war, zu übermitteln brauchen. Geld genug zum Leben hatte er, nachdem die Bundesregierung sein Familienvermögen 1953 freigegeben hatte. Mit seinen Büchern reihte er sich indessen in die Klaqueure der **Hermann Rauschning, Thomas Mann, Wenzel Jaksch, Otto John** und all die anderen ein, die als Deutsche in das Lager der Gegner wechselten und ihr eigenes Volk belogen, bekämpften und Millionen ihrer Volksgeschwister umbringen, Millionen vertreiben und die Überlebenden diffamieren halfen. Was Speer von den Genannten lediglich unterscheidet, ist, daß er sich erst lange nach Beendigung des Krieges an der Diffamierung seines Volkes beteiligt hat, denn während des Krieges sah er die Lage noch anders:

"Der Gedanke, mein Amt aufzugeben, um durch die Beendigung meiner Mitarbeit auch das Ende Hitlers und des Regimes zu beschleunigen, kam mir trotz aller Differenzen nicht und würde mir in ähnlicher Lage wohl auch heute nicht kommen." [4) S. 350]

4) Albert Speer, "Erinnerungen", Frankfurt/M - Berlin - Wien 1969.

5) Vergl ***Historische Tatsachen*** Nr. 34, S. 12 - 14. "Ich hätte alles unterschrieben".

6) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 51 "Babi Jar -- Die Schlucht mit 31.711 ermordeten Juden?"

7) Karl-Heinz Schmick, "Alter Wein in neuen Schläuchen? -- eine erste Annäherung an die neue Wehrmachtausstellung" -- Schriftenreihe der Forschungsstelle für Militärgeschichte Berlin 2002, S. 139.

8) Gitta Sereny, "Albert Speer -- Das Ringen mit der Wahrheit und das deutsche Trauma", München 1995.

"*Heute*", -- das war Jahre später, nachdem er bereits am 5. Mai 1960 in seinem "Spandauer Tagebuch" Hitler als "*ein Genie des Dilettantismus*" erkannt haben will.[9] S. 523

Vorab ist unmißverständlich festzustellen: seine Falschaussagen sind nicht als Irrtümer, Fehler, Bagatellen zu entschuldigen, dafür sind sie vielfach zu widersinnig. Als ehemaliger Reichsminister, der ja nicht als Versager einzustufen war, sondern die deutsche Rüstungsleistung trotz zusammenbrechender Fronten und unentwegter Verluste durch den alliierten Bombenkrieg auf einen vorher nie erreichten Ausstoßpegel emporgetrieben hatte, bewies er Überblick, Unterscheidungsvermögen, kritische Distanz und souveränes Urteil.

Erwähnte Speer jedoch nunmehr in seinem Buch "Der Sklavenstaat" Evakuierungen von Juden, so folgerte er ohne Begründung und Hemmung: "*also in die Vernichtungslager*" S. 390, von deren Existenz er bis Kriegsende allerdings keinerlei Kenntnis hatte. Sprach Generalgouverneur **Hans Frank** davon, nicht arbeitsfähige Juden aus dem Generalgouvernement "abzuschieben", so setzte Speer ohne Begründung nach: "*also ermorden*". S. 381 Fundstätten hat er weder angeführt noch Untersuchungen darüber angestellt. Verwendete er als Dokumente bezeichnete Papiere, so enthalten sie für ihn kritiklos "Tatbestände". Auf Grund seines früheren Insider-Wissens -- und als ehemaliger Minister noch an Subordination der Anderen gewöhnt -- erwartete er von seinen Lesern blinden Glauben an seine plötzlich völlig "neue Sicht der Dinge", die auch ihm damals total unbekannt waren. Weder einen Vorbehalt noch ein Eingeständnis erfuhr man von ihm, wie es noch 10 Jahre später "politisch Korrekte" von sich gaben. So z.B. Prof. **Wolfgang Benz**. Er **bezeichnete die Quellenlage ausgerechnet zu dieser Thematik mit allen ihren Zusammenhängen als "*außerordentlich dürftig*".**[10] Oder der polnische Museumsdirektor von Auschwitz, **Franciszek Piper**. Er **bekräftigte, daß "*mit einer ernsthaften Forschung*" (was immer das für einen kommunistischen Staat heißen mag) "*im Archiv von Auschwitz erst Anfang der 80er Jahre begonnen*" wurde.**[11] -- Dies war zu einer Zeit geschehen, als Speer schon seinen "Sklavenstaat" fertiggestellt und herausgegeben hatte (1981), -- mit "unumstößlichen Erkenntnissen", versteht sich.

Normalerweise würde man das Buch "Der Sklavenstaat" auf Grund solcher Machart keiner Diskussion für würdig erachten. Wenn dies dennoch hier in Teilen versucht wird, so deshalb, weil

1.) nicht zu verkennen ist, daß sich Albert Speer -- oder auch sein oder seine »ghost writer« -- zweifellos viel Mühe gemacht hat (haben), die seinem Arbeitsgebiet zuzuordnenden Erkenntnisse der damaligen Kriegsverhältnisse im Rüstungssektor und auf den politischen Entscheidungsebenen aus bisher unzugänglich gewesenen Archivbeständen des amerikanischen Berliner Document Center zusammenzutragen.

2.) es für einen Historiker erschütternd festzustellen ist, **daß Speers Buch "Der Sklavenstaat" u.a. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundesrepublik in dessen umfassender historischen Enzyklopädie über den Zweiten Weltkrieg [12] ohne die geringsten Vorbehalte gegenüber allen seinen Ausführungen als Standardwerk vorgestellt, zitiert und damit im offiziellen Geschichtsbild verankert wurde. Damit wird ihm amtlich ein Stellenwert eingeräumt, der zur Aufmerksamkeit, Resonanz und Detailanalyse verpflichtet.**

3.) das Buch "Der Sklavenstaat" auch geeignet ist, die Methode zu demonstrieren, wie trotz aller Propagandasprüche die historische Wahrheit, zumindest in wesentlichen Teilen, herauszusezieren und unzweideutig zu belegen ist.

Speer hatte zweifellos Vieles nicht erfahren, war doch seine Minister- und spätere Forschungszeit begrenzt, die ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen bruchstückhaft, der auf ihm nach wie vor lastende Siegerdruck gewaltig, seine psychische Labilität diesem gegenüber deprimierend bis zur Preisgabe eigener Würde.

Seine Bemühungen, die Zahlen der in Arbeitslagern befindlichen Juden während und gegen Ende des Krieges insbesondere in Polen und dem Reich zu addieren, blieben grob lückenhaft. Er verwendete hierfür lediglich einige wenige Papiere deutscher Akten, deren Authentizität er -- wie alle anderen auch -- kurzerhand wie selbstverständlich unterstellt hat. Propagandamaßnahmen der Sieger oder gar Aktenfäl-



Speer auf einer Arbeitstagung zu Rüstungsfragen mit Wehrwirtschaftsführern 1943. Links Staatsrat Dr. Walter Schieber, Chef des Rüstungslieferungsamtes, Mitte = Generalfeldmarschall Erhard Milch.

9) Albert Speer, "Spandauer Tagebücher", Frankfurt/M - Berlin - Wien 1975.

10) Wolfgang Benz, "Dimension des Völkermords", München 1991, S. 463, Fußnote.

11) Franciszek Piper / Waclaw Dlugoborski (Hrsg.), "Auschwitz 1940 - 1945 -- Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz", Auschwitz 1999, Bd. I - V. Hier: Einleitung Bd. I.

12) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", ▮ Bde., Stuttgart 1979 - 2001.

schungen in der Nachkriegszeit hat er nie erwähnt, geschweige denn untersucht, -- bis auf die Reden Himmlers in Posen 1943 und Sonthofen 1944, die ihm als unstimmig aufgefallen sind. Auf sie wird noch zurückzukommen sein.

Je hektischer, brutaler und sadistischer sich der Kriegsverlauf entwickelte, desto unübersichtlicher wurde auf deutscher Seite die Aktenlage, sprich statistische Übersicht, vor allem über Bevölkerungsbewegungen. Kein Wunder, daß man damit auch die Zahlen der im deutschen Herrschaftsbereich verbliebenen Juden aus den Augen verlor.



Speer bei der Vorführung neuer Waffen 1943 im Gespräch mit dem Führer und Reichskanzler. In der Mitte Karl Otto Saur, Hauptdienststellenleiter im Speer-Ministerium; ab März 1944 leitete er den Jägerstab. Im Juni 1944 war nach Amtsauflösung des Generalluftzeugmeisters Albert Speer auch die Luftrüstung unterstellt worden.

Die Kommunisten hatten sich von Anfang an niemals zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung bereitgefunden, sondern waren ideologisch zur dialektischen (parteilichen) Interpretation zugunsten der bolschewistischen Partei verpflichtet. Sie pflegten niemals etwas zur Sachaufklärung eines ihnen unerwünschten Tatbestandes beizutragen, sondern taten im Gegenteil alles, um diese zu verhindern. Entsprechend versorgten sie auch ihre westlichen Alliierten hemmungslos mit Desinformationen, stets zum Nachteil Deutschlands. Und daran waren bekanntlich auch die gentlemen in Großbritannien und den USA vorrangig interessiert.

Was die alliierten Greuelpropagandisten während des Krieges an Lügen produziert hatten, wurde nach Kriegsende ununterbrochen fortgesetzt, gesteigert, schließlich juristisch als *"international bekannte Tatsachen"* abgesichert, bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung und Inhaftierung von Historikern und Vernichtung ihrer wissenschaftlichen Ausarbeitungen und Beweismittel.

Niemals seit Kriegsende haben Russen, Engländer, Amerikaner oder sonstige antifa-Kämpfer ihre Lügen eingestanden (Ausnahme Katyn) und damit ihren Willen zur Sachlichkeit in den internationalen Beziehungen der Völker, speziell gegenüber Deutschland, bekundet!

Daher ist kein Historiker imstande, dieses Thema, das Albert Speer mit gängigen Schlagworten zeitgemäß dogmatisiert, abschließend zu dokumentieren.

Freilich obliegt es dem Historiker, hier nachzuarbeiten, insbesondere mit Hilfe ausländischer Quellen. Stellt es sich doch bei Erfassung der jüdischen Deportations- und Arbeitsverhältnisse während des Krieges ebenso wie bei den die Außenpolitik des Dritten Reiches betreffenden Akten heraus, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit spezielle Umerziehungseinheiten der Alliierten -- vornehmlich der Amerikaner und Briten --, mit aus Deutschland emigrierten Juden besetzt worden waren. Ihrer Sprachkenntnisse und ihrer fanatisch antideutschen Einstellung wegen waren sie bevorzugt ausgewählt worden, um deutsche Akten zu sichten, zu selektieren und zu fälschen. Sie waren an einseitiger Konzentrierung der Anklagethematik gegen die deutsche Politik und Kriegführung auf ihre Volks- bzw. Glaubensangehörigen besonders eingeschworen. Sie haben jedoch versäumt, gleichzeitig korrespondierende ausländische Akten synchron "zu behandeln" und zu berücksichtigen, daß Deutschland den Krieg gegen die Imperialmächte der Welt zu führen hatte, der Probleme anderer Konliktgruppen überschattete.

Doch von diesen Machenschaften war Albert Speer -- wie gesagt -- 20 Jahre abgeschottet. Er war inzwischen auf Reue und Selbstbezichtigung abgerichtet. Bereits 10 Jahre vor Herausgabe des "Sklavenstaates" hat sein bester Freund und frühzeitiger Mitarbeiter im Berliner Büro des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt am Pariser Platz und Chronist seines späteren Ministeriums, **Rudolf Wolters**, der ihn während seiner Haftzeit unterstützt hatte, die Freundschaft mit den Worten gekündigt:

"Was ist nur in Dich gefahren, daß Du nach den Schuldbekenntnissen Deiner »Erinnerungen« nicht aufhörst, Dich immer wieder und immer radikaler als Verbrecher hinzustellen, für den 20 Jahre Gefängnisstrafe »zu wenig« waren.

Was sollen Deine Freunde dazu sagen, wenn Du schreibst: »Meine moralische Verseuchung war vollkommen« ...

Daß Du das Nürnberger Gericht der Sieger verteidigst -- nun, damit dürftest Du ein weißer Rabe selbst unter den damaligen Anklägern dieses Schauprozesses sein. Aber ich verstehe: Mit einer Ablehnung Nürnbergs würde Deine »Verbrecherthese« in sich zusammenfallen." [8) S. 790]

Dennoch führte Albert Speer die öffentlichen Selbstanklagen weiter. 1977 erklärte er eidesstattlich:

»Meine Hauptschuld sehe ich immer noch in der Billigung der Judenverfolgungen und der Morde an Millionen von ihnen.«

Auf die Frage, wie er denn etwas habe billigen können, von dem er nichts gewußt habe, klärte Speer den Sachverhalt auf seine Weise auf. Es sei eine

»Billigung durch Nichtwissen« gewesen." [13) S. 231]

Wahrlich "der beste Qualifikationsnachweis" für seinen "Sklavenstaat"!

Während **Matthias Schmidt** in seinem 1982 erschienenen Buch den ein Jahr früher publizierten "Sklavenstaat" nicht erwähnt hat, kommentierte

Gitta Sereny:

"Das Buch war sehr schlecht: eine Mischung aus bitteren Selbstanklagen und einem wütenden Angriff gegen Himmler und dessen Methode der Errichtung eines Sklavenstaats durch Infiltration der staatlichen Einrichtungen und die Duplizierung aller Behörden und führenden Beamten durch seine eigenen Leute.

Wie es mir gefallen hätte, fragte Speer bei seinem nächsten Anruf, ungefähr drei Tage, nachdem das Buch angekommen war. Ich sei nicht gerade begeistert davon, sagte ich.

»Na ja, ich auch nicht«** meinte er. **»Ich glaube, ich habe mir damit sehr geschadet.«" [12) S. 821]

Joachim Fest -- ebenfalls neben **Wolf Jobst Siedler** Mitautor von Speer's »Erinnerungen« und auch der 1975 erschienenen "Spandauer Tagebücher" --:

"Um wieder eine Aufgabe zu haben, machte Speer sich diesmal ganz aus Eigenem an ein weiteres Buchprojekt, dem er den Titel »Der Sklavenstaat« gab. Über Monate fuhr er ins Bundesarchiv nach Koblenz, um vor allem die Aktenbestände der SS einzusehen. Was schließlich zustande kam, war ein bitteres von Enttäuschung und Anklagen durchsetztes, weithin ungeordnetes Werk über die Machenschaften, mit denen Himmler den SS-Nebenstaat errichtet und schrittweise ausgebaut hatte. " [14)]

Das war's dann schon. Diese Kürze kann nur als grundsätzliche Verachtung interpretiert werden.

Und wie sieht die Resonanz bei **Dan van der Vat** aus, der schon die "Spandauer Tagebücher" wie folgt bewertet hatte?

"Diese sorgfältige Flickschusterei und eklektische Natur der Aufzeichnungen machen das Buch als historisches und auch als chronologisches Dokument wertlos." [15) S. 525]

Bezug: "Der Sklavenstaat": ***"Miserable Qualität. ...***

Und noch immer [nach dem Tod Albert Speers in London am 1. September 1981] *trafen Rezensionen ein -- die fast ausnahmslos negativ waren."* [15) S. 545]

Schließlich der Herausgeber der Kransberg-Protokolle (Niederschriften der Verhöre vom 22. Juni - 7. September 1945), **Ulrich Schlie.** Für ihn war Hitler *"die Fratze des Monsters"*.[16) S. 12] Zwar rage Albert Speer *"aus dieser Reihe* [der führenden Hitler-Paladine] *auf Grund persönlichen Formats heraus"*,[16) S. 13] doch das Buch "Der Sklavenstaat" pflegte er bis auf eine einzige nichtssagende Floskel [16) S. 76] total zu verschweigen. Auch hier ist dies nicht anders als mit Verachtung gegenüber dieser "schriftstellerischen Leistung" zu erklären. Daß sich Albert Speer in diesen "Kransberg-Protokollen" nicht ein einziges Mal zum "Judenthema" geäußert hat, lag gewiß an den ihm von den britischen Offizieren gestellten Fragen. Sie hielten Anderes für wichtig(er).

*"Die durch **Matthias Schmidt** bestärkten Zweifel an der Präsentation des Zeitzeugen Speer werden nie mehr verstummen,"* [16) S. 15]

Dafür sorgte Speer später selbst. **Ulrich Schlie** faßte dessen eigene Worte in dem Satz zusammen:

"Die »Dummheiten der letzten Stunden« bestimmten Speers letzten Lebensabschnitt." [16) S. 57]

Alle hier Genannten sind ausgesprochene Gegner des Nationalsozialismus und haben sich zu Einzelheiten im Inhalt, wenn überhaupt, nur grob überschlägig "trendy" geäußert unter Fixierung auf Speers Schuld-Eingeständnis:

Er habe *"etwas geahnt, daß etwas Entsetzliches mit den Juden passierte"*.

Er habe es *"gebilligt durch Wegsehen, nicht durch Kenntnis eines Befehls oder der Durchführung. Das erstere ist so schwerwiegend wie das zweite."* [15) S. 533]

Doch diese geistige Akrobatik war es sicher nicht allein, die jene ziemlich einheitlich abfällige Kritik des "Sklavenstaates" durch die antifa-Intellektuellen auslöste. Der Grund dürfte -- auch -- darin liegen, daß Speer dort, wo er sich in Einzelheiten vertiefte und Dokumente ausgrub, zu viel Unerwünschtes zutage förderte, was wieder total zu Fall brachte -- und womit sich Speer selbst widerlegte --, was er mit Schlagworten einzurüsten bemüht war. Die Sachkenner merkten natürlich, wie "volkspädagogisch gefährlich" gerade diese Details sind. Wir kommen darauf zurück.

Der deutsche Historiker **Werner Maser**, der die »Erinnerungen«

*"so überaus kritisch beurteilt hatte, stellte 1977 die Behauptung auf, Speer habe eine Absprache mit dem Nürnberger Chefankläger **Jackson** getroffen."* [15) S. 526]

Anders ist es wohl nicht zu erklären, daß Speer die Verantwortung für alles, auch für das übernahm, von dem er nichts gewußt hatte. Dies bewahrte ihn in Nürnberg 1946 vor dem Todesurteil, -- dafür blieb als Auswirkung die dauerhafte Belastung seines Volkes. Propagandistisch hatten die Sieger damit zunächst Erfolg, wäre da nicht die spätere historische Forschung, die das wieder richtigstellte.

Heinz Höhne, ***Spiegel***-Redakteur und Zeithistoriker, apostrophierte Albert Speer so:

"Seine Selbstanklagen brachten ihm den Ruf als Hitlers einzigen reuigen Paladin ein," [15) S. 546]

was freilich seinen Aussagen keinen historischen Wahrheitsgehalt verschafft.

13) Matthias Schmidt, "Albert Speer -- Das Ende eines Mythos", Bern - München 1982,.S. 231 + Eidesstattliche Versicherung vom 15.6.1977, zitiert in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ***Das Parlament*** vom 29.7.1978.

14) Joachim Fest, "Speer -- Eine Biographie", Berlin 1999, S. 449.

15) Dan van der Vat, "Der gute Nazi -- Leben und Lügen des Albert Speer", Berlin 1997.

16) Ulrich Schlie, "Albert Speer - Die Kransberg-Protokolle 1945", München 2003.

Auszeichnung für verdienstvolle Juden im Juni 1940

Nachfolgende Ausführungen sind einem Bericht der ***Deutschen Hochschullehrerzeitung*** entnommen.[17] Der eh. Leiter eines großen jüdischen Arbeitslagers, der im Juni 1940 nach Einrichtung des Ghettos nach Warschau zur Arbeitsbesprechung zwecks Auftragsvergabe an dortige Betriebe beordert worden war, schilderte nachfolgendes Geschehen:

"Nach Beendigung unseres dienstlichen Gespräches wurde durch eine Ordonnanz gemeldet:

»Standartenführer, die Herren sind da!«

Hereingeleitet wurden 16 oder 18 seriöse Juden. Man stellte sich vor und nahm an einem großen ovalen Tisch Platz.

In einer kurzen Stunde mit fast feierlichem Charakter wurden diesen Juden Anerkennungen überreicht: Weißer Karton, etwa 50 x 40 cm links oben goldenes Hoheitszeichen, Druck Gotisch, geprägte Siegel und Original-Unterschrift von Adolf Hitler. In diesen Urkunden wurden die anwesenden Juden mitsamt ihren Familien sowie ihrem beweglichen und unbeweglichen Besitz »in den Schutz des Großdeutschen Reiches genommen«. Mit einer Dank- und Segensadresse an Adolf Hitler und an das deutsche Volk durch einen der so hoch ausgezeichneten Juden war diese kleine Feierstunde fernab von Haß und Krieg und Verrat beendet.

Was war hier geschehen? Durch einen banalen Zufall war ich Zeuge eines weltpolitischen Vorganges geworden. Der greise Marschall **Pilsudski** hatte wohl als einer der ganz wenigen verantwortungsbewußten europäischen Staatsmänner die überragende und auch gefährlich beunruhigende Persönlichkeit des jungen Staatsführers Adolf Hitler erkannt. Er wollte ihn wohl in ruhiges außenpolitisches Fahrwasser leiten und war entschlossen, einen langen Friedenspakt mit ihm zu schließen. Hiergegen stemmte sich eine (franko- und anglophile) chauvinistische polnische Clique unter der Führung des franko- und anglophilen Ministerkollegiums, bestärkt durch deutsche Verschwörer mit höchsten militärischen und diplomatischen Funktionen. Die oben angeführten Juden, führende Zionisten, haben dieses gefährliche Spiel deutscher Verschwörer damals in weiser Voraussicht durchkreuzt, indem sie dem polnischen Kabinett Millionen Goldzloty zur Verfügung stellten, ein für östliche Verhältnisse nicht sonderlich aufregender, aber meist sehr erfolgreicher Vorgang.

Es ist das geschichtliche Verdienst dieser polnischen Zionisten, daß der Nichtangriffspakt zustandekam und die deutschen Verschwörer nicht zum Zuge kamen, vorerst nicht, dafür später um so wirkungsvoller. Diese weltpolitische Voraussicht, diesen Realismus belohnte Adolf Hitler im Juni 1940 mit einem persönlich gezeichneten Schutzbrief. Es ist kaum anzunehmen, daß es sich um sephardische Juden gehandelt hat. So sah seine »Endlösung« aus! Das Weltjudentum jedoch wollte es, bestärkt wiederum durch deutsche Verschwörer, anders.

Ich habe in der Folgezeit das Ghetto in Warschau dienstlich kennengelernt. Eine kleine Schicht tat dort treu und brav ihre Pflicht. Es waren Arbeiter und Handwerker aller Berufe: Dafür lebten sie auch am schlechtesten. Eine größere Schicht oblag dem Schleich- und Schwarzhandel. Im Ghetto in Warschau konnte man alles kaufen oder erschachern, was das Leben in aller Welt schön, angenehm und reizvoll machte. Darüber lebte, ganz in sich eingekapselt, eine dünne Oberschicht und feierte geradezu apokalyptische Orgien, bei denen der Sekt, der Hennissi, der Martell u.a. alkoholische Kostbarkeiten in Strömen flossen. An lukullischen Raffinessen mangelte es ebensowenig. Indessen fiel das jüdische Proletariat, auf den Straßen verhungert, tot um. Einen entsprechenden Hinweis meinerseits beantwortete man mir einmal ungerührt:

»Unsere Rasse muß sich daran gewöhnen, Opfer zu bringen.«

Dagegen erklärten jüdische Faschisten im Hinweis auf die Schleichhändler:

»Davon lassen wir noch vor Madagaskar 60% über die Klinge springen!«

Wenn es jedoch nach den heißen Herzenswünschen der römisch-katholischen Geistlichkeit aller Dienstgrade in Polen gegangen wäre, das jüdische Kind im Mutterleib wäre nicht geschont worden. Angesichts dieses Hasses überlief einen eine Gänsehaut.

Zum Schluß ist noch zu berichten, daß mir 14 Tage nach der Ratifizierung des Israel-Vertrages [1952] von jüdischer Seite für das der Bundesregierung übergebene Memorandum zum Israel-Vertrag DM 30.000,-- geboten wurden. Ich hätte sie gerne genommen. Ich konnte sie -- ich war arm wie Millionen deutscher, europäischer Schicksalsgenossen -- gut gebrauchen. Aber aus dem »Geschäftchen« konnte nichts werden. Es war eine kleine Bedingung daran geknüpft. Ich sollte vor Erhalt des Geldes eine Erklärung unterzeichnen, daß dieses Memorandum nie existent gewesen sei. Auf meine bescheidene Frage, wen man alsdann mit dieser Erklärung erpressen wolle, die Bundesregierung oder mich?, erhielt ich keine Antwort. ..."



Der Stettiner Sportverein »Bar Kochba« 1929

17) ***Deutsche Hochschullehrerzeitung***, Tübingen Nr. 4/1967, S. 26 - 28.

Beurteilung der jüdischen Arbeitskräfte durch die Betriebsführungen

Albert Speer vermerkte:

"Die Grundsätze der Judenpolitik, die der Befehl Hitlers an Sauckel am 22. September 1942 festgelegt hatte, wurden im April 1944 von Hitler selbst aufgehoben. Nunmehr waren nicht mehr alle Juden aus Deutschland zu entfernen, sondern möglichst viele wieder in das Reichsgebiet zu verbringen." S. 400

Die Geschichte der Rüstungsinspektion Berlin hielt Ende 1941 fest:

»Die Leistung [der Juden] *war auf verschiedenen Gebieten sehr gut, z.B. in der Chemie und Textilwirtschaft sowie besonders in der Elektroindustrie, wo Jüdinnen sich als sehr geschickte Wicklerinnen usw. erwiesen.«*[18]

Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Berlin wurde ein Jahr später ausdrücklich erklärt, daß

»die Juden von allen Betriebsführern als ausgezeichnete Arbeitskräfte, die Facharbeitern gleichgestellt werden, bezeichnet werden. Die Betriebsführer fürchten, daß sie für jeden Juden 2 Polen einsetzen müssen, um deren Leistung zu erfüllen.« [19]

Auch der Vierteljahresbericht der Rüstungsinspektion Breslau meldete Ende Dezember 1942, daß

»die Leistungen der Jüdinnen weiterhin sehr gut [seien], *so daß einige Firmen, die bereits jüdische Arbeitskräfte beschäftigen, sich dauernd um weitere Zuweisungen bemühen.«*[20]

Aus den Eintragungen der Rüstungsinspektionen im Generalgouvernement, in Posen und in Kattowitz oder im Reichsgebiet geht hervor, daß die Dienststellen meines Ministeriums sich bemühten, möglichst viele Juden zu beschäftigen. Gleichzeitig versuchte man aus welchen Gründen auch immer, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Hinweise auf mein unmittelbares Eingreifen fehlen jedoch." S. 404

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt ergänzt diese Dokumentation ebenfalls mit Nachweisen aus dem Reichswirtschaftsministerium:

"Als im Oktober 1941 die erste größere Verschleppungsaktion Berliner Juden angeordnet wurde, befanden sich noch 70.000 jüdische Bürger in der Stadt, von denen 18.700 in kriegswichtigen Vorhaben der Industrie und des Verkehrsgewerbes beschäftigt waren. Nach einer Aufstellung der Rüstungsinspektion III waren darunter 10.500 Metallwerker, deren Abtransport die Rüstungsindustrie nicht ohne weiteres kompensieren konnte. ...

Die Leistungsbereitschaft gerade jüdischer Arbeitskräfte wurde in Stellungnahmen der Betriebe, nicht nur in Berlin, besonders herausgestellt. So hieß es vielsagend in einem Schreiben einer Wiener Verzinkerei:

»In Klammern bemerken wir, daß diese jüdischen Arbeiter die tüchtigsten und fleißigsten von allen sind, weil sie ja die einzigen sind, die etwas riskieren, wenn man mit ihrer Arbeitsleistung unzufrieden ist und die daher tatsächlich Höchstleistungen erbringen, so daß man fast die Arbeitsleistung eines Juden mit der von 2 arischen Facharbeitern gleichsetzen kann.«

Die Bemühungen der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation, den Abtransport jüdischer Bürger zu stoppen, beschränkte sich in diesem und in den folgenden Fällen grundsätzlich nur auf den Schutz der Arbeitskräfte, deren Familienangehörige ebenfalls vor der Deportation ausgenommen bleiben sollten, da sie für die Haushaltführung unverzichtbar waren.

Daß diese Schutzbestimmungen, die das RSHA der Wehrmacht gegenüber ausdrücklich bestätigte, in den folgenden Monaten zunehmend in Frage gestellt wurden, beweist der letztlich erfolgreiche öffentliche Widerstand der in »Mischehen« lebenden Frauen gegen den Abtransport ihrer Männer Anfang 1943 in Berlin." [21]



Albert Speer in der Wanne des neuen "Ferdinand" anläßlich der Erprobung neuer Panzertypen 1943 auf dem Schlammgelände des Nibelungenwerkes bei Linz. Hinter ihm auf dem Rand sitzend in Zivil Ferdinand Porsche. Die "Panzer-Tiger-Kommission" hatte zeitgleich entschieden, den »Henschel«-Tiger und den »Porsche«-Tiger unabhängig voneinander zu fertigen.

18) Ba: RW 20/21 - 9, Vermerk von III D-West vom 20.9.1944.
19) Bundesarchiv (Ba): RW 21 - 3/1.
20) Ba: RW 20/8 - 13 - 32.
21) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Bd. 5, 2, S. 816 + Ba: RW 19/319, fol. 79.

Albert Speer widerlegt Himmler-Reden am 4. und 6. Oktober 1943 in Posen

Die "berühmt-berüchtigten" Reden Heinrich Himmlers in Posen am 4. und 6. Oktober 1943 [22] sind bereits in den ***Historischen Tatsachen*** Nr. 45 S. 21 ff und Nr. 47 abgehandelt worden. Um Wiederholungen zu vermeiden, sei darauf verwiesen. Tenor der "überlieferten Texte" ist -- auch hinsichtlich der Reden Himmlers vor Generalen am 28.1.1944 in Posen, im Mai und erneut Ende Juni 1944 in Sonthofen --, daß der Reichsführer-SS die politische und militärische Führungselite des Reiches über die "streng geheime Reichssache der Judenvernichtung" unterrichtet habe, in dem Sinne, daß sie "*Ende dieses Jahres erledigt sein wird*" bzw. "*inzwischen gelöst ist*".

"Es werden nur Restbestände von Juden übrigbleiben, die untergeschlüpft sind."

"Mischehen-Fragen werden noch untersucht und dann gelöst".

Niemand kam darauf zurück. Im übrigen hatte Himmler

"große Schwierigkeiten mit vielen wirtschaftlichen Einrichtungen". [22]

Wir kennen diese dümmlichen, auf einen kümmerlichen Wortschatz der deutschen Sprache zurückzuführenden aussagearmen Wiederholungsvokabeln bereits aus einer Fülle anderer gefälschter Dokumente der Nürnberger PS-Serien. Sie sind ein Ausdruck der "schwarz"-propagandistischen Bemühungen, allen führenden Männern des Dritten Reiches "das Wissen um diese Verbrechen" zu unterstellen und es mit fragwürdigen Papieren "zu belegen".

Den Gauleitern soll Himmler u.a. gesagt haben:

> *"Es trat an uns die Frage heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? -- Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten -- sprich also umzubringen oder umbringen zu lassen -- und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel groß werden zu lassen. Es mußte der schwere Entschluß gefaßt werden, dieses Volk von der Erde verschwinden zu lassen."*

Himmler versäumte freilich nicht, seine Zuhörer zu ermahnen, seine Enthüllungen unbedingt für sich zu behalten und mit ins Grab zu nehmen.

Der "Redetext" auf der Gauleitertagung wurde erst 1953 "entdeckt", war also nicht Gegenstand der Tribunalprozesse. Kein Zeuge konnte hierzu vernommen werden.[23] Einzelheiten der späten "Entdeckung" blieben unbekannt. Kein Gauleiter hat diesen Text bestätigt oder vor der "Entdeckung" Einzelheiten oder Anhaltspunkte vermittelt!

Wahrlich eine "verschworene Gemeinschaft". Auch nachfolgende Zeitgeschichtler haben sich im Bewußtsein ihrer "volkspädagogischen Aufgabe", für die sie bezahlt wurden, nicht darüber verwundert, wie es möglich sein konnte, daß Himmler sich in einer so fürchterlichen Angelegenheit für "*berechtigt*" halten konnte, eigenmächtig darüber zu entscheiden. Auch die seltsame Formulierung stieß ihnen nicht auf, daß "*eine Frage an uns herangetreten sei*", derzufolge er "*sich entschlossen habe, eine ganz klare Lösung zu finden*", **für die er überhaupt nicht bevollmächtigt war!** Den Gauleitern, die direkten Zugang zu Hitler hatten, hatte er noch nicht einmal unterbreitet, daß der Reichskanzler an ihn "*herangetreten*" sei -- nein, eine Frage war es, die "*herangetreten*" war -- und ihm solches auferlegt habe. Niemand fragte nach, ob Hitler davon wußte! Dabei mußte auch ihnen bekannt gewesen sein, was **Himmler** wiederholt geäußert hat: er habe "*in keinem einzigen Fall ohne Hitlers Befehl über Leben und Tod eines Menschen entschieden*".[86) S. 118]

Den behaupteten Redetext hätte sich doch niemand ruhig mit anhören und normalerweise kein Historiker akzeptieren können, weil er einfach zu absurd ist!

Diese Art von Redetext ohne Zeugen und Beweise entspricht genau dem Produktionsschema der "Schwarzpropagandisten" im Stil **Sefton Delmers**!

Albert Speer wurde erst Jahrzehnte später mit diesem Redetext konfrontiert und in der Öffentlichkeit massiv dafür angegriffen, da er nachweislich am 6. Oktober 1943 mit einigen seiner Mitarbeiter in Posen ebenfalls eine Ansprache vor den Gauleitern gehalten hatte. Doch er konnte, gestützt auf zwei eidesstattliche Aussagen von Augenzeugen, die über 30 Jahre nach Kriegsende noch am Leben waren, nachweisen, daß er vormittags, vor Himmlers Ankunft, gesprochen hatte und unverzüglich danach ins Führerhauptquartier nach Rastenburg abgereist war. Diese Tatsache hat er zusätzlich noch "*mit einer Fülle von Daten, Fakten und Zahlen*" nachgewiesen.[13) S. 232]

Er war bei keiner der beiden Reden Himmlers anwesend. Die Redetexte erfuhr er erst nach Kriegsende. Nicht einmal Andeutungen dieser Art hatte er vorher von Teilnehmern erfahren. Lediglich in Abwehr persönlich gegen ihn gerichteter Attacken befaßte er sich -- allerdings nur in Auszügen -- mit diesen Texten.

Die nach 1945 vorgelegten Ausführungen stehen im Widerspruch mit Befehlen **Himmlers** und dem Verhalten **Hit-**

22) Smith/Peterson, "Himmler -- Geheimreden 1933 - 1945 und andere Ansprachen", Frankfurt/M 1974, S. 162 - 183, speziell 169 - 170. -- Seiten im "Sklavenstaat" = S. 376 ff.

23) Gerald Reitlinger, "Die SS -- Tragödie einer deutschen Epoche", München - Wien - Basel 1956, S. 173.

lers. Hierzu Albert Speer:

"Am 26. Januar 1942 -- [...] 6 Tage nach der Wannsee-Konferenz [...] -- teilte Himmler dem Chef der Inspektion aller Konzentrationslager, SS-Brigadeführer ***Richard Glücks****, mit, daß »nachdem russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten« seien, er »von den Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden [sic], eine große Anzahl in die Lager schicken« werde. »Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten Wochen 100.000 männliche Juden und bis zu 50.000 Jüdinnen in die Konzentrationslager aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufgaben und Aufträge werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten. SS-Gruppenführer Pohl wird Sie im einzelnen unterrichten.« ...*

Zu Worten war Himmler schnell bereit, und er neigte auch zu weitschweifenden Phantasien. Aber dieses Mal schien die Verwirklichung seiner Pläne eines ausgedehnten Industriekonzerns tatsächlich in greifbarer Nähe. ...

Die Absichten Himmlers, aus der militärischen Notlage Nutzen zu ziehen und einen Wirtschaftskonzern der SS aufzubauen, schlug sich einige Wochen später in einem grundsätzlichen Wandel der SS-Organisationsstruktur nieder. Am 16. März 1942 wurde ***Oswald Pohl*** *durch Zusammenlegung verschiedener Hauptämter der Verantwortliche der SS in allen Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten."* [S. 31 + 32 + 24)]

Speer selbst hat am 22.9.1942 "*in zähen Verhandlungen*" [25) S. 817] von Hitler die Zustimmung für "*geschlossene Judenbetriebe*" in den besetzten Ostgebieten erlangt. Und der Minister für Rüstung und Kriegsproduktion behielt gewiß den Überblick über und Einfluß auf den Beitrag dieser Betriebe für die Rüstungswirtschaft.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt bestätigte 2 Seiten zuvor:

"Daß der Reichsführer-SS die ihm ausgelieferten Häftlinge in großem Stil als Arbeitskräfte zum ausschließlichen Nutzen der SS einsetzen wollte, wurde in den folgenden Monaten deutlich. Das Rüstungsministerium zeigte sich zunächst mit der Produktion zufrieden. Erst als sich abzeichnete, daß nicht nur Handfeuerwaffen, sondern auch Fernmeldegerät, Granatwerfer, Flakgeschütze und schließlich LKW in den Konzentrationslagern gefertigt werden sollten, begann Speer, dessen Position sich bis September 1942 erheblich festigte, seinen Einfluß auch in diesem Bereich geltend zu machen." [25) S. 815]

Am 28.12.1942 hatte **Richard Glücks** an alle KL-Kommandanten ein Rundschreiben gesandt, in dem es hieß:

"Die 1. Lagerärzte haben sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, daß die Sterblichkeitsziffern in den einzelnen Lagern wesentlich herabgehen. ... Die Lagerärzte haben mehr als bisher die Ernährung der Häftlinge zu überwachen und in Übereinstimmung mit den Verwaltungen dem Lagerkommandanten Verbesserungsvorschläge einzureichen. Diese dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sind von den Lagerärzten regelmäßig nachzukontrollieren. Ferner haben sich die Lagerärzte darum zu kümmern, daß die Arbeitsbedingungen auf den einzelnen Arbeitsplätzen nach Möglichkeit verbessert werden. ... Der Reichsführer-SS hat befohlen, daß die Sterblichkeit unbedingt geringer werden muß." [26)]

Himmler in einem Schreiben vom 15.1.1943:

"Ich habe im gesamten Rüstungsinteresse in den Konzentrationslagern große Aufgaben übernommen. Dorthin gehören die Arbeitskräfte." [27)]

Am 18.11.1943 -- mehr als einen Monat nach Himmlers Reden in Posen -- befahl das dem Reichsführer-SS unterstellte WVHA der Lagerleitung in Auschwitz, guten Arbeitern, auch jüdischen, als Anerkennung für ihre Leistung Prämien zu gewähren.[28)]

Abgesehen von diesen Befehlen, die den Arbeitseinsatz von



Der berühmt-berüchtigte jüdische Filmregisseur Artur Brauner: *"Atze spazierte 1943 stolz über den Kudamm in Berlin"*, so die *Bildzeitung* am 1.8.1998 S. 3 -- ohne Judenstern, im gepflegten Dress. Er gehörte offenbar zu jenen cirka 4.000 seiner Stammes- und Glaubensbrüder, die bis Kriegsende in Berlin verblieben waren.

Atze Brauners perverser Desinformations-Film *»Lebensborn e.V.«* lief praktisch um die ganze Welt (vgl. *HT* Nr. 72, S. 34). Brauner beteiligte sich nach Kriegsende an der globalen Diffamierung des Nationalsozialismus u.a., indem er verbreitete, die Deutschen hätten während des Krieges jüdische Leichen zu Seife verarbeitet (vgl. *HT* Nr. 66, S. 24), -- ausgerechnet zu einer Zeit, da er offensichtlich unbeschwert auf dem Kurfürstendamm defilierte.

24) Nürnbg. NO-500.
25) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" Bd. 5,2.
26) Nürnbg. NO-1523.
27) BA: NS 19/neu 1542.
28) ***Hefte von Auschwitz***, 1962 Nr. 6, S. 18: "Wydawnictwo Panstwowego Muzeum w Oswiecimiu".

Juden betrafen, und die auch gewiß die SS-Führer, Gauleiter und Generale zumindest im Grundsätzlichen kannten, dürften die Zuhörer Himmlers auch gewußt haben, daß zu jenem Zeitpunkt große Gruppen von Juden in Frankreich unbehelligt geblieben,[28 a)] auch zahlreiche Juden in Berlin verblieben waren, ein besonderes Altersghetto in Theresienstadt ein eigenständiges Leben mit eigener Währung führte und die ungarischen Juden ein weiteres Beispiel dafür waren, daß das kontinentale europäische "Judenproblem" keineswegs -- wie auch immer -- als "gelöst" betrachtet werden konnte.

Speer war 1939 - 1941 als Generalbauinspektor von Berlin u.a. auch mit der Freimachung von jüdischen Wohnungen zugunsten von Bauprojekten und Bombenkriegsopfern befaßt, was er später zu verschweigen suchte. Da diese Tätigkeit jedoch nach Kriegsende nicht unbekannt bleiben konnte, mag dies seinen Belastungseifer gegen Führer, Volk und Reich erklären, war er sich doch wohl bewußt, daß er andernfalls die antifa-Menschenjäger erneut auf sich lenken würde.

Zweifellos sind die Deportationen von Juden auch aus Berlin, beginnend mit den ersten 8.000 im Oktober 1941 unzweifelhaft Reaktionen und Vergeltungsmaßnahmen gegen die Kriegsziele zur Vernichtung des deutschen Volkes, wie sie weltweit im Namen des Judentums und von jüdischen Exponenten unter den Fittichen der Imperialmächte unentwegt publiziert und in die praktische Kriegführung umgesetzt wurden, aber auch als Vergeltung gegenüber der Existenzvernichtung und Zwangsdeportation der 650.000 - 750.000 Rußlanddeutschen, darunter 400.000 Wolgadeutsche seit Juli/August 1941 unter entsetzlichen Bedingungen des NKWD-Terrors.[29)] Die amtlich lancierte Haß- und Volksmordhetze eines **Ilja Ehrenburg** von Moskau aus und **Nathan Theodore Kaufman** von Washington aus, des **Lord Robert G. Vansittart** und **Winston Churchill** von London aus -- um nur diese hier zu nennen -- lagen zeitlich früher, ebenso das Kriegsziel von **Lionel de Rothschild** aus London, "*Deutschland den Juden zu übergeben*"! (22.10.1939)[30)] Jedenfalls waren die Judendeportationen Kriegsmaßnahmen auf deutscher Seite, jedoch kein Massenmord. Weiteres wäre zu untersuchen. Dem Historiker obliegt es, dies festzustellen. Ändern, verhindern kann er nichts mehr. Speer vermied, diese Zusammenhänge in seinen Büchern aufzuzeigen.

Aus all den genannten Widersprüchen zur Realität hätte Himmler schon unmittelbar aus dem Kreis der keineswegs als Lakaien abzuqualifizierenden Versammelten empörte, zweifelnde, nachfragende Resonanzen erfahren müssen. Doch Einwände sind von niemandem -- auch nicht im nachhinein -- verzeichnet.

Adolf Hitler hatte ebenfalls im Anschluß an die Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942 -- im Mai 1942 -- entschieden, die Judenevakuierung und -thematik bis Kriegsende zurückzustellen.[31)] Dies wurde freilich nicht eingehalten, doch Speer wußte und hat mitgewirkt, daß die Juden verstärkt in den kontrollierten kriegsnotwendigen Arbeitsprozeß eingespannt werden sollten und wurden.

Am 15. September 1942 fand in Berlin eine Besprechung zwischen **Albert Speer**, dem Chef des WVHA, SS-Obergruppenführer **Oswald Pohl** und anderen hochrangigen Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptamtes statt, über deren Ergebnis tags darauf **Himmler** informiert wurde:

*"... Reichsminister **Prof. Speer** will auf diese Weise kurzfristig den Einsatz von zunächst 50.000 arbeitsfähigen Juden in geschlossenen vorhandenen Betrieben mit vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten gewährleisten. Die für diesen Zweck notwendigen Arbeitskräfte werden wir in erster Linie in Auschwitz aus der Ostwanderung abschöpfen, damit unsere bestehenden betrieblichen Einrichtungen in ihrer Leistung und ihrem Aufbau nicht gestört werden. Die für die Ostwanderung bestimmten Juden werden also ihre Reise unterbrechen und Rüstungsarbeiten leisten müssen. ..."* [32)]

Am 11. Juli 1943 hatte Parteikanzleichef **Martin Bormann** im Auftrag des Reichskanzlers allen Dienststellen mitgeteilt:

"Bei der öffentlichen Behandlung der Judenfrage muß jede Erörterung einer künftigen Gesamtlösung unterbleiben.

Es kann jedoch davon gesprochen werden, daß die Juden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen werden." [33)]

Zudem: Sollte der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion 1943 nicht gewußt haben, was bereits das "International Labour Office" in Montreal veröffentlicht hat? Kaum

28 a) Arno Lustiger, "Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933 - 1945", Köln 1994: Ihm zufolge haben von den1939 in Frankreich lebenden Juden rd. 300.000 = 73% -- das sind 219.000 -- und der dortigen jüd. Kinder 86% den Krieg überlebt. Und dies angesichts der von Lustiger bestätigten Tatsache, daß *"der bewaffnete Widerstand der Juden in Frankreich zu den ruhmreichsten Kapiteln der jüdischen Geschichte gehört."*

29) Vergl. ***HT*** Nr. 35, S. 38.

30) John Colville, "Downing Street Tagebücher 1939 - 1945", Berlin 1988, S. 31; engl. Ausgabe London 1965.

31) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 35, S. 24 + PS-4025.

32) Pohl-Bericht an Himmler vom 16.9.1942, Bundesarchiv: NS 19/14 S. 131 - 133.

33) Jochen von Lang, "Das Eichmann-Protokoll -- Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre", Berlin 1982, Anhang.

34) **Eugene Kulischer, "The Displacement of Population in Europe", Montreal 1943, published by the International Labour Office.**
Kulischer hat sich auf folgende Info-Zulieferer gestützt: The American Friends Service, Philadelphia; the American Nation Red Cross, Washington; the American Jewish Joint Distribution Committee, New York; the American Jewish Committee Research Institute on Peace and Post-War Problems, New York; the Belgian Information Centre, New York; the Board of Economic Warfare, Washington; the Central and Eastern European Planning Board, New York; the Czechoslovak Information Service, New York; the United States Department of Commerce, Washington; the Finnish Legation, Washington; the French Information Centre, New York; the French National Committee, Delegation to the United States, New York; the Greek Office of Information, Washington; the Hias-Ica Emigration Association (Hicem) New York; the International Red Cross, Washington; the Institute of Jewish Affairs, New York; the Latvian Legation, Washington; the Lithuanian Consulate-General, New York; the Office of Population Research, Princeton, New York; the ORT Economic Research Committee New York; the Polish Information Centre, New York; the Turkish Embassy, Washington; The Young Men's Christian Association, New York; the Royal Yugoslav Government Information Centre, New York. -- Näheres hierzu in Carlo Mattogno/Jürgen Graf, "Treblinka" aaO. S. 334 ff.

zu glauben, doch Speer schweigt sich nach dem Krieg darüber aus. Dabei hatte der jüdische **Prof. Eugene Kulischer** damals bereits -- gestützt auf die Recherchen zahlreicher amerikanischer Institutionen, was seine Aussagen besonders bedeutsam macht! [34] -- veröffentlicht (unter vielem anderen versteht sich):

"Die abgesonderten Gebiete zerfallen in 2 Arten: Ghettos innerhalb der größeren Städte sowie rein jüdische Städtchen, die von ihren nichtjüdischen Bewohnern gesäubert worden sind. Im ganzen Generalgouvernement gibt es 13 Ghettos, von denen das in Warschau das größte ist, sowie 43 jüdische Städte.

Seit der Invasion der UdSSR sind Ghettos in Westweißrußland, der Westukraine sowie dem Baltikum, aber auch im besetzten Rußland gegründet worden.

Der Hauptzweck der Ghettos und besonderen jüdischen Städte besteht in der Absonderung der lokalen jüdischen Bevölkerung. ...

Bis zum Sommer 1941 waren wenigstens 85 jüdische Arbeitslager im Generalgouvernement bekannt. Von jenen 35 Lagern, deren genaue Lage man kennt, befanden sich 2/3 an der Ostgrenze. Die Zwangsarbeit für Juden wurde immer üblicher und wandelte sich von einer Nebenmaßnahme zu einem wesentlichen Zug der Behandlung der Juden. ...

Im Verlauf des Jahres 1942 wurde die Zwangsarbeit zum üblichen Los der Juden in Polen und den deutsch besetzten Sowjetgebieten. ... Ihre Abschiebung nach Osten war weitgehend durch den Wunsch bedingt, sie als Zwangsarbeiter auszunutzen, und mit zunehmendem Arbeitskräftemangel in Deutschland wurde die Deportation arbeitstauglicher Erwachsener zum Synonym für Zwangsarbeit. ...

Doch im allgemeinen ist Deportation in den Osten für die Juden gleichbedeutend mit jener Arbeit im Reich, zu welcher der Rest des unterworfenen Europa verpflichtet werden kann, und ihre Aussiedlung nach immer weiter im Osten gelegenen Regionen ist fraglos mit der Notwendigkeit verknüpft, die Bedürfnisse des Heeres in Frontnähe sicherzustellen." [34] S. 107 - 110

Kulischer verweist für den Zeitraum 1940 - Ende 1942 auf 120.000 jüdische Deportierte aus dem Reich, 40.000 aus Österreich, 50.000 aus Böhmen und Mähren, 62.444 aus der Slowakei, 25.000 aus Belgien, 185.888 aus Rumänien und Massendeportationen im Sommer 1942 aus Frankreich.

An keiner Stelle erwähnte **Kulischer** Vernichtungsmaßnahmen oder Vernichtungslager. Einmal erwähnte er "*wirtschaftliche Ausrottung*" und "*Befreiung ganz Europas vom Judenjoch*" als Ziel der deutschen Politik. [34] S. 95 Mag man seine Ausführungen auch kritisieren, so ist ihm doch keine NS-Apologetik oder Unkenntnis vorzuwerfen.

Als Hitler am 11. Mai 1944 befahl, 200.000 ungarische Juden im Rahmen des Jäger-Bauprogramms einzusetzen, war auch Speer davon unterrichtet.[35]

Dies alles widersprach nicht nur den angeblichen Ausführungen **Himmlers** in Posen und Sonthofen, sondern auch Speers dümmlicher "Vermutung", **Hitler** habe um die Ausführungen **Himmlers** gewußt und sie gebilligt.



Nach Ende des Frankreichfeldzuges: Der Führer verläßt im Juli 1940 St. Madeleine/Paris. Von links vorn im Bild n. r. Prof. Hermann Giesler, Albert Speer, Hitler, Prof. Arno Breker

Doch dann, erstaunlich, dämmerte es ihm wohl, daß da Vieles nicht stimmen konnte, ohne daß er allerdings auf den Gedanken kam oder diesen auszusprechen wagte: daß diese Reden oder zumindest wesentliche Passagen davon Fälscherteam-Kreationen aus der in Paris tätigen Abteilung des US-Obersten **Storey** für psychologische Kriegführung waren, die anschließend als nicht zu hinterfragende "Dokumente" teils dem Nürnberger Militärtribunal übergeben und von diesem mit Dokumenten-Nummern und "rechtskräftiger Authentizitätsbestätigung" ausgestattet, teils "1953 entdeckt" wurden.

Eine seiner Feststellungen formulierte Speer so:

"Es ist nicht anzunehmen, daß Himmler seine beiden Posener Reden vom 4. und 6. Oktober 1943 mit ihren Enthüllungen über die Vernichtung der Juden ohne ausdrückliche Billigung Hitlers hätte halten dürfen.

Es ist ebensowenig glaubhaft, daß die zwischen Januar und Juni 1944 in Posen und Sonthofen zusammengerufenen Generale ohne Wissen Hitlers von diesen Tatsachen Kenntnis erhalten durften.

Wenn ich als Rüstungsminister die Absicht hatte, in einer Gauleitertagung auch nur Vergleichszahlen der Rüstungsproduktion vorzutragen, mußten solche gegen alle Geheimhaltungsvorschriften verstoßenden Informationen von Hitler genehmigt sein. Selbst Goebbels hatte sich diesen Beschränkungen zu unterwerfen.

Eine Art von Aufsicht über die Befolgung dieser Richtlinien hatte Bormann in jedem Gau durch die ihm unterstellten Organe, wie die Gau- und Kreisleiter oder die Gauwirtschaftsberater. Er hätte niemals versäumt, Hitler auf unangemeldete Enthüllungen aufmerksam zu machen -- vor allem wenn es um

35) Nürnberg, NO-5689.

seinen schärfsten Konkurrenten im Machtkampf, um seinen Duzfreund Himmler ging.

Konnte daher Himmler wagen, am 6. Oktober 1943, vor diesem parteiinternen Kreis über Maßnahmen zu berichten, die Hitler nicht bekannt waren? Mußte er nicht mit Sicherheit damit rechnen, daß etwa Goebbels, Ley oder Hitlers intime Freunde aus der ersten Parteizeit wie die Reichsleiter Schwarz und Amann schon am nächsten Tag im Hauptquartier über die Indiskretionen Himmlers gesprochen hätten?" S. 377

Die anschließenden "Vermutungen" Speers, Hitler habe das alles gewußt und wollte seiner Führungselite die Ausweglosigkeit der Lage deutlich machen, ist dummes Geschwätz, denn zum Erkennen der Lage bedurfte es solcher Himmler-Reden nicht, wie sie in den Nachkriegsversionen nur der Feindpropaganda dienen konnten. Im übrigen hatte Hitler seinerzeit im Gegenteil stets Siegesgewißheit zu vermitteln versucht, was sogar Albert Speer bis Kriegsende mitgerissen hatte.

Am 20.6.1946 hatte Speer noch vor dem Nürnberger Tribunal ausgesagt, Hitler habe ihm sowie den militärischen und politischen Führern

"Hoffnungen gemacht, daß wir ähnlich wie Japan in dieser aussichtslosen Lage Verhandlungen beginnen würden, um dem Volk das letzte zu ersparen." [36)]

Ein Erfolg dieser Bemühungen sei jedoch nur zu erwarten, wenn der Widerstand beibehalten und der Glaube an neue Waffen aufrechterhalten werde. -- Allein hiermit erweist sich der Widersinn seiner späteren "*Vermutungen*".

Dann stieß Speer auf eine Textpassage, die ihm indessen nicht schon des fremdländischen Stils wegen Unwillen bereitete, sondern weil sie ihn persönlich involvierte. So habe Himmler gesagt:

"Daß ich große Schwierigkeiten mit vielen wirtschaftlichen Einrichtungen hatte, werden Sie mir glauben. Das [Warschauer] Ghetto macht Pelzmäntel, Kleider und ähnliches. Wenn man früher dort hinlangen wollte, so hieß es: »Halt! Sie stören die Kriegswirtschaft! Halt! Rüstungsbetriebe!« Natürlich hat das mit Parteigenossen Speer gar nichts zu tun. Sie können gar nichts dazu. Es ist der Teil von angeblichen Rüstungsbetrieben, die der Parteigenosse Speer und ich in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam reinigen wollen. Das werden wir genau so unsentimental machen, wie im 5. Kriegsjahr alle Dinge unsentimental, aber mit großem Herzen für Deutschland gemacht werden müssen." S. 378

Wunderte sich Speer auch darüber, daß Himmler die Verarbeitung von Schafspelzen und Kleidern, für die der Generalquartiermeister des Heeres und nicht der Rüstungsminister verantwortlich war, mit Rüstungsproduktion verwechselte, so empörte er sich jedoch erst, als Himmler ihn als Reinigungs-Komplizen vorstellte, mit dem er schon entsprechende Absichten abgesprochen habe und Konkretes noch beschließen wolle. Das war ihm dann doch zu viel:

"Angebliche »gemeinsame Beschlüsse über Reinigung von Rüstungsbetrieben« hätten sich mit Sicherheit in den vollständig erhaltenen Tagebüchern der Rüstungsinspektion Generalgouvernement oder im Schriftgut des Reichsführers-SS niedergeschlagen; aber auch in den Akten meines Ministeriums sind derartige Konferenzen nicht einmal erwähnt.

Die Auszüge aus den SS-Akten sprechen nicht eben dafür, daß Himmler bei seinen drakonischen Maßnahmen meiner Mithilfe bedurfte. Himmler und seine Organe scheuten ja keineswegs davor zurück, ohne vorherige Unterhandlung mit der Rüstungsinspektion durch unangemeldeten Abtransport jüdischer Rüstungsarbeiter in Konzentrationslager die Produktion zu lähmen. Dies geschah selbst gegen die Pläne General ***Schindlers*** *und gegen den Willen des Generalgouverneurs, wie aus den Protokollen der Regierungssitzungen* ***Franks*** *hervorgeht."* S. 379

Aufgefallen war Speer, der in das Posener **Himmler**-Zitat den Einschub *[Warschauer]* selbst vorgenommen hat, **nicht**, daß zum Zeitpunkt der Rede Himmlers im Warschauer Ghetto gar keine Betriebe mehr vorhanden waren, da sie spätestens mit dem zweiten Ghetto-Aufstand vom 19. April 1943 und dessen Niederwerfung aufgehört hatten zu existieren. Allein durch diese Passage, daß Himmler angeblich "*in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit Speer diesen Teil von angeblichen Rüstungsbetrieben reinigen wolle*", ist der gesamte Redetext schon widerlegt.

Hatte **Himmler** (angeblich) vor den Gauleitern "*unverhüllt erklärt*":

"Die Judenfrage in den von uns besetzten Ländern wird bis Ende dieses Jahres erledigt sein",

-- Speer unterstellte in seinem "Sklavenstaat" Ermordungsabsicht --, so mußte der Erinnerungsschreiber dennoch eingestehen, daß die erhaltenen Dokumente bezeugen:

"er selbst [Himmler] *über den 31. Dezember 1943 hinaus, danach, soweit es nur ging, Juden für seine Wirtschaftspläne, also für den Aufbau seines Wirtschaftsimperiums zu »reservieren« [strebte]."* S. 379

An anderer Stelle zitierte Speer aus den erhalten gebliebenen Akten:

"Am 19. Oktober 1943 erteilte der Generalgouverneur in einer Arbeitssitzung »dem Chef der Rüstungsinspektion, General ***Schindler****, SS-Oberführer* ***Bierkamp*** *und Generalmajor* ***Grünwald*** *den Auftrag, die Listen der jüdischen Lager im Generalgouvernement genau daraufhin durchzusehen, wie viele der Insassen als Arbeitskräfte eingesetzt seien.*

Im Gegensatz zur Rede ***Himmlers*** *in Posen galt also die Erhaltung des Bestandes der vorhandenen Arbeitskräfte als akzeptiert. ... Von einer gemeinsamen Überprüfung der Rüstungsbetriebe durch Himmler und mich, wie sie Himmler in seiner Posener Rede angekündigt hatte, oder durch unsere beiderseitigen Organe, wurde dagegen nirgendwo gesprochen."* S. 380 - 381

Speer war weiter aufgefallen, daß Himmler offensichtlich seine Gruppenführer, die Gauleiter und Generale belogen hatte, indem er ihnen "*von der Ausrottung der polnischen Juden*

36) IMT, Bd. XVI, S. 533, 534.

bis Jahresende" berichtete:

"Ernst war es Himmler auf keinen Fall damit," S. 380

hatte er doch in einem Brief vom 26.1.1942 für wünschenswert gehalten, 150.000 Juden in der Rüstungsindustrie zu beschäftigen,S 380 + 24)

hatte er doch am 7. September 1943 die vorhandenen 10 Arbeitslager im Distrikt Lublin in das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt übernommen, wie dies auch mit allen anderen im Generalgouvernement befindlichen Arbeitslagern geschehen sollte. Er "*verlangte immer dringender Häftlinge für die Rüstung*". S. 382 Und überhaupt war Speer aufgefallen:

"*Aber er selbst* [Himmler] *war es, der einige Wochen später* [nach seinen Reden in Posen] *Zehntausende jüdischer Arbeiter in die SS-eigenen Werke in den Ostgebieten einwies.*" S. 20

Oswald Pohl war als Leiter des WVHA bemüht, die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Häftlinge generell, also unabhängig ihrer Inhaftierungsgründe, für Himmlers "*Konzernbestrebungen nutzbar zu machen*". S. 380

Speer zitierte weitere Aktenbelege aus der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft der Regierung des Generalgouvernements vom **Februar 1944**, aus denen sich ergibt, daß jüdische KL-Insassen bisher "*wesentlich höhere Sätze an Verpflegung zugeteilt bekommen haben, als bei den Werken arbeitende Juden*" und folgert:

"Auch aus diesem Satz geht hervor, daß immer noch entgegen den Weisungen Himmlers namhafte Zahlen von Juden außerhalb der Lager beschäftigt wurden.

Die KL-Juden erhalten über den SS-Wirtschafter Ernährungssätze, die etwa denjenigen im Reich, wie sie vom Reichsernährungsminister genehmigt sind, entsprechen. ...

Immerhin muß sie [die Ernährung] *im Generalgouvernement für die Juden nicht so verzweiflungsvoll gewesen sein, wie im Reichsgebiet, denn **Simon Wiesenthal** schreibt in seinem Buch »Die Sonnenblume« über seinen Aufenthalt als Häftling in einem Konzentrationslager des Generalgouvernements:*

»Bei der Ostbahn ging es uns verhältnismäßig gut. Wir hatten Kontakt mit der Außenwelt und erhielten auch mehr Lebensmittel«. " S. 387

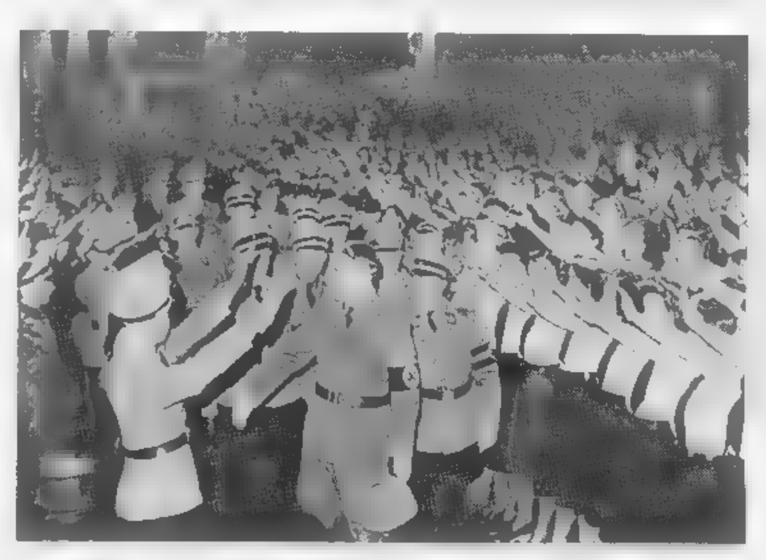
Hin und wieder nur -- bei Eingehen auf Einzelheiten -- verweist Speer auf sachliche Unterlagen, z.B. seiner ehemaligen Rüstungsinspektionen:

"*Auch in der Rüstungsinspektion Posen selbst sind die in der Posener Rede **Himmlers** vom 6. Oktober 1943 angekündigten Tötungsmaßnahmen nicht durchgeführt worden. Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Posen vom 22. Oktober 1943 wurde festgehalten:*

«Besprechung der Ghettoverwaltung in Litzmannstadt und des Fertigungsleiters bei Wa J Rü (Mun 4/V) Berlin [-- eine Stelle des Heereswaffenamtes --] *über die Fertigung von monatlich 20 Millionen Stahlkernen für Infanteriemunition. ...*

Weiter wird über die Übernahme einer Fertigung von 500.000 Preßlingen für 2 cm Sprenggranaten mit Leuchtspur gesprochen. Das Oberkommando des Heeres ist bereit, für beide Fertigungen die Sondermaschinen dem Ghetto zur Verfügung zu stellen, um die dort vorhandene einmalige Kapazität an Arbeitskräften auszunutzen.«" S. 394 + 37)

Kurz darauf, am 30.10.1943, erklärte Regierungsdirektor **Weissker** als Vertreter des Oberpräsidiums Warthegau, sich



Begrüßt vom Reichsjugendführer Artur Axmann rief Albert Speer am 18. Oktober 1943 in Berlin die deutsche Jugend, speziell die Lehrlinge der Rüstungsindustrie zu höchsten Kraftanstrengungen auf, um die Deutsche Wehrmacht in ihren harten Kämpfen mit den erforderlichen Waffen zu versorgen.

für die ungefährdete Durchführung dieser Wehrmachtfertigung im Ghetto einsetzen zu wollen.37) Am 30. November 1943 sind zwar Gerüchte über die Räumung des Ghettos in Litzmannstadt in Umlauf, doch von einem Stop der Wehrmachtsaufträge ist beim Heer nichts bekannt. S. 395 + 37)

"*Sogar vom Generalgouvernement selber wurden jetzt Fertigungen nach Lodz gegeben, das Hitler nach dem General des I. Weltkrieges in Litzmannstadt umbenannt hatte.*

Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement ist unter dem 10. Dezember 1943 eingetragen:

»Absprache mit Ghettoverwaltung Litzmannstadt über Anfertigung von Tragetaschen für Infanteriespaten.«" 38)

Albert Speer bekundete weiter:

"*Am 13. Februar 1944 hielt **Himmler** anläßlich eines Besuches in Posen fest, daß die Produktion* [im Ghetto] *weitergehen müsse.*" S. 395

Will man als Historiker den Überblick behalten, so sind die weiteren Ausführungen Albert Speers zu kürzen, da er sich entweder in fantasievollen Erzählungen verliert oder er auf gefälschte "Dokumente" hereingefallen ist oder diese bereitwillig übernimmt.

Himmler habe Speer zufolge die wichtige Rüstungsfertigung in Lodz lediglich für 4 Monate -- bis Juni 1944 -- zuge-

37) Bundesarchiv (Ba): RW 20/21 - 4, - 7, Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion vom 22.10.1943.

38) Ba: RW 23/3.

standen. Indessen widerlegt sich Speer selbst mit Zitierung der Eintragung in das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Litzmannstadt vom 17. Juni 1944:

"»Besuch der Ingenieure Mayer und Mielke vom Arbeitsstab Gewehrmunition bei der Ghettoverwaltung. Die Auftragsmenge über 20 Millionen Geschoßkerne je Monat soll verdoppelt werden. ... Da die Erhaltung der Arbeitskräfte zugesichert und Raum vorhanden ist, soll die Ghettoverwaltung auch die Überholung von Infanterie-Munitionsmaschinen in großem Maße übernehmen.« [39]

Im September 1944 schließlich näherten sich die angreifenden Sowjetarmeen Lodz. Wie aus einem SD-Bericht vom 20.



Speer inspiziert im März 1943 gemeinsam mit Gauleiter August Eigruber (Oberdonau) ein Stahlwerk bei Linz. Die Arbeiter waren überwiegend im nahegelegenen Konzentrationslager Mauthausen untergebracht.

"Bei seinem Besuch im Konzentrationslager Mauthausen in Österreich 1943 habe er **[Speer]** ***nichts Kritikwürdiges gesehen. Schlechte Arbeitsbedingungen hätten sich nicht mit der Produktion hoher Qualität und großer Quantität, die Speer zu erreichen versuchte, vereinbaren lassen. Die Sorge um die Arbeiter lag im wohlverstandenen Eigeninteresse.***

Am Ende seines ersten Auftritts im Zeugenstand verneinte Speer, Menschen zur Arbeit gezwungen zu haben. Es sei nicht möglich gewesen, 14 Millionen Menschen durch Terror zu einer angemessenen Produktion zu zwingen." [41]

September 1944 hervorgeht, war die industrielle Rückverlegung aus Lodz zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen. [40]

Bis dahin war also im Lodzer Ghetto weiter für die Rüstung gearbeitet worden, ungeachtet der Himmlerschen Ankündigungen." [S. 399]

Als das Ghetto Lodz am 21. August 1944 aufgelöst wurde, lebten dort noch 61.174 Juden.[41a] Der War Refugee Board des US-Präsidenten vermerkte in seinem Wochenbericht für den Zeitraum vom 1. - 6. Januar 1945 = 60.000 - 80.000 Juden in Lodz,[41b] die am 19.1.1945 dann von der Roten Armee befreit wurden.

Auch andernorts stimmte die Realität mit den angeblichen Sprüchen **Himmlers** aus Posen nicht überein. Speer bekundet:

Ein Eintrag der Rüstungsinspektion Breslau, die ihren Sitz nach Kattowitz verlegt hatte, von Ende Dezember 1943 vermerkt, daß Weisungen höheren Orts einen befürchteten Abzug der jüdischen Arbeitskräfte verhindert haben:

»Durch die Übernahme der Judenlager in die Verwaltung der Konzentrationslager werden größte Schwierigkeiten wegen der verlangten Kopfzahl von rund 1000 Jüdinnen und mehr entstehen, da es in den meisten Fällen unmöglich ist, so große Lager für diese Firmen zu errichten.«

Der Bericht verwies auf einen Leistungsabfall von 30 - 40%, falls solche Forderungen durchgesetzt werden sollten, denn die Fertigung könne nicht verlagert werden.[S. 393]

Das Buch "Der Sklavenstaat" belegt, daß Albert Speer durchaus viel gelesen und verarbeitet, vornehmlich auch die maßgeblichen jüdischen Zeitgeschichtler gekannt hat, die das Geschichtsbild über das Kriegsgeschehen in Osteuropa geprägt haben. Doch selbst deren Widersprüche und Zweifel hat er bei seiner Kritik der hier zur Debatte stehenden Himmler-Reden 1943 - 1944 nicht berücksichtigt.

So hatte z.B. **Gerald Reitlinger** angesichts der nahezu 200 "Einsatzgruppenberichte" mit ihren horrenden Erschießungszahlen und deren Verteilerliste mit 60 - 100 Empfängeradressen -- "*die Veröffentlichung erfolgte durch das Referat IV A 1 der Gestapo*" [42) S. 225] -- nicht verstanden, warum die "*mit Geheimauftrag tätigen Mörder*" so reichhaltige "*Beweise für ihre Taten*" unnötigerweise selbst produziert haben,[42) S. 225] wo doch **Himmler** angeblich im März 1943 befohlen hatte,

"alle Massengräber wieder zu enterden, wieder zuzuschütten und zu bepflanzen, deren Leichen zu verbrennen und die Knochenasche zermahlen unauffindbar zu verstreuen".

So sei es auch allerorten geschehen. Einen analogen Befehl, die zahlreichen Einsatzgruppenberichte und ihre Vervielfältigungen zu vernichten, hat es offensichtlich weder von Himmler noch von irgendeinem Amtschef gegeben. Die Umerzieher haben vergessen, nachträglich einen solchen zu konstruieren.

Speer hat auch nicht gewußt oder berücksichtigt, daß selbst das US-Militärtribunal im Nürnberger Einsatzgruppenprozeß 1947 die Ereignismeldungen wegen der allzu offensichtlich vielen Fehler nur als "*eingeschränkt zuverlässige Quellen*" bewertet hatte.[43]

Speer war bei seinen Selbstbeschuldigungen nicht aufgefallen bzw. fand nicht erwähnenswert, daß ihn keiner der Gauleiter, mit denen er ja in ihrer Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissare unentwegt in Verbindung stand,

39) Ba: RW 20/21 - 9.
40) Ba: R 58/976 -- Vermerk von III D-West vom 20. September 1944.
41) Dan van der Vat, "Der gute Nazi -- Leben und Lügen des Albert Speer", aaO. S. 401 - 402.
41a) *Biuletyn Zydowskiego Instytutu Historycznego*, Warschau 1955 Nr. 13/14 S. 177 Anm. 16.
41b) Morgenthau Diary, Roll 234, 811: S. 229 f; Franklin D. Roosevelt Library.
42) Gerald Reitlinger, "Die Endlösung", Berlin 1961.
43) Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunal under Controll Council Law No. 10, Bd. IV ("The Einsatzgruppen Case"), ("The RuSHA Case"), Washington, D.C. o.J., S. 102 - 117, 147.

jemals auf jene angebliche **Himmler**-Rede in Posen -- auch kein General, der in Sonthofen Gleichlautendes gehört haben sollte -- angesprochen hatte und ihn somit zum Mitwisser gemacht hätte. Da Speer solches nie von sich gegeben und immer wieder sein Nichtwissen beteuert hatte, ist dies gewiß als Beleg dafür zu werten, daß dies auch nie ein Gauleiter oder General getan hatte, zumal diese Männer solches auch nie behauptet hatten.

Geradezu grotesk wirkt diese Szenerie, wenn man aus den "Erinnerungen" Speers zwei Situationsberichte über den Empfang der Gauleiter im Führerhauptquartier unmittelbar im Anschluß an eine Tagung in Posen entnimmt. Und zwar

1.)
am 7. Oktober 1943, einen Tag nach jener ominösen Rede **Himmlers** in Posen vor genau diesem Kreis. Wie bereits geschildert, war Speer nach seinem eigenen Vortrag, in dem er offensichtlich den Unmut der Gauleiter wegen seiner Forderung auf Einschränkung der Konsumgüterindustrie ggfs. auch gegen den Willen der Regionalfürsten herausgefordert hatte, nach Rastenburg vorausgefahren.

"Am nächsten Morgen [7.10.1943] *bat ich* ***Hitler****, einige temperenzlerische Worte an seine politischen Mitarbeiter zu richten; aber wie immer schonte er die Gefühle der Gefährten seiner Frühzeit. Auf der anderen Seite informierte* ***Bormann Hitler*** *über meine Auseinandersetzungen mit den Gauleitern. Hitler gab mir zu verstehen, daß alle Gauleiter aufgebracht seien, ohne mir nähere Gründe mitzuteilen.* ***Bormann****, das wurde bald deutlich, war es gelungen, mein Ansehen bei* ***Hitler*** *wenigstens ansatzweise zu untergraben. ...*

Bald zeigte sich auch, was von der Zusage ***Himmlers****, künftig die Anordnungen der Reichsbehörden durchzusetzen, zu halten sei.*

Ich ließ ihm Unterlagen über gravierende Auseinandersetzungen mit Gauleitern zugehen, hörte jedoch zunächst Wochen nichts davon, bis Himmlers Staatssekretär ***Stuckart*** *mir betreten mitteilte, daß der Innenminister* [**Himmler** war am 23.8.1943 zum Reichsinnenminister ernannt worden] *kurzerhand die Akten an* ***Bormann*** *gesandt habe und daß dessen Antwort erst unlängst eingetroffen sei: Alle Fälle seien durch die Gauleiter überprüft; dabei hätte sich übrigens erwartungsgemäß herausgestellt, daß meine Anordnungen verfehlt und die Widersätzlichkeit der Gauleiter eigentlich durchweg berechtigt gewesen sei. Himmler habe diesen Bescheid akzeptiert. Die erhoffte Stärkung der Reichsautorität blieb ein Fehlschlag, die Koalition* ***Speer - Himmler*** *auch.*

Mir wurde erst einige Monate später bekannt, warum alle diese Absichten scheitern mußten: Himmler hatte tatsächlich, wie ich vom Gauleiter von Niederschlesien, ***Karl Hanke****, hörte, einen Angriff auf die Souveränität einiger Gauleiter unternommen. Er ließ ihnen, was einem Affront gleichkam, durch seine SS-Befehlshaber im Gau Anordnungen zukommen. Unerwartet schnell mußte er jedoch erkennen, daß die Gauleiter in der Parteizentrale* ***Bormanns*** *jede Rückendeckung fanden. Denn schon nach einigen Tagen hatte Bormann bei Hitler ein Verbot derartiger Übergriffe Himmlers erwirkt."* [4) S. 326]

Unbeabsichtigt wird durch diese Schilderung deutlich, daß

a) die Gauleiter auch **Himmler** gegenüber keine "Nickesel" waren,

b) beim Empfang durch den Reichskanzler nicht einmal eine Andeutung seitens auch nur eines Gauleiters an **Hitler** über die von **Himmler** (angeblich) tags zuvor in Posen vorgetragene "Endlösung der Judenfrage" weitergegeben wurde. Wäre der "überlieferte Redetext" authentisch, so hätte er diese ganze Zusammenkunft im Führerhauptquartier beherrscht, denn zu schockierend hätten die Ausführungen **Himmlers** auf die Gauleiter gewirkt haben müssen.

2.)
knapp ein Jahr später, am 3. August 1944, Ansprache u.a. auch von Speer vor den Gauleitern in Posen, am folgenden Tag Empfang im Führerhauptquartier in Rastenburg:

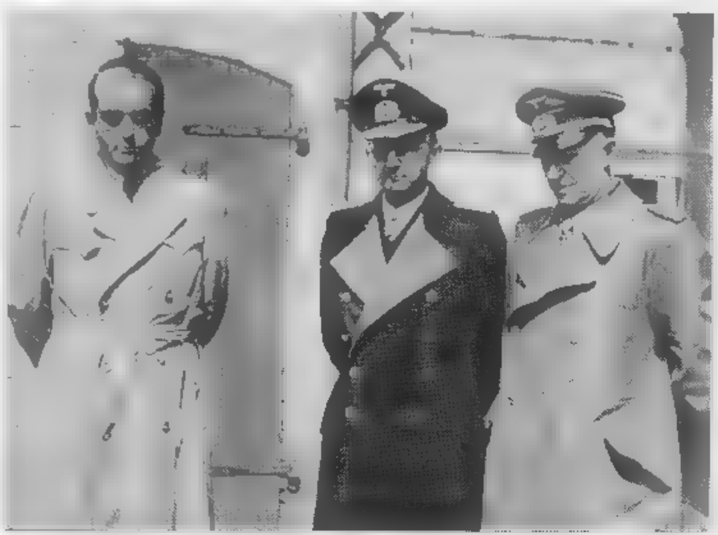
"Von Posen aus begaben sich die Teilnehmer dieser Tagung nach dem Hauptquartier, wo ***Hitler*** *am Tage darauf in der Filmhalle zu ihnen sprach. Obwohl ich rangmäßig nicht zu diesem Kreis gehörte, hatte mich* ***Hitler*** *ausdrücklich aufgefordert, an der Versammlung teilzunehmen. Ich setzte mich in die hinterste Reihe.*

Hitler *sprach über die Folgen des 20. Juli, führte erneut seine bisherigen Mißerfolge auf Verrat durch die Offiziere des Heeres zurück und war hoffnungsvoll über die Zukunft. ..."* [4) S. 402]

Auch hier keinerlei Andeutung über die Schocknachrichten von **Himmler** aus Posen vom 6. Oktober 1943 und Januar 1944 sowie aus Sonthofen im Mai und Juni 1944. Nicht einmal einer aus den Attentäter-Kreisen hatte sich darauf berufen, obgleich **Himmlers** Worte auch zu ihnen hätten gedrungen sein müssen!

In seinen "Spandauer Tagebüchern" schrieb Speer:

"Falsch wäre es zu glauben, daß sich die führenden Leute, wenn sie sich selten genug trafen, mit ihren Untaten gebrüstet hätten. Im [Nürnberger] *Prozeß wurden wir zwar mit den Chefs einer Mafia verglichen. Ich erinnere mich an Filme, in denen die Bosse der legendären Gangs im Smoking zusammensaßen, sich über Mord und Macht unterhielten, Intrigen spannen, Coups ausheckten. Doch diese Atmosphäre von Dunkelmännern, Hinterstube und Verschwörung war von der unseren weit entfernt."* [44) S. 43 - 44]



Nach Absetzung und Gefangennahme der Regierung Dönitz im Mai 1945. (Von links) Albert Speer, Großadmiral Karl Dönitz, Generaloberst Alfred Jodl.

44) Albert Speer, "Spandauer Tagebücher", aaO.

Kaum spezifizierbare Bevölkerungsbewegungen

Speer berührte gelegentlich auch die Statistik während des Krieges:

"Die einzige durchlaufende Statistik über die beschäftigten Juden ist die des Wehrwirtschaftsoffiziers im Generalgouvernement, die allerdings lediglich diejenigen Juden erfaßte, die für den allgemeinen Heeresbedarf Frontzubehör wie Bekleidung, Pelze, Schuhwerk, Schlitten usw. produzierten.

Trotzdem ist die Entwicklung dieser Zahlen von Interesse, denn sie spiegelt wahrscheinlich eine allgemeine Tendenz wider.

Nach dieser Statistik erhöhte sich in seinem Bereich die Anzahl der beschäftigten Juden vom Januar 1943 mit 15.091 über 15.500 im April auf 21.600 im Juli 1943. Auch Ende Oktober 1943 hatte sich die Zahl der in diesen Betrieben arbeitenden Juden keineswegs vermindert, sondern gegenüber Juli um 800 auf 22.444 Personen erhöht. Die Zahlen stiegen weiter. Ende Januar 1944 waren sie um 3.852, also um 17% auf 26.296 angestiegen, im April um weitere 8% auf 28.537. Die Statistik zeigt dann für Mai 1944 eine Abnahme der Juden auf 27.439. Parallel damit hat allerdings auch die Gesamtzahl der in diesem Bereich beschäftigten Arbeiter von 179.000 auf 172.000 abgenommen. Der Prozentsatz der Abnahme ist in beiden Fällen etwa gleich. Er erklärt sich aus dem Wegfall von Fertigungen, die Ende Mai 1944 in Galizien in den Frontbereich kamen." S. 388

Die anschließende Frage von Speer -- "*Aber was bedeuten diese Zahlen gegenüber den Millionen Juden, die einst in Polen ansässig waren?*" -- ist berechtigt und bedarf einer gesonderten Untersuchung, für die das Buch "Der Sklavenstaat" indessen nichts Verläßliches hergibt. Denn mit unpräzisen Behauptungen wie "*Vernichtung*", "*Vernichtungslager*" u.ä. in gleichbleibender Monotonie ist noch nicht einmal der Versuch einer sachlichen Aufklärung zu verbinden. Und aus der Tatsache, daß in der hektischen Kriegszeit, in der es hauptsächlich um die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und dem Millionenheer der Roten Armee im Osten ging, und angesichts rasant sich verändernder Frontlagen mit Versorgungsproblemen, Verwundetenbetreuung, Seuchenbekämpfung, Partisanenüberfällen keine umfassenden Statistiken über die jüdische Bevölkerung geführt wurden, zumindest in der Nachkriegszeit nicht vorliegen, kann nicht der Beweis für Ermordung, zumal in Millionenhöhe, abgeleitet werden.

Im Anhang XVIII S. 447 berührt Speer das Thema Statistik erneut, verweist auf 3 verschiedene Kategorien von meldenden Betrieben, die keine Gesamtschau vermittelten und die noch nicht einmal die Grundlagen für einen umfassenden Überblick über die im Rüstungssektor des Generalgouvernements beschäftigten Juden schaffen konnten. Denn:

1.) Das Generalgouvernement gehörte zum »rückwärtigen Gebiet des Ostheeres«. Daher konnte die gewerbliche Wirtschaft für unmittelbaren Truppenbedarf ohne Zwischenschaltung anderer Dienststellen von der Wehrmacht herangezogen werden.

2.) Der Rüstungsinspektion hingegen unterstanden jene Betriebe, die unmittelbar der Rüstung dienten, sowie ihre Zulieferer.

3.) Zusätzlich gab es direkte Heeresbetriebe, die nicht der Rüstungsinspektion unterstanden.

"Aus diesen organisatorischen Unklarheiten erklärt sich auch die Nennung unterschiedlicher Zahlen von den in der Produktion eingesetzten Juden; sie hingen davon ab, welche Bereiche bei den Zählungen erfaßt wurden.

*So nannte **General Gienanth** [45] am 18. September 1942 = 300.000 insgesamt in der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements beschäftigten Juden, während im Rüstungsbereich **General Schindlers**[46] am 24. Oktober 1942 = 50.000 Juden genannt wurden. In einem Bericht an Himmler von Ende 1942 wurde erläutert, daß 200.000 Juden sich in Zwangsarbeit, also in Konzentrationslagern befänden.*

Die in den noch bestehenden Rüstungsbetrieben verbliebenen jüdischen Arbeiter waren aber dabei noch nicht einmal erfaßt.

Andererseits führte eine Statistik des Wehrwirtschaftsoffiziers, der für reine Heeresnachschubbetriebe zuständig war, für Januar 1943 bei insgesamt 105.000 Arbeitern 15.091 Juden auf. Himmler wiederum stellte am 9. Januar 1943 fest, daß sich allein in Warschau noch 32.000 Juden in sogenannten Rüstungsbetrieben befänden, davon 24.000 in Textil- und Pelzbetrieben. ..." S. 447 - 448

Die Zahlen blieben verwirrend: Einem Monatsbericht des Warschauer Oberfeldkommandos vom 21. August 1942 zufolge waren im Juli außer den Rüstungsbetrieben von Wehrmachtsdienststellen in Warschau insgesamt 9.950 Juden beschäftigt. Sie arbeiteten in 6 Betrieben und einem Lager innerhalb des Ghettos sowie außerhalb des Ghettos in 80 Betrieben und 3 Lagern.

"Noch verwirrender wirkt diese Angabe, weil fast am gleichen Tag das Feldwirtschaftsamt für das Oberfeldkommando

45) General **Curt Ludwig v. Gienanth** = Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, abgelöst am 4.10.1942.

46) Generalleutnant **Oscar Schindler** = Rüstungsinspekteur, Vorsitzender der Rüstungskommission, die sich aus den örtlichen Vertretern aller Ämter des Speer-Ministeriums und Vertretern anderer Regierungsdienststellen (Arbeitseinsatz, Ernährung, Bahn usw.) zusammensetzte.

Warschau »als im Schutze der Wehrmacht stehend am 18./19. August 1942« 6.000 jüdische Arbeiter meldete." S. 448

Auch diese Hinweise bleiben freilich Fragmente, fehlen doch noch ganz andere Zählkategorien wie jene der Organisation Todt, der Dienststellen des Generalgouvernements und der Vierjahresplanbehörde, der Ostindustrie (Osti), der Ostbahn und der KL-Verwaltungen. Ebensowenig hat Albert Speer NKWD-Opfer, Überläufer zu den Partisanen oder zur vorrückenden Roten Armee, Kriegs- und Seuchen-Opfer, oder auf Verwaltungsbereiche, bestimmte Zeiträume oder durch veränderten Frontverlauf reduzierte Erfassungsräume für insofern eingegrenzte statistische Übersichten berücksichtigt. Auch hat er vielfach keine Folgerungen aus den Mängeln des ihm zugänglich gewordenen Dokumentenmaterials gezogen.

Ebensowenig hat Speer versucht, die Bruchstücke der in den Akten befindlichen Übersichten zu komplettieren oder auf Verfälschungen der Nachkriegsstatistiken aufmerksam zu machen, die z.B. auch **Prof. Arthur R. Butz** bereits in einer umfangreichen Darstellung aufgezeigt hat.[47] "Der Jahrhundertbetrug" war bereits 4 Jahre **v o r** dem "Sklavenstaat" erschienen. Butz hatte dort nicht nur auf die verschiedensten Arten der Bevölkerungsbewegungen und Todeskategorien verwiesen, sondern auch auf die Tatsache, daß die weltweit ausschlaggebenden Statistiken in Ost und West von sippenverwandten oder doch am gemeinsamen Aussagewert interessierten Gruppen von Publizisten erstellt worden sind und schon aus diesem Grunde wenig Vertrauen verdienen.

Walter N. Sanning gibt uns in seinem Buch "Die Auflösung" [48] wesentliche Einzelheiten und Übersichten an die Hand, von denen einiges hier in Erinnerung gerufen werden soll:

"Der polnischen Volkszählung vom 9.12.1931 zufolge bekannten sich 3.113.933 der 31.915.779 Einwohner (ohne Armeeangehörige) zum mosaischen Glauben." 48) S. 6

"Legt man eine Zahl von nur 500.000 für die jüdische Auswanderung aus Polen in den 7 Jahren und 8 Monaten von Anfang 1932 bis September 1939 zugrunde -- das Institut für Zeitgeschichte spricht von jährlich 100.000 ***nach*** *1933 --, kommt man auf eine Zahl von* ***2.664.000 Juden, die zu Kriegsanfang in Polen wohnhaft gewesen sein müssen.***[49]

Subtrahiert man davon ferner die vom Oberkommando der polnischen Streitkräfte während des deutsch-polnischen Krieges als gefallen gemeldeten 31.216 Armeeangehörigen jüdischen Glaubens[50]*, dann hat die Zahl der polnischen Juden* ***nach Abschluß der Kampfhandlungen 2.633.000 nicht überschritten.***

Die vom Anglo-American Committee [on European Jewry and Palestine] herausgegebene Ziffer von 3.351.000 polnischer Juden bei Kriegsausbruch ist also um 700.000 zu hoch." 48) S. 22 - 23

Dies betraf also Polen in seinen Grenzen bis September 1939. Hinzugefügt sei, daß *"zumindest bis 1938"* Polen von allen europäischen Staaten die Juden am feindlichsten behandelt hat, was die fortschreitende wirtschaftliche Verelendung und die hohe Auswanderungsquote erklärt.

"Die wirtschaftliche Lage der polnischen Juden in den 30er Jahren verschlechterte sich drastisch. In regelrechten Kampagnen wurden sie aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet, der Boykott jüdischer Geschäfte mit Gewalt durchgesetzt, von den Gerichten für rechtens befunden, von der Katholischen Kirche Polens gesegnet und von der polnischen Regierung offiziell sanktioniert. Antisemitische Ausschreitungen verbreiteten sich über ganz Polen, wobei viele Opfer zu beklagen waren. Blutige Verfolgungen fanden 1937 in Brest-Litowsk und Tschenstochau statt." 48) S. 21 - 22

Gerald Reitlinger, -- *"er erklärt ehrlich, daß er als Jude und als Ankläger schreibt"* 51) S. 206 -- ergänzt:

"Die Berechnungen des »Anglo-Amerikanischen Komitees« gehen von einer jüdischen Vorkriegsbevölkerung von 3.351.000 aus. Diese Zahl ist nicht einer Volkszählung entnommen, sondern beruht auf einer angeblich amtlichen Schätzung. Die letzte Volkszählung vom 9. Dezember 1931 ergab eine Gesamtzahl von 2.732.600 Juden (der 'Rasse' nach) -- 622.000 mehr als zehn Jahre vorher. Vorausgesetzt, daß die gleiche hohe Geburtenziffer beibehalten wurde, ist die Zahl von 3.250.000 für September 1939 glaubwürdig; aber es ist anzunehmen, daß hierbei der Auswanderung nicht genügend Rechnung getragen wird." 52) S. 568

Gegen Ende September 1939 wurde Polen bekanntlich in den von Deutschland besetzten Teil -- Warthegau und Generalgouvernement ohne Galizien -- und den russisch besetzten Teil Ostpolens aufgeteilt. Hier beginnen nun die Nachweis-Schwierigkeiten, da der überwiegende -- aber nicht mehr genau spezifizierbare -- jüdische Bevölkerungsanteil in den sowjetischen Machtbereich fiel, den **Raul Hilberg** mit 1,35 Millionen bezifferte,[53] **Sanning** hingegen mit 1,026 Millionen.48) S. 32

Anläßlich des Polenfeldzuges sind *"mehrere Hunderttausende polnische und andere Juden"* vor den Deutschen geflüchtet und größtenteils zu den Sowjets übergelaufen, teils haben sie sich nach Rumänien abgesetzt, -- so der lettische Vertreter beim Jüdischen Weltkongreß, Oberrabbiner **Mordecai Nurok**, am 28.3.1946 auf einer Pressekonferenz in New York.48) S. 32.

Am prägnantesten hat **Walter N. Sanning** diese Verhältnisse überprüft. Ausgehend von der Volkszählung vom 9.12.1931, die 3.113.933 Juden in Polen auswies, abzüglich 500.000 bis 1939 Ausgewanderte, ohne Berücksichtigung von Fluchtbewegun-

47) Arthur Butz, "Der Jahrhundertbetrug", Richmond, Surrey, England 1977, S. 7 ff, 287 ff, 296.

48) Walter N. Sanning, "The Dissolution of the Easteuropean Jewry", Torrance, California, USA 1983 + "Die Auflösung", Tübingen, 1983.

49) ebenda S. 16: Die jüdische Bevölkerung hatte seit 1925 einen ständigen Rückgang des Bevölkerungszuwachses zu verzeichnen. Zudem: Ausgewandert waren zumeist junge Leute.

50) Universal Jewish Encyclopedia, New York 1943, Vol. 8, S. 576.

51) Helmut Sündermann, "Das Dritte Reich -- Eine Richtigstellung in Umrissen", Freising, 1964.

52) Gerald Reitlinger, "Die Endlösung" -- Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 - 1945", Berlin 1956, S. 568.

53) Raul Hilberg, "The Destruction of the European Jews", Chicago 1961, S. 190.

gen und Kriegstoten resümierte **Sanning** für die Zeit nach dem Polenfeldzug 1939:

Deutschland angegliederte Gebiete	534.000
Generalgouvernement	1.073.000
Insgesamt unter deutscher Verwaltung	1.607.000
Von der Sowjetunion annektiert	1.026.000
Ehemalige polnische Juden insg.	2.633.000 48) S. 32

Sanning gelangt unter Beachtung der gesicherten Mindestquote an jüdischen Flüchtlingen vor den deutschen Truppen in den sowjetisch besetzten Teil Polens ab September 1939 von 750.000 sowie 100.000 jüdischen Flüchtlingen nach Rumänien ohne Berücksichtigung der nachfolgenden Deportationen zu folgender Übersicht:

Unter deutscher Verwaltung	757.000
unter sowjetischer Verwaltung	1.776.000
Ehemalige polnische Juden (Ende 1939)	2.633.000 48) S. 39

"Diese aus bundesdeutschen, zionistischen, polnischen und amerikanischen Quellen stammenden Ziffern zeigen unmißverständlich, daß bei der Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee kaum mehr als 757.000 Juden unter deutsche Verwaltung gekommen sein können.

Die Wirklichkeitsnähe dieser Zahl wird außerdem durch die Mitteilung des Joint Distribution Committee unterstrichen, wonach das Committee zu jener Zeit mit deutscher Duldung ununterbrochen in Polen tätig war und dort im September 1940 = 630.000 Personen in über 400 Städten und Dörfern täglich mit Lebensmitteln, Arzneimitteln, Kleidung usw. versorgte." 48) S. 39 + 54)

Und auf noch etwas macht **Sanning** aufmerksam:

"Das Ausmaß der jüdischen Flucht vor den deutschen Armeen ist nicht überraschend. Die seit Jahren betriebene zionistische antideutsche Propaganda, die polnische Hetzkampagne und die dadurch ins Unermeßliche gesteigerte Angst vor den Deutschen ist wohl die beste Erklärung für die unter den polnischen Juden und Nicht-Juden ausgebrochene Panik. Ähnliches wiederholte sich nämlich im Mai 1940 als 1½ bis 2 Millionen Belgier in kopfloser Flucht vor den deutschen Armeen in Frankreich Zuflucht suchten, wo sie bitterstes Elend litten: Mitte August 1940 warteten noch immer 1 Million Belgier auf den Rücktransport.

Wenn man berücksichtigt, daß bis zu einem Viertel dieses 8-Millionen-Völkchens von dieser Panik ergriffen wurde, obwohl doch von einer Belgierfeindlichkeit der deutschen Regierung wahrhaftig nicht gesprochen werden konnte, dann ist das Ausmaß der polnisch-jüdischen Flucht nach Osten durchaus erklärlich." 48) S. 38

Gerald Reitlinger vermischt seine diesbezüglichen Zahlenaufstellungen und macht – wie viele andere, vor allem jüdische Autoren auch – das Thema damit unübersichtlich. Zwar anerkennt er die Schätzungen der polnischen Regierung von ca. 300.000 freiwilligen jüdischen Auswanderern in der Zeit von 1939 bis 1941 und eine Massenflucht nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Juni 1941, doch vermengt er dann polnische mit russischen Juden, ohne zu wissenschaftlich recherchierten Ergebnissen zu kommen. Nur so viel könnte man von ihm für sicher halten:

"Vor dem Krieg wurde die jüdische Bevölkerung des polnischen Weißrußland auf 486.000, die des sowjetischen Weißrußland auf 375.000 geschätzt, aber die deutschen Behörden fanden von dieser Gesamtzahl von 861.000 im Jahre 1941 nur 172.000 Juden im »Kommissariat Weißruthenien« vor." 52) S. 568 - 569

Immerhin kommt auch Reitlinger zu der Schlußfolgerung, daß "die Zahl der in deutsche Hand geratenen Juden in der Sowjetunion unter einer Million" liegt. **Sanning** berechnet 720.000 überwiegend ältere Jahrgänge.48) S. S. 126

Die Zahl 2,5 Millionen, die angeblich Staatssekretär **Dr. Josef Bühler** laut fragwürdigem "Wannsee-Protokoll" vom 20.1.1942 für das Generalgouvernement angegeben haben soll, hat somit keinen Realitätsbezug und ist eher ein zusätzlicher Beleg für die Fragwürdigkeit dieses "Protokolls".55)

Walter N. Sanning belegt indessen auch noch mit anderen Beispielen, daß die Reichsbehörden weder gezählt noch geschätzt hatten, sondern die Zahl der in Polen vorhandenen Juden einfach der Volkszählung von 1931 entnommen haben, vermehrt um eine geschätzte Wachstumsrate. Selbst in den Ghettos haben die deutschen Behörden keine Zählungen durchgeführt, sondern der jüdischen Selbstverwaltung überlassen, hierüber Auskunft zu geben.48) S. 39

Die drakonischen Zwangsmaßnahmen der Sowjets in Ostpolen in der Zeit vom September 1939 bis 1941 mit der zusätzlichen Zwangsdeportation von rund 1,4 Millionen Polen und Ukrainern, von denen ebenfalls ein großer Teil in den Weiten Rußlands umgekommen ist, hat in der polnischen Bevölkerung einen solchen Haß gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen jüdischen Helfershelfer ausgelöst, daß es Ende Juni 1941 zu etlichen eigenständigen Pogromen gekommen ist, wie dies in den ***Historischen Tatsachen (HT)*** Nr. 84 S. 30 im Fall Jedwabne 60 km östlich von Bialystok mit der von der polnischen Regierung inzwischen zugegebenen Ermordung von 1.600 Juden durch Polen bereits berichtet wurde.

Inzwischen liegt ein polnisches Weißbuch vor, das auf 1.500 Seiten den Nachweis liefert, daß außer bei Jedwabne in mindestens noch weiteren 30 Orten in der Region um Bialystok vor Einrücken der deutschen Truppen Gleichartiges geschehen ist.56)

Diese Ereignisse haben zweifellos die Fluchtwelle der Juden in die UdSSR zu diesem Zeitpunkt weiter vergrößert.

Das **Militärgeschichtliche Forschungsamt** der Bundesrepublik beschrieb das Vorgehen der Bolschewisten gegen Polen wie folgt:

54) Universal Jewish Encyclopedia, New York 1943, Vol. 6, S. 175.

55) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 35, S. 14.

56) Pawel Machcewicz/Institut für das Nationale Gedenken (Hrsg.), "Rund um Jedwabne", 2002, 2 Bde. -- Die hier dokumentierten Massenmorde waren in 61 Nachkriegsprozessen gegen 93 Polen gesühnt worden. -- ***Deutsche Nationalzeitung***, München 6.12.2002.



Der als Hauptkriegsverbrecher angeklagte Albert Speer bei seinem Schlußwort in Nürnberg, August 1946

"Von den 250.000 polnischen Kriegsgefangenen und den 1.230.000 verhafteten oder deportierten polnischen Zivilpersonen ist ein überaus hoher Prozentsatz in sowjetischem Gewahrsam zugrunde gegangen. ...

Die in Katyn erschossenen polnischen Offiziere und die verschollenen Vermißten stellen die Blüte der polnischen Gesellschaft dar. ...

Das polnische Justizministerium in London bezifferte die Gesamtzahl der kriegsgefangenen, verhafteten, deportierten und zwangsverpflichteten polnischen Staatsangehörigen im Jahr 1949 mit 1.442.000 bis 1.660.000. ...[57) S. 573 f]

Bemerkenswert ist eine Angabe, nach der von 600.000 -- 1939/40 -- in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden ungefähr 150.000 gegen Kriegsende nach Polen zurückkehrten. Der Rest -- somit etwa 450.000 -- blieb verschwunden. ("just vanished." [57) S. 607 f + 58) S. 84]

Sanning sieht sogar 600.000 in Sibirien verschwundene westpolnische Juden als erwiesen an.[48) S. 131]

Diese *"bemerkenswerte Angabe"* verweist in der Tat auf die bisher der Öffentlichkeit kaum bekannt gewordenen Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, den das US-Repräsentantenhaus 1946 zur Klärung der jüdischen Kriegsschicksale unter deutscher wie auch sowjetischer Herrschaft eingerichtet hatte.

Vor diesem Select Committee on Communist Aggression sagte der frühere stellvertretende Redakteur der Sowjetzeitung ***Der Stern***, **Herschel Weinrauch**, unter Eid aus (Sanning zitiert aus dem dortigen Protokoll):

"Die Sowjets hätten im Frühjahr 1940 alle Juden, die aus den von den Deutschen besetzten Teilen Polens nach Ostpolen geflohen waren, vor die Wahl gestellt, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen oder in den von Deutschland besetzten Teil Polens zurückzukehren.

*Auf Grund der barbarischen Behandlung durch die sowjetischen Machthaber seit ihrer Ankunft hatten sich diese Juden aus dem westlichen Teil Polens überwiegend **für** eine Rückkehr entschieden. Kurz danach ließ die Sowjetregierung alle, die ins deutsch besetzte polnische Gebiet zurückkehren wollten, verhaften und nach Sibirien verfrachten. In Bialystok allein wurden 50 - 60.000 jüdische Flüchtlinge verhaftet. Insgesamt haben die Sowjets 1940 ungefähr 1.000.000 jüdische Flüchtlinge **aus dem westlichen Polen** nach Sibirien verschleppt.*

*Ein anderer Zeuge, **Bronislaw Teichholz**, von 1945 bis 1952 Vorsitzender des International Committee for Jewish Refugees from Concentration Camps, bestätigte die Aussage von **Weinrauch**. Er war damals in Lemberg beschäftigt, wo sich ungefähr 50.000 jüdische Flüchtlinge für eine Rückkehr entschieden hatten; alle 50.000 wurden von den Sowjets deportiert, indem diese 70 bis 80 Personen in die Eisenbahnwaggons pferchten und in Richtung Sibirien in Bewegung setzten. "* [48) S. 35]

Als weiterer Zeuge versicherte der Vorsitzende des Jewish Labor Committee, **Adolph Held**, an Eidesstatt die Zahl von *"1.000.000 jüdischen Flüchtlingen nach Rußland"*. Der Vorsitzende der B'nai B'rith Anti-Defamation League, **Henry Edward Schultz**, bekundete dort *"600.000 von Stalin in sibirische Arbeitslager verschickte jüdische Flüchtlinge aus Westpolen"*.

"450.000 von ihnen verschwanden ohne jede Spur." [48) S. 36]

Der Präsident der Jewish League, Rabbi **Benjamin Schultz**, erklärte dort, 3.335.000 Juden seien im nicht von Deutschland besetzt gewesenen Teil der UdSSR *"spurlos verschwunden"*.[59) S. 26] Damit mußten sie nicht unbedingt alle als verstorben gelten, sondern waren einfach für jüdische oder ausländische Organisationen nicht mehr auffindbar, das Land war riesengroß, die Methoden der Bolschewisten, sogar Massen von Menschen unauffindbar zu machen, sattsam bekannt.

Diese Aussagen vor dem US-Repräsentantenhaus nach Kriegsende sind angesichts der totalen Nachrichtensperre, die über das gesamte Sowjetimperium verhängt war und angesichts der gleichzeitig von den Alliierten in Ost und West global und pausenlos dröhnenden Schuldpropaganda gegen Deutschland von so eminenter Bedeutung, daß auch Albert Speer diese Erkenntnisse längst hätte aufgreifen müssen, wenn er schon vorgab, sich mit dem Verbleib der polnischen Juden auseinandergesetzt zu haben. Schließlich waren die Protokolle dieses US-Untersuchungsausschusses bereits seit Mitte der 50er Jahre öffentlich zugänglich. Die über eine Million in die Sowjetunion deportierten und evakuierten polnischen Juden erwähnte Speer mit keinem Wort, buchte indessen die Zahl der so "Verschwundenen" kurzerhand auf das NS-Vernichtungskonto!

---

57) General Sikorski (Historical Institute / Hrsg.), "Documents on Polish-Soviet Relations 1939 - 1945", London - Melbourne - Toronto 1961, Bd. 1.

58) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.) "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1983 Bd. 4 "Der Angriff auf die Sowjetunion".

59) Emil Aretz, "Hexeneinmaleins einer Lüge", Pähl 1970.

Die polnische Exilregierung in London hat diese Zahl von 600.000 für das Frühjahr 1940 bestätigt. Die große internationale jüdische Flüchtlings- und Hilfsorganisation, das "Joint Distribution Committee" hat sogar Anfang 1942 diese 600.000 polnischen Juden im asiatischen Rußland betreut. **Walter N. Sanning** schlußfolgert:

"Wenn aber 600.000 dieser jüdischen Flüchtlinge tatsächlich im sowjetischen Asien im Jahre 1942 anwesend waren, dann müssen bedeutend mehr von ihnen die »Reise« nach Sibirien, die voller Entbehrungen und Strapazen war, angetreten haben.

Hierzu berichtet das Joint Distribution Committee in seinem Bericht vom Juni 1943:

»Ein Fünftel bis ein Drittel der Flüchtlinge starben. ... Wer die abertausende Gräber, meistens von Kindern, nicht gesehen hat, kann sich dies nicht vorstellen.«" [48) S. 36 - 37]

Louis Rapoport bestätigte ebenfalls diesen Sachverhalt und hielt an der Zahl 1 Million nach Sibirien deportierter "westpolnischer" Juden für 1940 fest.[60) S. 369 + 61)]

Bereits 1943 hatte Rabbi **Aaron Pechenick** in seiner Schrift "Zionism and Judaism in Soviet Russia" (New York) für die Zeit nach September 1939 in Ostpolen festgestellt:

"In zwei Tagen und zwei Nächten wurden fast 1 Million Juden unter den fürchterlichsten Bedingungen in Viehwagen gepfercht und nach Sibirien und dem Ural deportiert. Die strapazenreiche Reise dauerte vier bis sechs Wochen. Am Bestimmungsort angekommen, konnten sie sich nach langen Arbeitstagen in den Wäldern nur mit Brot und Wasser am Leben halten." [48) S. 36]

Carlo Mattogno und **Jürgen Graf** machten uns in ihrer ausgezeichneten neuen Arbeit "Treblinka" [60] auf zahlreiche osteuropäische, aber auch westalliierte Quellen aufmerksam, aus denen hier zunächst entnommen sei: gut informierte jüdische Organisationen in Amerika haben bereits 1943 bekundet, daß 1941 vor dem deutschen Marsch gen Rußland bzw. unmittelbar danach rund 500.000 polnische, 30.000 baltische sowie 1,1 Million russische Juden geflohen, evakuiert oder deportiert worden waren.[60) S. 369] Es handelte sich hierbei um eine neue Massenbewegung jüdischer Bevölkerung gen Osten. Auch **Raul Hilberg** bestätigt diesen Vorgang.[53)]

Der kanadisch-jüdische Journalist **Arthur Raymond Davies** verweist auf 750.000.[62) S. 126] Er veröffentlichte nach dem Krieg in New York seine Eindrücke als Kriegskorrespondent in der Sowjetunion, indem er u.a. die Tapferkeit der jüdischen Rotarmisten und Partisanen lobend hervorhob und erwähnte

*"eine im Herbst 1944 stattgefundene Plenarsitzung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, auf der dessen Sekretär **Shachne Epstein** von der Evakuierung von 3,5 Millionen Juden aus den von den deutschen Truppen im Laufe des Krieges besetzten sowjetischen Gebieten berichtete.* [48) S. 126 + 62) S. 142]

60) Carlo Mattogno/Jürgen Graf, "Treblinka -- Vernichtungslager oder Durchgangslager?", Hastings 2002, Castle Hill Publishers, PO. Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien.

61) Louis Rapoport, "La guerre di Stalin contro gli Ebrei", Rizzoli, Mailand 1991, S. 87.

62) Arthur Raymond Davies, "Odyssey through Hell", New York 1946.

*Auch **Epsteins** 3,5 Millionen-Evakuierungsziffer, die wohl auch die im Frühjahr 1940 nach Sibirien deportierten jüdischen Flüchtlinge aus Polen -- **ca. eine Dreiviertel Million** -- mit einschloß, deckt sich also ziemlich genau mit unseren Berechnungen über die Zahl der von sowjetischen Machthabern bis 1941 und 1942 evakuierten Juden."* [62) S. 126]

In einer anderen Untersuchung werden sogar 1,4 Millionen genannt, -- betreffend die Zeit vom November 1939 bis zum Juni 1941, verschickt in die Industriezentren am und ostwärts des Ural.[63)]

Walter N. Sanning sieht jedenfalls die Deportation von 750.000 bis 900.000 jüdischen Flüchtlingen aus Westpolen, d.h. aus dem Warthegau und Generalgouvernement, nach Sibirien als erwiesen an.

*"Zu diesen deportierten Unglücklichen gehörte auch **Menachim Begin**. Kurze Zeit nach seiner Ankunft im sowjetisch besetzten Ostpolen verhaftete die sowjetische Geheimpolizei auch ihn und steckte ihn in ein sibirisches Konzentrationslager. Nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges* (22.6.1941) *trat er in die von den Sowjets aufgestellte polnische Armee ein, die dann 1942 über Persien die Sowjetunion verließ. Noch im gleichen Jahr findet man den ehemaligen sowjetischen KZ-Häftling und späteren Friedensnobelpreisträger als Oberkommandierenden der berüchtigten Terroristenbande IRGUN in Palästina."* [48) S. 37]

Die Deportationen westpolnischer Juden nach Sibirien ab Frühjahr 1940 wegen angeblich staatsfeindlicher Gesinnung der Betroffenen (750.000 - 1 Million Menschen) ist von den erzwungenen Evakuierungen ostpolnischer und westrussischer Juden vor und nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22.6.1941, die unter gleichermaßen skandalösen Begleitumständen und hohen Opferzahlen bei nicht vorhandenen Quartieren in den Zielgebieten durchgezwungen wurden (2,9 Millionen Menschen) [48) S. 132], zu unterscheiden.

Dem **Militärgeschichtlichen Forschungsamt** sind weitere Ausführungen zu entnehmen, die deshalb etwas ausführlicher zitiert werden, damit die damalige Kriegslage, die bis Kriegsende für Deutschland ständig bedrohlicher wurde, sowie die deutschen Reaktionen verständlicher werden.

Die Sondertruppen des NKWD, die "*80 Konzentrationslagersysteme mit Hunderten von Einzellagern*" beherrschten, bestimmten auch das Schicksal der politischen Gefangenen sowie der Kriegsgefangenen.

"Bereits in den ersten Kriegstagen war den NKWD-Truppen die Ausführung von Vernichtungsbefehlen in großem Maßstab übertragen worden.

Stalin hatte gleich anfangs die sofortige Erschießung aller der Spionage verdächtigen Personen im ganzen Gebiet der Sowjetunion und zum anderen die umgehende Verhaftung der politisch Unzuverlässigen angeordnet. Etwa 2 Millionen Menschen sollen von der letztgenannten Maßnahme betroffen worden sein. Politische Gefangene in den von den deutschen und verbündeten Truppen bedrohten Gebieten, das heißt zunächst

63) Gerhard Schirmer, "Sachsenhausen - Workuta -- Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets", Tübingen S. 22 f.

den baltischen Staaten, in Ostpolen, Ostrumänien, bald auch in Weißrußland und in der Ukraine, sollten auf besondere Weisung Stalins erschossen werden, bevor sie dem Gegner in die Hände fielen.

In Konsequenz dieser Anordnung setzten bereits in den ersten Kriegstagen Massenerschießungen in den überfüllten Gefängnissen und Lagern der Westgebiete ein, denen in erster Linie Angehörige der baltischen Völker, Polen und Ukrainer zum Opfer fielen. **»In jeder Stadt der westlichen Urkaine«**, *so stellte ein von dem amerikanischen Kongreß im Jahre 1954 eingesetzter Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des Abgeordneten* ***Charles J. Kersten*** *fest,* **»erschossen die Agenten des NKWD in den ersten Tagen des Krieges alle politischen Gefangenen mit Ausnahme einer Handvoll, die auf wunderliche Weise gerettet wurden«.** *Die Leichen der Hingemordeten, darunter oft Frauen und Kinder, wurden in vielen Orten des westlichen Grenzbereiches der Ukraine vorgefunden, so in* ...[genannt sind 10 Orte]

Auch in Weißrußland und überall in den baltischen Republiken wurden politische Gefangene vor dem Abzug der NKWD-Truppen liquidiert. Schauplätze solcher Gefangenenmorde waren Brest, Minsk, Kaunas (Kowno), Wilna, Riga, um nur einige Örtlichkeiten zu nennen. Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt, so in ...[genannt sind 12 Städte u.a.]

Allein in der Ukraine sind nach Feststellungen des Untersuchungsausschusses des Kongresses 80.000 - 100.000 politische Gefangene vor dem Einmarsch der Deutschen und Verbündeten von Organen des NKWD erschossen worden." [58) S. 781]

Allein in Lemberg haben NKWD-Einheiten, wie Ukrainer und US-Kongress-Ausschüsse bestätigten, Ende Juni 1941 = 4.000 Menschen erschossen.[58) S. 782] Deutsche und auch unabhängig hiervon polnische sowie ukrainische Reaktionen auf diese Art "Kriegführung" -- der deutschen Bevölkerung war eine gleichartige Ausmordung zugedacht gewesen! [58) S. 784] -- konnten nicht ausbleiben.

Die sowjetischen Mordserien wurden nach "Wiederbefreiung" der deutsch-besetzt gewesenen Gebiete erneut in Szene gesetzt. So haben die NKWD-Kader der Roten Armee 1944 allein in der zurückeroberten Stadt Charkow rund 4.000 Personen erschossen, -- jene, die sich mit den deutschen Behörden irgendwie arrangiert hatten und denunziert worden waren.[58) S. 782]

In der radikal diktatorischen und antireligiösen UdSSR dürfte sich eine Vielzahl von Menschen gehütet haben, ihr Bekenntnis zum Judentum zu offenbaren,[48) S. 141] gab es doch -- zumindest in den 30er und 40er Jahren -- unter der bolschewistischen Herrschaft keinen einheitlichen Zusammenhalt dieser Minderheitengruppe. Auch sie waren der Willkür des Systems unterworfen.

"In den Nationalstaaten des Ostens und Südostens von Europa gehört bekanntlich die Feststellung der völkischen Zugehörigkeit zu denjenigen Fragen, die traditionsgemäß am meisten manipuliert werden. ...

Was insbesondere Polen anbetrifft, ..., so darf man nicht vergessen, daß die schweren Pogrome, die dort 1946, also nach Abzug der Deutschen, in einer Reihe von Städten ausbrachen, keineswegs die Bereitschaft, sich als Juden offiziell zu erklären, besonders gefördert haben konnten." [59) S. 32]

Was die polnischen Juden betrifft, so führt **Sanning** 157.420 Rückkehrer aus der UdSSR und 240.489 registrierte Überlebende in Polen an.[48) S. 40, 41] Der Sprecher des britisch-amerikanischen Untersuchungskomitees für das europäische Juden-Problem erklärte am 15.2.1946 auf einer Pressekonferenz, in Polen befänden sich noch schätzungsweise 800.000 Juden, die alle auswandern wollten.[64)]

Sanning belegt, daß unmittelbar nach Kriegsende 1945 im ehemals deutsch-besetzten Europa (ohne Sowjetunion) 1.443.000 Juden statistisch erfaßt worden,[48) S. 207] **1.548.000 zumeist unregistriert aus Europa ausgewandert sind**[48) S. 231] **und mindestens 2.408.000 Juden aus dem deutsch besetzt gewesenen Europa (außer UdSSR) das Kriegsende überlebt haben.**[48) S. 242]

Genau diese Zahl 2,4 Millionen hatte -- ohne das Buch von **Sanning** gekannt haben zu können, weil es 21 Jahre später erschienen ist -- **Adolf Eichmann**, wie er in seinem Jerusalemer Prozeß 1961/1962 mehrfach erklärte, in Südamerika *"irgendwo gelesen"*.[65)]

Allein hiermit sind die angeblichen Redetexte von **Himmler** in Posen am 4. und 6. Oktober 1943 ad absurdum geführt und zugleich die Methoden deutlich exponiert, wie man mit dem besiegten Deutschland verfahren ist.

Um Wiederholungen zu vermeiden, sei auf die ausführliche Gegenüberstellung zwischen den diesbezüglichen Ausführungen von Prof. **Wolfgang Benz** nebst 17 Co-Autoren und deren vom Institut für Zeitgeschichte herausgebenenen 585-seitigen Buch "Dimension des Völkermords" [66)] mit **Walter N. Sanning** hingewiesen, die **Germar Rudolf** bereits 1994 der Öffentlichkeit vorgelegt hat.[67)] Als Ergebnis dieses Schlagabtausches bleibt festzustellen: Prof. Benz und seine offiziellen Mannen haben einer wissenschaftlichen Bestandsprüfung nicht standgehalten, sondern sich als dienstbeflissene Zeitgeistliche erwiesen. Im einzelnen ist ihnen -- und **Germar Rudolf** hat dies detailliert belegt -- vorzuwerfen:

Sie

(1) reihten Stalin in die Gruppe der *"friedliebenden Appeasement"*-Politiker ein und mißachteten dessen weltrevolutionären Vorbereitungen für sein kriegerisch angestrebtes Endziel völlig; [66) S. 499, 507, 508]

(2) wiesen sowjetischen Statistiken und Schauprozeßergebnissen glaubwürdigen Rang zu; [66) S. 526 f, 540, 558]

-- *"dieses unkritische Zitieren läßt fast die Frage aufkommen, ob die Autoren selber stalinistischer Gesinnung sind.*

---

64) United Press. -- Keesing Archiv der Gegenwart 15.2.1946, S. 651. Die westalliierten Besatzungsbehörden registrierten offiziell seinerzeit bis zu 5.000 polnisch-jüdische Emigranten **wöchentlich**: ***Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte***, München 1977, Heft 1, S. 125.

65) Jochen von Lang, "Das Eichmann-Protokoll -- Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre", Berlin 1982, S. 95, 101.

66) Wolfgang Benz, "Dimension des Völkermords", München 1991.

67) Ernst Gauss, "Grundlagen zur Zeitgeschichte -- Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts", Tübingen 1994, S. 141 - 168.

Unkenntnis kann man habilitierten Wissenschaftlern wirklich nicht unterstellen";[67) S. 157]

(3) boten vielfach undefinierte Schätzungen und unzulässige Doppelzählungen an;[67) S. 147, 155, 159]

(4) zählten zeitweilig Vermißte, Auswanderer, Deportierte und natürliche Sterbefälle zu den Kriegstoten bzw. Mordopfern;

(5) übernahmen ungeprüft fehlerhafte Angaben deutscher Behörden als Berechnungsgrundlage: [48) S. 147] :

"Alle diese deutschen Statistiken über die jüdische Bevölkerung in anderen europäischen Ländern -- Frankreich, Rumänien oder General-Gouvernement -- sind ganz offensichtlich übertrieben; in Wahrheit war die jüdische Bevölkerungszahl weniger als halb so groß"; [48) S. 40]

(6) "*trieben* mit *Statistiken Schindluder";* [67) S. 153]

(7) bedienten sich willkürlich fragwürdiger Zeugenaussagen, denen sie historischen Beweiswert zuerkannten, bei gleichzeitigem Eingeständnis dürftiger Sachbeweise;[66) S. 463 f, 458 f]

(8) setzten sich nicht mit vorliegenden und ihnen bekannten Untersuchungen auseinander -- so z.B. mit der Arbeit von **Sanning**;[66) S. 558 + 396]

(9) unterstellten als Massenmordwaffen in Flaschen abgefülltes flüssiges Zyklon-B [66) S. 462], das es nur als Granulat in Büchsen gab, sowie Dieselmotoren,[66) S. 462, 463, 540] die infolge ihres hohen (18%igen) Sauerstoffgehaltes in den Abgasen für eine solche Aufgabe gar nicht geeignet waren;

(10) konnten weder Massengräber, noch technische Untersuchungen oder internationale Inspektionen, geschweige deren Ergebnisse vorweisen;

(11) muteten ihren Lesern zu, ohne jegliche Beweisführung glauben zu sollen, daß die Deutschen während des hektischen Kriegsgeschehens alle Spuren ihrer Massenmorde -- gewaltige Massengräber -- geheimnisvoll und unauffindbar beseitigt hätten,[66) S. 320, 469, 479, 489, 537 f] wobei sie wissen mußten, daß solches gar nicht möglich ist;

(12) ließen allein in Treblinka 1 - 1,2 Millionen Juden, darunter 974.000 polnische, nachweislos als Gastote verschwinden,[66) S. 468, 495] obgleich sie um die unredliche Art ihrer Sprüche wissen mußten und ihnen gegenteilige Sachbeweise zugänglich waren -- wie z.B. auch die ***HT*** Nr. 44 "Der Fall Treblinka" mit den erstmals dort veröffentlichten Luftbildern aus den Washingtoner National Archives --;

(13) vermieden Vergleiche des Vor- und Nachkriegsbestandes der von ihnen abgehandelten Bevölkerungen, wobei die hierbei erwähnenswert gewesenen Grenzveränderungen, Abwanderungen, Kriegsfolgen-Kategorien, Geburtenraten und natürliche Sterbefälle die Vernebelung des Geschehens nahezu vollkommen machten.

Eine solche Vielzahl berechtigter Vowürfe kann nicht auf zufällige Irrtümer zurückzuführen sein, sondern belegt politische Auftragsarbeit, die sich wissenschaftlich erscheinender Dekoration bedient.

"Da jeder Beitrag dieses Buches mit einer Übersicht über die Geschichte des Judentums des jeweiligen Landes beginnt und alle antijüdischen Gesetze, Maßnahmen und Ereignisse im Detail schildert, muß man sich erst durch eine Unmenge bereits in vielen anderen Werken erarbeiteter Ausführungen durchschlagen, um die statistisch relevanten Daten aus dem Buchstabendickicht herausfiltern zu können. Das Volumen des Benz-Werkes sagt also nichts über dessen statistisch relevanten Inhalt aus." [67) S. 142 Fn. 12]

Diese Vorwürfe können sich jedoch nicht nur auf die Autoren des Buches "Dimension des Völkermords" beschränken, sondern sind auszudehnen auf die verantwortlichen und im öffentlichen Auftrag handelnden Herausgeber des Instituts für Zeitgeschichte in München, deren Mitarbeiter Prof. Wolfgang Benz schon früher war!

Ein Rückblick sei hier angebracht:

"Im August 1958 meldete die Presse, daß die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gemeinsam mit anderen beim Bonner Innenministerium den Antrag gestellt habe, daß ein wissenschaftliches Gutachten die Zahl der in der Hitler-Zeit umgekommenen Juden feststellen solle. Der damalige Innenminister ***Dr. Schröder*** *hat daraufhin das »Institut für Zeitgeschichte« in München amtlich aufgefordert, ein solches Gutachten zu erstellen. ...*

Es ist mir bis heute jedoch nicht bekannt geworden, daß das Institut ein solches Gutachten herausgebracht hätte. Wer die Tätigkeit dieses Instituts nur in etwa kennt, weiß, daß es vorwiegend belastende Aussagen über das Deutschland der Hitler-Zeit veröffentlicht. Das war und ist auch seine erklärte Aufgabe, wie man 1959 durch eine Rundfunksendung erfuhr." [59) S. 25]

Bei der erwähnten Rundfunksendung handelte es sich um die vom Bayerischen Rundfunk (UKW) ausgestrahlte Reportage am 23.9.1959 zwischen 21 und 22 Uhr:

"Es wurde eingehend nicht nur über die Etatisierung dieses Instituts [für Zeitgeschichte in München] mit ca. 350.000 DM jährlich und über die angesammelten Materialien berichtet, sondern auch über die Aufgabe und Zielsetzung in Selbstdarstellungen der verantwortlichen Mitarbeiter beleuchtet. ***Mehrmals wurde ausdrücklich betont, daß die Arbeit des Instituts gegenüber der Zeit 1933 - 1945 »nicht neutral« ausgerichtet sei; als eine der wesentlichsten Aufgaben wurde die Mitwirkung an der vom ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss geforderten deutschen »Kollektivscham« bezeichnet.*** *Gleichwohl wurden »Objektivität« und »Wissenschaftlichkeit« als Merkmale der Institutstätigkeit in Anspruch genommen. Wohl jeder nüchterne Hörer war von dem für eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Einrichtung ungewöhnlichen Bekenntnis zur Parteilichkeit und von der offenkundig mißbräuchlichen Anwendung der Vokabel »objektiv« verblüfft. ...*

... eine »nicht neutrale Objektivität« undenkbar ist. In der erwähnten Rundfunkreportage wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß das »Institut für Zeitgeschichte« von der Universität München nicht als akademische Einrichtung anerkannt ist. Ich glaube, daß das heftige Bekenntnis zu selbstgewählten tagespolitischen Propagandaufgaben nicht nur das ausschließt, sondern auch die »Gutachter«-Tätigkeit in Frage stellt, die als ein wesentlicher Teil der Institutsarbeit hervorgehoben wurde. Unvermeidlich werden Gerichtsentscheidungen

fragwürdig, wenn sie sich etwa auf Gutachten eines Instituts stützen, das absichtlich »nicht neutral« arbeitet. ...

Wenn nicht einmal der Wille zu strikter Sachlichkeit besteht, kann von »Wissenschaft« kaum mehr die Rede sein." [68) S. 17]

Wie auch immer eine zukünftige Geschichtsforschung die angeforderten Zahlen korrigieren wird: Die nachgewiesenen Überlebenden sind aus einer den Deutschen vorgelegten Schuld-Bilanz auszuklammern. Albert Speer tat es nicht. Er buchte alle ihm nicht zugänglich gewesenen Größen auf das "*Vernichtungskonto des Sklavenstaates*", dessen strebsamer, aber hiervon nichts wissender Minister er war. Beiläufig erwähnte er lediglich, daß "*wohl zahlreiche Juden im Generalgouvernement gar nicht registriert waren*". [S. 390]

Wie schwer sich "die von der Gnade der späten Geburt Betroffenen" mit ordnungsgemäßen Statistiken über das Diaspora-Judentum tun, zeigt jeder Blick in diesbezügliche Ausarbeitungen. Die massive Nachrichtenblockade der UdSSR, die mißachteten bzw. verschwiegenen Auswanderungsströme, die Namensänderungen und Vermischungen der Zählkategorien nach religiösen, rassischen und Staatsangehörigkeitskriterien oder überhaupt nicht ermittelbare Selektionsmerkmale in vielen Staaten vereiteln grundsätzlich eine neutrale Übersicht.

"Brauchbare Statistiken über Wanderungen und Wiederansiedlung in der Nachkriegszeit sind schwer, oft unmöglich zu finden. Seit 1943 hatten die US-Einwanderungsbehörden die jüdische Einwanderung nicht mehr erfaßt, und das sowjetisch beherrschte Osteuropa steht ausländischen oder akademischen Nachforschungen, wenn sie politisch heikle Dinge betreffen, ablehnend gegenüber.

Volkszählungen bringen uns auch nicht weiter. In den USA, heute das Land mit der größten jüdischen Bevölkerung, werden Juden in den Volkszählungen nicht gesondert aufgeführt; tatsächlich lehnen die Juden selbst eine Zählung ab. Der im Augenblick in England herrschende Streit über dieses Thema veranschaulicht diese Abneigung.

Jedenfalls behaupten zionistische Wortführer im Westen, daß die sowjetischen Zahlen [aus den Volkszählungen] *unrealistisch niedrig sind.""* [48) S. XIII + 69)]

Das Finanz- und Handelsblatt ***Basler Nachrichten*** hat bereits im Jahr 1946 [70)] in nüchterner Kurzanalyse in Auswertung unverdächtiger Vorkriegsquellen überzeugend nachgewiesen, daß im Machtbereich Adolf Hitlers während des Zweiten Weltkrieges allenfalls 3 (drei) Millionen Juden vorhanden waren.

1933 lebten nach Angabe der American Jewish Conference [71)] in Europa (ohne UdSSR) 5,6 Millionen Juden, hiervon wären abzuziehen

(1) etwa 1 Million im 1939 von den Sowjets annektierten Ostpolen, deren verbliebene Reste nahezu vollständig ab 22. Juni 1941 mit der zurückweichenden Roten Armee mitgezogen waren.

(2) 413.128 Juden aus neutralen europäischen Ländern,[71a)]

(3) "*der gewaltige Flüchtlingsstrom*" von 1933 - 1945 "*in alle Länder und Erdteile*" ohne Berücksichtigung der Sowjetunion -- rund 1,5 Millionen (gemäß verschiedener Quellen, u.a. der jüdischen Zeitung in den USA ***Aufbau*** und der ***Basler Nachrichten***[70)],

(4) Kriegsverluste

"Leider umfaßt der Mangel an genauen Zahlen auch die Zahl der überlebenden Juden in Europa, und selbst der ausführliche Bericht des englisch-amerikanischen Palästina-Komitees begnügt sich merkwürdigerweise nur mit »Schätzungen«. Gemäß dieser Schätzung beträgt die Zahl der heute noch in Europa (außerhalb der Sowjetunion) lebenden Juden 1.559.600." [70)]

Tom Segev resümiert:

"Alles in allem lebte noch etwa 1 Million in den eben noch von den Nazis besetzten Gebieten, die meisten von ihnen in Rumänien, Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Polen; viele hatten keinen festen Wohnsitz. Die Wanderbewegung begann spontan, ohne Plan." [72)]

Dr. Hans Globke will davon erst nach dem Kriege erfahren haben

"Der Kreis der Mitwisser über die Judenvernichtung ist nach Angaben des früheren Staatssekretärs im Bundeskanzleramt in Deutschland sehr klein gewesen. Diese Aussage machte Globke gestern im Freiburger Judenmordprozeß ...

Der wegen seiner Kommentare zu den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 umstrittene Zeuge sagte, kein Mensch habe damals daran gedacht, daß die Juden einmal getötet würden. Er glaube, daß selbst Hitler zunächst nicht daran gedacht habe. Die Judenverfolgung sei nicht eine Folge der Nürnberger Gesetze, sondern des nationalsozialistischen Antisemitismus gewesen. ..

Der von der Verteidigung als Zeuge benannte Dr. Globke erklärte, ihm sei das Ausmaß der Vernichtung erst nach dem Krieg bekannt geworden. ...

Der Zeuge, der während des Krieges Ministerialrat im Reichsinnenministerium war, hat nach seinen Angaben von Urlaubern über die Massenerschießung von Juden im Osten gehört, ... doch habe man nichts Genaues gewußt."

Freie Presse, Bielefeld, 13.5.1965

68) Helmut Sündermann, "Das Dritte Reich", Freising 1964, S. 17.
69) ***Jewish Chronicle***, 28.12.1979, S. 5; 7.3.1980, S. 9; 11.2.1983, S. 4; Patterns of Prejudice, Januar 1980, S. 24 ff.
70) ***Basler Nachrichten***, 13. Juni 1946 -- 102. Jahrgang Nr. 248 Abendblatt: "Wie hoch ist die Zahl der jüdischen Opfer?" -- Gewiß bleiben auch in dieser Analyse der ***Basler Nachrichten*** noch Unzulänglichkeiten, doch sind diese erst zu beheben, wenn sich die siegreichen Staaten zu ehrlichen Untersuchungen bereitfinden.
71) ***New York Times*** 11. Januar 1945.
71a) World Almanach 1942, S. 594.
72) Tom Segev, "Die Siebte Million", Reinbek 1995, S. 170. Auf S. 134 *"blieben 3 Millionen europäische Juden am Leben."*. Nähere Angaben fehlen.

"Der Entzug jüdischer Arbeitskräfte" am 3. November 1943 im Raum Lublin

Im Generalgouvernement gab es Eigenmächtigkeiten im Handeln der obersten Polizei-Führung und der Zivilbehörden, die zuweilen nie richtig aufgeklärt worden sind. Vorwiegend war dies darauf zurückzuführen, daß der Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) **Friedrich Wilhelm Krüger** sowohl der Befehlsgewalt **Himmlers** unterstand, als auch in seiner Eigenschaft als Staatssekretär der Gouvernements-Regierung **Hans Frank**, der wiederum **Hitler** unmittelbar unterstellt war.

Kernpunkt dieser Auseinandersetzungen war zumeist die Behandlung der als Feindstaaten-Angehörige angesehenen jüdischen Bevölkerung hinsichtlich Überwachung, Arbeitseinsatz, Ghettoisierung, erneuter Ansiedlung, Verpflegung und Sondermaßnahmen bzw. Ausnahmeregelungen. Letztere wurden nach Kriegsende zur Unterscheidung von Kriegshandlungen als Ermordung definiert. Ungesetzliche, der Kriegslage nicht angemessene Übergriffe sollten beweiskräftig untersucht und nach Maßstäben bewertet werden, die nicht der Sieger eigenwillig festsetzt, sondern nach allgemeingültigen Prinzipien des Völkerrechts zu gewährleisten sind. Einseitige Verurteilung bei gleichzeitigem Verschweigen von Zusammenhängen verzerrt die Realität und produziert nichts anderes als Lügen und Verbrechen.

Ein Fall, der nie so richtig aufgeklärt worden ist, betrifft das Schicksal von etwa 15.000 bis 47.000 jüdischen Arbeitskräften nebst ihren Familienangehörigen im Raum Lublin. Er macht die soeben genannten Führungsdivergenzen eklatant deutlich. In den wenigen über ihn berichtenden deutschen Akten wird er mit "*Entzug der jüdischen Arbeitskräfte*" aus der Ostindustrie und den Lublin zugehörigen Lagern am **3. November 1943** bezeichnet. Nach wie vor ist nicht richtig bekannt geworden, wer ihn und aus welchem Grund man ihn so überraschend, ohne die Betriebsführungen vorher zu informieren, befohlen hat, wie das im einzelnen geschehen ist und was aus diesen Menschen und ihren Angehörigen geworden ist.[73] Wohl weiß man um den Einsatz von herbeigerufenen Einheiten der Sicherheitspolizei in Lublin, der Waffen-SS, der Polizeiregimenter 22 und 25 sowie der Polizei-Reiter-Abteilung III.

Angesichts des zügigen sowjetischen Vordringens in der Ukraine Richtung polnische Grenze im Herbst 1943 wurden indessen Tausende jüdische Arbeitskräfte in westwärts verlagerte Betriebe verbracht. Da ist von 10.000 bzw. 33.000 die Rede, die z.T. in Deutschland wieder eingesetzt wurden, -- und dies sogar unmittelbar nach jenem mysteriösen "*Entzug der Arbeitskräfte*" im Lubliner Raum. Albert Speer:

"Der erste Teil dieser Zusage (von SS-Obergruppenführer **Krüger** an General **Schindler** vom 4. und 10. November 1943, -- d. Verf.) *wurde schnell verwirklicht. Nach einem Bericht der Rüstungsinspektion vom 16. November 1943 erreichte ein »Transport von 2.500 jüdischen Arbeitskräften aus dem Zwangsarbeitslager Plaszow« den Ort Skarzysko-Kamienat und wurde bei der Hugo Schneider AG. Leipzig beschäftigt, die Munition produzierte.*

Am 18. November 1943 wurde erneut ein »Transport von insgesamt 1.500 jüdischen Arbeitskräften aus dem Zwangsarbeitslager Plaszow nach Kielce, Tschenstochau, Pionki, Ostrowice und Starachowice für Rüstungsbetriebe« freigemacht." S. 385

Diese bruchstückhafte Mitteilung Albert Speers ist inzwischen sehr viel ergiebiger in der Studie "KL Majdanek" von **Jürgen Graf** und **Carlo Mattogno** ausgeweitet worden.[74] Diese beiden Autoren, die erstmalig auch polnische und russische Quellenforschung betrieben haben, bestätigen einen überstürzt einseitig von der Polizeiführung durchgeführten Abzug der oben genannten jüdischen Arbeitskräfte in noch als sicher geltende westliche Regionen. Dies geschah angesichts eines Häftlingsaufstandes im nahegelegenen Lager Sobibor am 14. Oktober 1943, bei dem cirka 300 jüdische Insassen entkommen und 100 in einem von Polizei und Wehrmacht koordinierten Verfolgungseinsatz erschossen worden sind.[74] S. 212

In Zusammenfassung der zahlreichen inzwischen aufgeschlüsselten Details und der nach wie vor sehr unvollständigen Dokumentenlage läßt sich feststellen, daß die nach dem Krieg kolportierte Darstellung eines "*Erntefestes*", das mit Erschießung von 15.000 bis 47.000 Juden gleichgesetzt wird, nicht aufrechtzuerhalten ist. Hingegen wird die Einsatzverlegung an weiter westlich gelegene Arbeitsstätten durch etliche Belege bestätigt. Was die Familienangehörigen bzw. die nicht im Arbeitseinsatz befindlich gewesenen jüdischen Zivilisten im Raum Lublin betrifft, so konnten wir darüber keine Angaben finden, mit Ausnahme des Hinweises von **Tom Segev**, demzufolge 15.000 Juden im Raum Lublin den Krieg überlebt haben.[75]

Den Begriff "Erntefest" dürften die Nachkriegsschreiber dem Tagebuch von **Hans Frank** entlehnt haben. Dieser hatte am 23. Oktober 1943 noch die Teilnahmezusage von **Graf Ronikier**, dem Vorsitzenden des Polnischen Hauptausschusses, zum Erntedankfest vermißt, dafür aber einen Brief erhalten, in dem **Graf Ronikier** sein Bedauern über die Erschießung von polnischen Volksangehörigen ausgedrückt hat.

73) Vergl. ***HT*** Nr. 78, S. 22.

74) Jürgen Graf / Carlo Mattogno, "KL Majdanek -- Eine historische und technische Studie", Hastings / Großbritannien 1998.

75) Tom Segev, "The Seventh Million -- The Israelis and the Holocaust", New York 1994, S. 140.

Frank hatte antworten lassen, er sei eher berechtigt, über die ihm in letzter Zeit bekanntgewordene Ermordung von 1.000 Deutschen empört zu sein; es seien lediglich Angehörige der polnischen Widerstandsbewegung nach Kriegsrecht hingerichtet worden.[76)]

Daß "*der Entzug der polnischen Arbeitskräfte am 3. November 1943*" keine Aktion der Massenerschießung gewesen ist, wird durch folgende Tatsachen belegt:

1.) Es gibt keine Funde, keine Dokumente, keine Namen von Befehlsgebern und Beteiligten.

2.) Im Tagebuch von **Hans Frank** findet sich hierüber nicht der geringste Hinweis, weder vor noch nach diesem Datum. Die Schilderung eines feierlichen Empfanges auf der Krakauer Burg am 18.11.1943 bekundet harmonisches Einvernehmen aller anwesenden Führungskräfte. **Himmler**, angeblich seit seinen Posener Reden Anfang Oktober 1943 überaus redselig und seine Mordleistungen rühmend, brachte über die kürzlichen Lubliner Ereignisse kein Wort über die Lippen. Auch fragte keiner danach.

Der Generalgouverneur hat wiederholt darauf hingewiesen, daß es angesichts von 16,5 Millionen Polen und rd. 200.000 Deutschen oder auch im Hinblick auf die Ostbahn bei 150.000 dort beschäftigten Polen im Vergleich zu nur 7.000 Deutschen oberstes Gebot sei, die Fremdvölkischen bei Arbeit und Stimmung zu halten. Eine womöglich einseitig von Himmler veranlaßte Massenexekution wäre vor den Polen nicht geheimzuhalten gewesen und hätte zudem die Rüstungsproduktion sabotiert. Beides hätte **Hans Frank** und seine führenden Mitarbeiter nicht unberührt lassen können.

3.) Sämtliche Journalisten, Historiker, Politiker, Richter, die den Massenmord behaupten, haben sich ausschließlich auf Zeugen gestützt, die technisch und organisatorisch unrealistische Aussagen gemacht haben.

Als Hauptzeuge wird allerorten der ehemalige SS-Oberscharführer (Oberfeldwebel) **Erich Mußfeldt** nach über zweijähriger Haft in kommunistischen Gefängnissen vorgestellt. Ihm zufolge hätten sich an einem Tage 17.000 Juden beider Geschlechter während der morgens um 6 oder 7 Uhr beginnenden und um 17 Uhr endenden Aktion widerstandslos nackt ausgezogen, hätten sich widerstandslos zu den vorbereiteten Gruben treiben lassen, hätten sich dann widerstandslos in Reih und Glied nebeneinander zum Erschießen auf den kalten Boden oder die bereits dort liegenden Leichen hingelegt. Das soll so lange gegangen sein, bis die Gruben voll waren. Dann seien diese mit Erde zugeschüttet worden. Lagerkommandant (Sturmbannführer) **Florstedt**, der bereits im September 1943 von seinem Kommando entbunden war und später nach einem SS-Untersuchungsverfahren wegen Unterschlagung hingerichtet wurde, habe **Mußfeldt** angeblich am 3. November befohlen, die Leichen der Ermordeten zu beseitigen. Tags darauf habe er unter Zuhilfenahme von 20 Russen begonnen, Holz und Bretter zu sammeln. Am 5. November habe er begonnen, die Leichen aus den Gräben herauszuholen und sie zu verbrennen. Für 17.000 Leichen hätte er 3.400 Tonnen Holz = 120 volle Güterwagen benötigt. Doch darüber, wie er das Sammeln und Transportieren, Zerkleinern, Stapeln, Verbrennen und Aschebeseitigen mit 20 Russen in 48 Tagen bewältigt haben will, darüber schwieg sich **Mußfeldt** aus. Niemand gab ob dieser Leistungen sein Erstaunen zu Papier. Nicht einmal Ausflüchte fielen ihm hierzu ein. Doch erinnerte er sich an dies: Vor der Verbrennung seien noch die Goldzähne der Opfer gezogen und die Edelsteine abgestreift worden. "*Die Scheiterhaufen übergoß ich mit Methanol*". -- Freilich hatte er keine Ahnung davon, daß Methanol für Leichenverbrennung völlig ungeeignet ist, weil es bereits verdunstet bzw. verbrennt, ehe es überhaupt über die Leichen hätte ausgegossen bzw. verteilt werden können. Die Asche sei von einer "*speziellen Mühle zerrieben und in Papiersäcke abgefüllt und später zur Düngung des Bodens verwendet*" worden. Weihnachten 1943 sei alles vorbei und die Gräben seien wieder eingeebnet gewesen.[74) S. 216-218]

Wie gesagt, alles irreal, zusammengeschustert von sowjetischen Vernehmern, die selbst keine Ahnung von technischen und chemischen Vorgängen hatten.

4.) Zeugen widersprechen sich in zahllosen Einzelheiten.

5.) Das Dorf Dziesiata befand sich 400 bis 500 Meter von der behaupteten Exekutionsstätte entfernt, doch kein Dorfbewohner hatte von diesem angeblichen Geschehen etwas gesehen oder gehört.

6.) Auf einer Aufnahme der deutschen Luftwaffe vom 18.9.1944, wie sie in den Washingtoner National Archives vorliegt, sind an den von "Zeugen" beschriebenen Positionen weder offene noch wieder zugeschüttete Gräben zu erkennen.[74) S. 221]

7.) Es gibt keinerlei Bestätigung für wichtige Details einer solchen Darstellung wie z.B. für Leichenverbrennung, Holz- oder Methanollieferung, Knochenmühle, Düngerverarbeitung u.ä..

Demgegenüber bestätigt sogar die polnischen Exilzeitung ***Dziennik Polski*** am 20. November 1943 die Überstellung von 25.000 Juden zu dieser Zeit von Majdanek nach Krakau. Ihr zufolge brachte man sie in Hunderten erst kürzlich errichteter Baracken unter.

"Diese Juden werden vermutlich in den deutschen Fabriken arbeiten müssen, die unlängst in den Bezirk Krakau verlegt worden sind." [74) S. 232]

Mit Hilfe einer in die Spandauer Zelle eingeschmuggelten Kleinbildkamera wurde diese Aufnahme des "Kriegsverbrechers Nr. 5" gemacht. Den Gefängnisvorschriften gemäß durften die Gefangenen nicht mit Namen, sondern mußten mit ihrer Nummer angeredet werden.

76) IMT Bd. XXIX, S. 615, -- 2233-PS.

Bis zum Ende zahlreiche Arbeitslager

Zu Beginn sei hier eine verdienstvolle Recherche von Mitarbeitern der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt unter Leitung von **Dr. Alfred Schickel** erwähnt. Diese haben in der Franklin D. Roosevelt Library in Hyde Park/ Staat New York vertrauliche Berichte der us-amerikanischen Gesandtschaften in Dublin/Irland und Bern/Schweiz entdeckt, die das hier aufzuarbeitende geheimnisvolle Mosaik ergänzen.

So ist z.B. ein Telegramm des US-Geschäftsträgers in der Schweiz, **Huddle**, das dieser am 20.1.1945 an das State Department nach Washington gesandt hat, von besonderer Bedeutung. Aus diesem geht hervor:

(1)

Im Jahr 1944 "*war das gesamte oberschlesische Industriegebiet von Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz offenbar mit Arbeitslagern durchsetzt, in die Juden aus allen besetzten und früher besetzten Gebieten deportiert worden waren*". In diese Arbeitslager waren angesichts des raschen Vormarsches der Roten Armee 1944 Juden aus Polen und Ungarn verbracht worden.

(2)

Im Sudetenland existierte 1944 ein weiterer Komplex jüdischer Außenlager, "*der vom KZ Groß Rosen bei Breslau verwaltet wurde*". Eines davon befand sich in Weißkirchen bei Kratzay.

(3)

Ende 1944 wurden (laut Bericht vom 12.1.1945) 300 - 500 ungarische und slowakische Jüdinnen von Auschwitz nach Bergen-Belsen verbracht.

Aus anderen in den National Archives Washingtons einzusehenden Unterlagen geht hervor, daß ab Sommer 1944 Tausende von jüdischen KZ-Gefangenen auch aus Auschwitz und Ungarn in Lager nach Böhmen/Mähren und ins Reich verbracht wurden.

Eine polnische Enzyklopädie aus Warschau 1979 verweist darauf, daß während der Kriegszeit im polnisch besetzten Gebiet = 5.877 Lager der verschiedensten Art bestanden, darunter 1.798 Arbeitslager und 437 Zwangsarbeitslager für Juden. Fast neben jedem größeren Betrieb war ein "Gast- oder Fremdarbeitslager" erstellt worden.[77]

Allein dem Lagerkomplex Auschwitz waren etwa 40 Außenlager mit mehr als 105.000 Häftlingen angeschlossen.[78]

Von den nach Deutschland verbrachten Juden seien, wie Speer seinerzeit gemeldet worden ist, nur 50 - 60.000 einsatzfähig. Die übrigen waren Kranke, Greise und Kinder. Die Arbeitsfähigen sollten zum Großbunkerbau eingesetzt werden. [S.401]

Ende Mai 1944 waren im Reichsgebiet 8.938, davon 6.319 männliche und 2.619 weibliche Juden tätig. [S.402]

In einem Bericht des Rüstungsinspekteurs vom 6. September 1944 ist von 2.000 für den Arbeitseinsatz vorgesehenen Jüdinnen die Rede, "*von denen jedoch 850 noch nicht eingesetzt werden konnten*". [S.403]

"*Eine einwandfreie Aufstellung über die Zahl der Juden, die bis Kriegsende in den KL des Reiches beschäftigt waren, ist nicht vorhanden.* ***Tuvia Friedman*** *führte 1970 aus, 200.000 Juden hätten die Qualen der Sklaverei überlebt.*" [S. 403 + 79)]

Albert Speer bietet zur Ermittlung dieser Zahlen nur bruchstückhafte Details. So z.B.:

"*Aus dem Arbeitseinsatzbericht der Hauptabteilung Arbeit der Regierung im Generalgouvernement für den Monat Dezember 1943 wird ersichtlich, daß im Jahr 1942 noch 1.426.495 jüdische Arbeitskräfte eingesetzt wurden, von denen »allerdings rund 980.000 kurzfristig eingestellt waren«. 450.000 Juden, in denen die 300.000 von* ***Gienanth*** *genannten enthalten sein müßten, arbeiteten also 1942 noch als vollwertige Arbeitskräfte in der Wirtschaft des Generalgouvernements und damit auch unmittelbar für die deutschen Kriegsinteressen. Fast 1 Million waren in Reserve.*" [S. 389 + 80) + 81)]

1,426 Millionen Arbeitsfähige entsprechen laut Großem Brockhaus, Bd. 3, Leipzig 1939 S. 214 einer Gesamtbevölkerung von 2,3 Millionen.

Diese nachgewiesene Zahl, die auch Deportierte aus dem Reich, Böhmen-Mähren und der Slowakei enthalten dürfte, erweist, daß die von Albert Speer nachfolgend aufgezeigten 3 Zählkategorien:

gewerbliche Wirtschaft,

Wehrmachts-(Heeres-)betriebe ohne Zwischenschaltung anderer Dienststellen und

Betriebe, die der Rüstungsinspektion unterstanden,

nicht jeweils die Gesamtlage wiedergaben.

Mit den zusätzlich noch erforderlich gewesenen Zählkategorien jüdischer Arbeitskräfte in Konzentrationslagern, in Arbeitseinheiten der Organisation Todt, der Ostbahn, den Distrikt-Gouverneuren unterstellten Arbeitseinheiten, den in Außenlagern und Außenkommandos Tätigen, selbst mit denen, die in Rüstungswerken wie z.B. in den Heinkel-Werken in Budyn beschäftigt waren, hat sich Speer nicht befaßt bzw. er hat darüber keine oder keine aussagekräftigen Nachweise gefunden.

Auch gab es für ihn keine Juden, die nach Abzug der

77) Obozy hitleroneskie na ziemiach polskich 1939 - 1945. -- Panstwowe wydawnictwo naukowe, Warschau 1979; -- vgl. ***Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung,*** Hastings/England 1998/Heft 3 S. 201 + 203.

78) Arno J. Mayer, "Der Krieg als Kreuzzug -- Das Deutsche Reich. Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung«", Reinbek 1989, S. 536.

79) ***Jerusalem Post***, 19.5.1970, zitiert bei Benjamin B. Ferencz, "Less than Slaves", Cambridge/Massachusetts 1979, S. 1182.

80) Bundesarchiv: R 52 IV/ 13 c.

81) General Gienanth, Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, in einem Bericht vom 18.9.1942 an den Wehrmachtsführungsstab. -- Ba: NS 19 neu/353.

Deutschen noch von Polen ermordet worden waren, auf die **Dan Kurzman** zu sprechen kam.[82)]

Der ehemalige Leiter eines Arbeitslagers nahe Lemberg, der im Jahr 1940 noch seine Aufträge von der Vierjahresplan-Verwaltung der Gouvernements-Regierung Radom erhalten hatte und vom Juli 1941 - März 1943 für den Arbeitseinsatz von 250.000 Juden verantwortlich war, beschrieb -- wie bereits berichtet -- in einem Artikel der ***Deutschen Hochschullehrerzeitung***[83)], wie er Rohstoffe, Altstoffe und Kriegsbeuteschrott erfassen und sachgemäß verarbeiten ließ. Auch war er zuständig für Beschaffungsaufträge an Warschauer Firmen zur Erstellung von Möbeln, Eisenbetten, Matratzen, Wäsche u.v.a..

Da die Arbeitseinsätze seinerzeit noch auf freiwilliger Basis organisiert waren, war für ihn der Begriff "Arbeitslager" rein verwaltungstechnisch aufzufassen und habe sich auf eine Vielzahl von unbewachten Baustellen bzw. Arbeitsplätze bezogen, die bei der sich 1943 verschärfenden Kriegslage viele Fluchtmöglichkeiten boten und dann natürlich abgeändert wurden.

Verständlicherweise schwieg sich der namentlich nicht genannte SS-Standartenführer (Oberst) angesichts der obwaltenden globalen Verfolgungshektik über das weitere Schicksal seiner Arbeitskommandos und seiner eigenen nachfolgenden Tätigkeit aus. Als Ausnahme teilte er mit, daß er -- abgesehen von einer "normalen" 3½jährigen Kriegsgefangenschaft -- trotz der Tatsache, daß er auf einer polnischen und jüdischen Fahndungsliste stand -- zu keiner Zeit von den alliierten Menschenjägern behelligt worden ist. Selbst dann wurde nicht gegen ihn "ermittelt", als er sich 1952 mit Übergabe seines -- leider bis heute unbekannt gebliebenen -- Memorandums an die Bundesregierung den Bonner Insidern und auch den israelischen Verhandlungspartnern zu erkennen gegeben hatte.

So steht der Historiker auch hier, wie bei vielen anderen Kriegsereignissen im westlichen Rußland und in Polen vor fehlenden Dokumentationen. Dieses Beispiel zeigt erneut, daß viele 1945 noch vorhandene Unterlagen und Kenntnisse erst nachträglich vernichtet worden sind. Dennoch: Mögen auch deutsche Dienststellen zahlreiche Akten vernichtet und "Spuren beseitigt" haben, so konnte dies angesichts der vielfach weit verzweigten Geschehenszusammenhänge kaum vollendet bewerkstelligt worden sein -- zumal Indizien nicht nur aus Akten bestehen --, daß Wesentliches nicht mehr rekonstruierbar wäre.

Jedenfalls ist aus den Akten der östlichen Rüstungsinspektionen über das weitere Schicksal der Juden nichts zu entnehmen. [S. 391] **Hierbei ist hinzuzufügen, daß Albert Speer**

"1945 nahezu die vollständigen Akten seines Ministeriums den Briten übergeben hatte, und diese reiche Quelle heute im Imperial War Museum in London verwahrt wird." [84)]

Einiges fanden einzelne Autoren heraus: z.B. **Eugen Kogon** zufolge sind im Januar 1945 = 5.745 polnische Juden in Mauthausen eingetroffen.[S. 391]

Die von Speer aus dem Tagebuch von **Hans Frank** nachgeschobene Zahl vom 25.1.1944 mag man mit "*100.000 im gesamten Generalgouvernement noch vorhandenen*" zur Kenntnis nehmen [S. 389], doch muß sie von der Publikationsquelle her mit den historischen Tatsachen nicht übereinstimmen, schrieb doch z.B. bereits **Nahum Goldmann** in seinem Buch "Das jüdische Paradox", und er dürfte eher unter- als übertrieben haben:

"Aber 1945 gab es an die 600.000 jüdische KZ-Überlebende, die kein Land aufnehmen wollte." [85) S. 263]

An anderer Stelle ähnlich:

"Zuvor hatte die israelische Regierung den vier Alliierten diplomatische Noten übermittelt. Darin erklärte sie, daß die Aufnahme einer halben Million jüdischer KZ-Überlebender eineinhalb Milliarden Dollar erfordern würde." [85) S. 170]

Verwiesen sei an die in den ***HT*** Nr. 66 Seite 37 wiedergegebene Aussage der ***New York Times*** vom 24. Juni 1946 S. 12, derzufolge sich die verantwortlichen US-Militärs auf Grund des "*Einströmens von 10.000 Juden aus Osteuropa pro Monat in die amerikanische Besatzungszone*" auf das "*Hereinströmen von 3.000.000 Juden*" einrichten müßten. Nicht inbegriffen in diese -- zweifellos nicht exakt überprüfbare -- Zahl sind die jüdischen Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich in die britische und französische Besatzungszone oder in andere Länder sowie jene, die sich 1945 und später nicht als Juden haben registrieren lassen oder ihre Namen geändert haben.

Im Kontrast zu Albert Speer
Hermann Göring

Hans Fritzsche berichtet:

"Der Reichsmarschall wurde wenige Tage vor dem Zusammenbruch verhaftet und seines Amtes enthoben. Die Wächter erhielten -- wahrscheinlich von Bormann -- den Auftrag, ihn zu erschießen. Im Testament des Staatsoberhauptes wurde Göring als Verräter bezeichnet und aus der Partei ausgestoßen.

Der Angeklagte Nr. 1 hatte mir gegenüber dieses häßliche Ende einer jahrzehntelangen Freundschaft mit einer einzigen Bemerkung abgetan. Er erklärte einfach, daß er die falschen Informationen bedauere, die Hitler in seinen letzten Lebenstagen über ihn erhielt. Wegen eines solchen Irrtums aber könne er seine Haltung zum Führer in keinem Punkte ändern und fühle sich ihm auch heute noch verpflichtet und verbunden. ...

... weigerte er sich, Angaben über Hitler in Rechnung zu stellen, die nach dessen Tode gemacht wurden. Er als Gefangener habe keine Möglichkeit, eigene Erkundigungen einzuziehen. Er lehne es ab, das zu glauben, was ihm der Feind jetzt mit noch so überzeugenden Beweisen serviere. Geradezu feierlich versicherte er, nicht gewußt zu haben, was sich unter dem Stichwort »Endlösung der Judenfrage« wirklich verbarg. ...

Eiskalt zog er alle Dokumente und alle Aussagen zu diesem Punkt in Zweifel. Gewiß wage er nicht, sie als falsch zu bezeichnen. Aber er rechne mit der Möglichkeit, daß sie unzutreffend oder unvollständig seien. Die Angaben stünden in allzu großem Widerspruch zu allem, was er wisse." [86)]

82) Dan Kurzman, "Der Aufstand -- Die letzten Tage des Warschauer Ghettos", München 1976, S. 372.

83) *Deutsche Hochschullehrerzeitung*, Tübingen Nr. 4/1967, S. 26 - 28.

84) Ulrich Schlie (Hrsg.), "Albert Speer -- Die Kransberg-Protokolle 1945", München 2003, S. 16.

85) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978.

86) Hildegard Springer, "Das Schwert auf der Waage -- Hans Fritzsche über Nürnberg", Heidelberg 1953, S. 117 - 118.

Die "Kammler-Denkschrift vom 14.12.1941"

Seinen Buchtitel "Der Sklavenstaat" führt Albert Speer weniger auf Erlebtes im Dritten Reich zurück, als vielmehr auf einige Papiere, die man ihm nach dem Krieg zugänglich gemacht hat. Eine sogenannte "Denkschrift" des 42-jährigen **Dr. Ing. Hans Kammler** vom 14.12.1941 [87] spielt dabei eine besondere Rolle. Er "belegt" sie mit der Hinweis-Nr. NS 19/ 2065 des Bundesarchivs. Den damaligen Anfangsdienstgrad eines Standartenführers (Obersten) im WVHA verschwieg Speer ebenso wie die Tatsache, daß Dr. Kammler nach Kriegsende 1945 in Prag von Tschechen hingerichtet worden ist.

Im Herbst 1941 war der spätere SS-Obergruppenführer Dr. Ing. Hans Kammler als Baudirektor im Reichsluftfahrtministerium von der Waffen-SS übernommen worden und zum Leiter der Bauabteilung der Amtsgruppe C (Bauten) des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes avanciert. Sein Verantwortungsbereich erstreckte sich auf alle Bauangelegenheiten der Waffen-SS und Konzentrationslager, 1943/1944 auch auf Bunkerbauten, Fertigung sämtlicher Fernkampf- (V-) und neuartige Luftabwehrwaffen. So war Dr. Ing. Hans Kammler gegen Kriegsende mit in die erste Führungsriege des Dritten Reiches aufgestiegen. Dies machte es dem Umerziehungsgebot der Sieger zufolge erforderlich, ihm Schauerliches zum Schaden des deutschen Volkes anzuhängen. Albert Speer fand sich dazu bereit, diesen Köder in Form einer "Denkschrift" samt "zugehörigem Schriftwechsel" aufzugreifen, diese in die deutschen Akten gemischten Papiere als echt zu unterstellen und die Dimensionen des Schauerlichen noch durch weitere fantasievolle "Interpretationen" auszuweiten. Kammler habe, so Speer, als "*eine seiner ersten Amtshandlungen*" als neuer Amtsleiter im WVHA 1941

"einen Vorschlag zu einem »vorläufigen Friedensprogramm des Reichsführers-SS [entworfen]." S. 407

Schon hier verfälschte Speer, handelte es sich doch in Wirklichkeit um eine einzige Seite DIN-A-4-Papier, überschrieben mit "Vorläufiges Friedensbauprogramm des Hauptamtes Haushalt und Bauten, Amt II -- Bauten", -- also **Vorschlag** für ein **Bau**programm **des Amtes**, nicht Himmlers. Diese Seite Papier trägt zwar die Unterschrift von Kammler, ist im übrigen mit Schreibmaschine geschrieben, enthält als "*vorläufige Gesamtsumme RM 13.076.085.000,--*", jedoch keinerlei Erläuterungen darüber, wie die 6 dort einzeln aufgeführten Zahlen zustandegekommen sind, was allein schon ein Witz ist. Aus dem Punkt

"1.) Waffen-SS (Reichsgebiet + Generalgouvernement + Protektorat + Skandinavien + Niederlande RM 2.996.300.000,--"

machte Speer verfälschend eine Friedenszielsetzung der Reichsregierung für ein vergrößertes Reichsgebiet unter Einverleibung der genannten Länder. S. 407 Der Schwachsinn dieser Seite Papier ist dem sonst so scharfsinnigen Analytiker "nicht aufgefallen". Dieser besteht nämlich darin, daß

1. für die vorgetragenen Zahlen keinerlei Herkunftsnachweise geliefert wurden,
2. einzelne Länder ohne Begründung beliebig genannt sind, andere hingegen nicht,
3. nicht erläutert ist, was die Waffen-SS im Frieden mit Bauten in Skandinavien zu tun haben sollte,
4. sich Herr Kammler, zumal zu einer Zeit, von der Albert Speer selbst schrieb,

   "als die Winterkatastrophe die Kampfkraft der deutschen Verbände im Ostraum lähmte", S. 407

   auf ein "*Friedensbauprogramm für ... 6. Neuer Ostraum*" auf "*RM 6.098.730.000,--*" festlegen konnte,
5. weder erwähnt ist, was eigentlich gebaut werden sollte, noch auf welchen Zeitraum sich die Bausummen beziehen.

Hellseher Himmler pflegte dies dann in seinem "Schreiben vom 31.1.1942" für "*offizielle SS- und Polizeibauten für einen Zeitraum von 5 Jahren*" nachzuliefern, wobei er -- um die Verwirrung komplett zu machen -- "glaubte",

"daß dabei die ganz enormen Bauten, die wir für Waffen-SS, Allgemeine-SS und Polizei erstellen wollen, noch nicht mitgerechnet sind."

Speer "interpretierte" freiweg:

"Unter dem »Reichsgebiet« war ein erweitertes Deutschland zu verstehen, das durch die Übernahme einiger in der Denkschrift einzeln aufgeführter Länder in die Reichshoheit gebildet werden sollte.

So geht aus diesem Bauprogramm hervor, daß das gesamte polnische Gebiet, die Tschechei, Skandinavien (nicht nur Norwegen) sowie die Niederlande dem Deutschen Reich einverleibt werden sollten. ...

Der [Dieser] Ostraum sollte kolonialen Charakter tragen und sich bis zum Ural, an die Wolga und bis Baku am Kaspischen Meer erstrecken.

Da »dieses Bauvolumen sich auf 5 Jahre [verteilt], würde [sich] ein Jahresvolumen für das Reichsgebiet von rund 1,4 Milliarden RM und für den Ostraum von rund 1,2 Milliarden RM ergeben«, resümierte die Denkschrift. [87]

Speer zufolge reichte **Oswald Pohl** als Chef des WVHA und damaliger Vorgesetzter Kammlers diese eine Seite DIN-

87) Ba: NS 19/ 2065. Hier auch der "Brief Himmler an Pohl vom 31.1.1942", "Brief Kammler an Standartenführer With v. 1.7.1943" -- Speer S. 407 + 498 Fußnote 11.

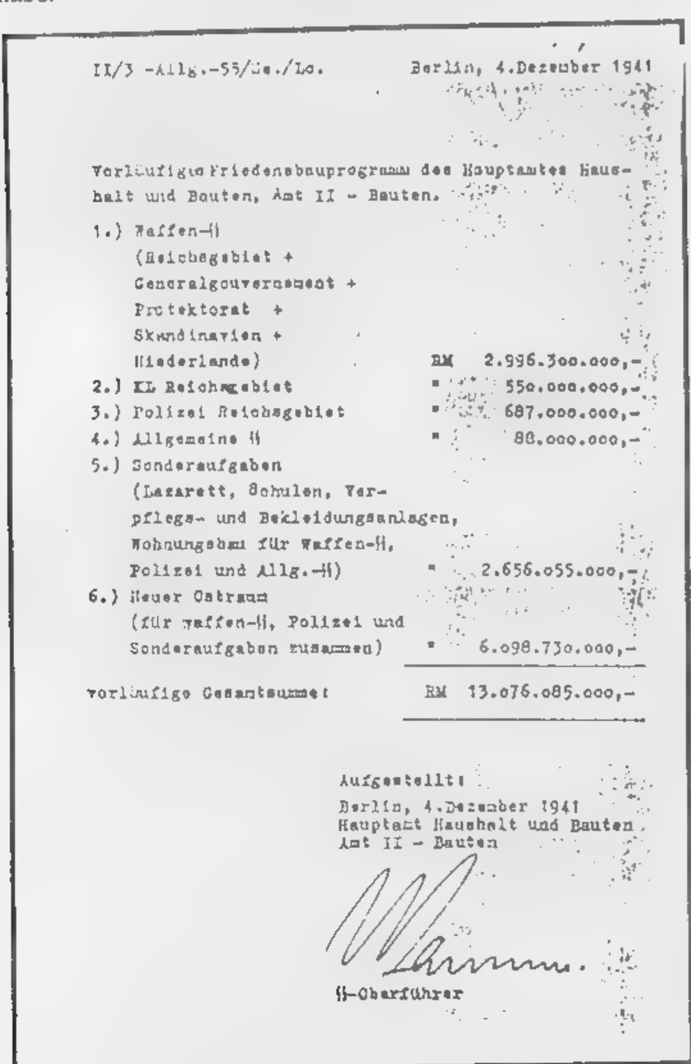
A-4-Papier (Speer zufolge = "Denkschrift") am 14. Dezember 1941 bei Himmler ein und meinte ergänzend,

"»Es sei notwendig, schon jetzt im Kriege [...] die Anerkennung einer eigenen Bauhoheit zu erreichen.«

Diese Bauhoheit wurde im Juli 1943 der SS vom Innenminister zugesprochen." S. 407

Man "plante" also angeblich schon für den Frieden, ohne zu wissen, ob man überhaupt über eine eigene Bauhoheit verfügen könnte!

Speer war zwar ob der von Kammler genannten "*gigantischen Bausumme*" überrascht, seltsamerweise aber nicht darüber, wie ein soeben erst "*zu **Himmler** übergewechselter*" Baudirektor im Range eines Standartenführers als eine seiner ersten Amtshandlungen das Reichsgebiet eigenmächtig auf eine ganze Reihe fremder Länder ausdehnen konnte und keiner seiner Vorgesetzten, auch **Himmler** nicht, daran Anstoß nahm. Dieser war nicht einmal der Auftraggeber für eine solche "Denkschrift", war doch von einem Auftraggeber keine Rede. Der Reichsführer-SS hatte solche Kompetenzen überhaupt nicht! Albert Speer kam gar nicht auf die Idee, einmal der Frage nachzugehen, wer Kammler zu solchen Grenzziehungen des Reiches berechtigt habe, und wie es möglich gewesen sein sollte, daß **Oswald Pohl** ihn nicht bereits gerügt, statt dessen die "Denkschrift" an **Himmler** weitergeleitet habe!



II/3 -Allg.-SS/Ge./Lo. Berlin, 4.Dezember 1941

Vorläufiges Friedensbauprogramm des Hauptamtes Haushalt und Bauten, Amt II - Bauten.

1.) Waffen-SS (Reichsgebiet + Generalgouvernement + Protektorat + Skandinavien + Niederlande)	RM	2.996.300.000,-
2.) KL Reichsgebiet	"	550.000.000,-
3.) Polizei Reichsgebiet	"	687.000.000,-
4.) Allgemeine SS	"	88.000.000,-
5.) Sonderaufgaben (Lazarett, Schulen, Verpflegs- und Bekleidungsanlagen, Wohnungsbau für Waffen-SS, Polizei und Allg.-SS)	"	2.656.055.000,-
6.) Neuer Ostraum (für Waffen-SS, Polizei und Sonderaufgaben zusammen)	"	6.098.730.000,-
vorläufige Gesamtsumme:	RM	13.076.085.000,-

Aufgestellt:
Berlin, 4.Dezember 1941
Hauptamt Haushalt und Bauten
Amt II - Bauten

SS-Oberführer

Dem Faksimile ist zu entnehmen, daß nirgendwo etwas von "Denkschrift" steht. Speer hat fantasiert!

Im Nürnberger Tribunalprozeß 1945/1946 hatte man diesen "Schriftwechsel" nicht vorgelegt, wußte man doch, daß der "Baulöwe" in Deutschland nicht **Himmler**, sondern **Dr. Fritz Todt** war. Selbst Speer hatte in seinen "Erinnerungen" die Meinung "aller" wiedergegeben,

*"daß **Fritz Todt** nicht zu ersetzen sei: hatte er doch die Stellung von drei Ministern inne; er war im Range eines Ministers der oberste Chef des gesamten Straßenbaus, der Chef aller Wasserstraßen, Flüsse und Meliorationen und aller Kraftwerke und überdies als Beauftragter Hitlers Minister für Bewaffnung und Munitionsbeschaffung des Heeres. In Görings Vierjahresplan leitete er die Bauwirtschaft und hatte außerdem die Organisation Todt geschaffen, die den Westwall und die U-Boot-Bunkeranlagen am Atlantik errichtete, sowie die Straßen in den besetzten Gebieten von Nord-Norwegen bis Süd-Frankreich und in Rußland baute.*

So hatte Todt im Laufe der letzten Jahre in seiner Hand die wichtigsten technischen Aufgaben zusammengefaßt. Zunächst noch der Form nach in verschiedene Ämter getrennt, stellte seine Konstruktion das zukünftige technische Ministerium dar, um so mehr, als er in der Parteiorganisation das Hauptamt der Technik und gleichzeitig die Leitung des Spitzenverbandes aller technischen Vereine und Verbände innehatte." 4) S. 210

Speer wußte darüber hinaus, daß es Hitler war, der kraft Erlaß im Krieg das Bauvolumen festlegte.4) S. 232

Das alles hatte Speer bei Konzipierung seines "Sklavenstaates" bereits wieder "vergessen".

Die "Kammler-Denkschrift" paßt hingegen genau in das Denk- und Handlungsschema des damaligen Lügen-Koordinators in den westlichen Besatzungszonen **Sefton Delmer**,

"möglichst einem Toten etwas in den Mund zu legen, denn er wäre der einzige, der es hätte widerlegen können, doch der kann es nicht, weil er tot ist." [88]

Zum andern entsprach es jenen gewissenlosen "Schwarzpropagandisten" auch, "Dokumente" bzw. "Schriftwechsel" frei zu erfinden, um einen "deutschen Großraumplan bis zum Ural und zum Kaspischen Meer" bereits in das Jahr 1941 zu verlegen. Damit konnte dann gleichzeitig der Rußlandfeldzug als "Krieg zum Erwerb von Lebensraum" umfunktioniert und der bis zum Dezember 1941 erfolgte Vormarsch der deutschen Truppen bis vor die Tore Moskaus als "reale Basis für einen solchen Plan" ausgegeben werden.

Freilich fällt auch hier der Fehler dieser Leute wieder auf, daß sie versäumt haben, die Wechselwirkungen ihrer Fälschungen zu beachten, die sich ja irgendwo niedergeschlagen haben müßten. Sie versuchten zwar auch hier mit ihrer "Schriftwechsel-Kreation" diesen Konsequenzen nachzukommen, doch steigerten sie sich damit in neue Grotesken hinein. So z.B. wenn Himmler mit seinem neuen Amtschef deshalb nicht zufrieden gewesen sei, weil

88) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1962, S. 543; vergl. ***HT*** Nr. 2, S. 6 - 8.

"die ganz enormen Bauten, die wir für die Waffen-SS, Allgemeine SS und Polizei erstellen wollen",

in seinem Plan

"noch nicht mitgerechnet worden seien."

Auch dieser "Brief **Himmlers** an **Pohl** vom 31.1.1942" [87] kann nicht echt sein, weil sich Himmler zu diesem Zeitpunkt keineswegs *"mit ganz enormen Bauten für die Allgemeine SS"* befaßt haben konnte, einer Organisation, die seit Kriegsbeginn total verkümmert war. Im übrigen konnte **Himmler** nur im Rahmen seiner Waffen-SS und des dem Reichssicherheitshauptamt zugebilligten Etats planen, keineswegs als Reichsaußenminister, Reichsbauleiter, Reichswirtschaftsminister, Reichsarbeitsminister, Minister für die besetzten Ostgebiete oder als Chef des Generalgouvernements.

Himmler am 31.1.1942 weiter:

"Bis der Krieg beendet ist, rechne ich, daß wir einige 100 Milliarden innere Kriegsschulden haben werden. Wir haben dann bei allen unseren Maßnahmen zu berücksichtigen, daß der Staat, wenn dann in Friedenszeiten das große Bauprogramm kultureller und sozialer Art des Staates noch vollzogen werden soll, bei allen anderen Forderungen und Notwendigkeiten und bei allen Etats die größte preußische Sparsamkeit wird einführen müssen. ..."

Sach- und Stilkritik: "Bis der Krieg beendet ist" -- bezeichnet die Zeit von jetzt bis dann. -- "Wir haben **dann**" (könnte nur ab Kriegsende bedeuten) ... *"zu berücksichtigen, daß der Staat, wenn* ***dann*** *in Friedenszeiten ... bei allen anderen Forderungen und Notwendigkeiten und Etats die größte preußische Sparsamkeit wird einführen müssen"*, -- was voraussetzt, daß der Staat sie gegenwärtig noch nicht eingeführt hat. -- Was ist das für ein abartiges Gefasel? Wie kann man bei *"Forderungen und Notwendigkeiten"* die *"größte Sparsamkeit einführen"*? -- Soll das alles erst ***"dann"*** geschehen, so bittet Himmler **Pohl** im nächsten Abschnitt *"aus diesem Grunde heute schon"* in gleichermaßen stilwidrigem und grammatikalisch falschem Deutsch,

"mit allen Maßnahmen darauf abzuzielen, daß wir durch Heranbildung von Gefangenen zu Handwerkern, und zwar Spezialisten .... die Baukosten aller unserer staatlichen und privaten Bauten der SS und Polizei auf das Minimum herabgesetzt werden, was wir nicht selbst produzieren, also elektrische Kabel, Drähte, Dampfheizungen (die Röhren machen wir selbst), Eisschränke, sonstige Maschinen und Apparate, Installation usw. Alle anderen 80% eines Hauses oder eines Staatsgebäudes müssen von uns durch eigenes Material und durch eigene Kräfte erstellt werden. Tun wir das nicht, so werden wir weder anständige Kasernen, Schulen, Dienstgebäude bekommen, noch werden wir Wohnungen für unsere SS-Männer im Altreich haben, noch werde ich als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Riesensiedlungen hinstellen können, mit denen

Der Reichsführer-SS

Tgb.Nr. AR/1154/3

RF/V.

Führer-Hauptquartier
31. Jan. 1942

8

Lieber P o h l !

Ich habe Ihren Brief über das vorläufige Programm des Hauptamtes Haushalt und Bauten gelesen.

Danach wird das Bauprogramm, allein das offizielle, d.h. also das SS- und Polizeigebäude umfaßt, für 5 Jahre rund 13 Milliarden umfassen. Ich glaube daß dabei die ganz enormen Bauten, die wir für Waffen-SS, Allgemeine-SS und Polizei erstellen wollen, noch nicht mitgerechnet sind.

Über die Sicherung der Baukontingente haben wir mündlich schon gesprochen. Das Baukontingent Stein können wir uns selbst sichern und werden es noch in viel höherem Maße tun, als wir es bisher getan haben. Ebenso das Kontingent Kalk und Zement. Das Kontingent Eisen glaube ich durch ein sehr enges Zusammenarbeiten mit den Hermann-Göring-Werken, Pg. Pleiger, ebenso das Kontingent Holz nach Rücksprache mit Staatssekretär Alpers in der Zukunft durch Zuteilung von Holzkonzessionen im nordrussischen Raum sichern zu können.

Nun möchte ich aber zu einer anderen Frage Stellung nehmen. Bis der Krieg beendet ist, rechne ich, daß wir einige 100 Milliarden innere Kriegsschulden haben werden. Wir haben dann bei allen unseren Maßnahmen zu berücksichtigen, daß der Staat, wenn dann in Friedenszeiten das große Bauprogramm kultureller und sozialer Art des Staates noch vollzogen werden soll, bei allen anderen Forderungen und Notwendigkeiten und bei allen Etats die größte preußische Sparsamkeit wird einführen müssen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie heute schon, mit allen Maßnahmen darauf abzuzielen, daß wir durch Heranbildung von Gefangenen zu Handwerkern, und zwar zu Spezialisten,

\- 2 -

9

z.B. Spezialisten, die Keller ausheben, Spezialisten, die Keller bauen, Spezialisten, die Betondecken einziehen, andere, die ein Haus in die Höhe mauern, andere, die den Dachstuhl bauen, wieder andere, die Fensterstöcke einsetzen, usw. die Baukosten aller unserer staatlichen und privaten Bauten der SS und Polizei auf das Minimum herabgesetzt werden, was wir nicht selbst produzieren, also elektrische Kabel, Drähte, Dampfheizungen (die Röhren machen wir selbst), Eisschränke, sonstige Maschinen und Apparate, Installation, usw. Alle anderen 80 % eines Hauses oder eines Staatsgebäudes müssen von uns durch eigenes Material und durch eigene Kräfte erstellt werden. Tun wir das nicht, so werden wir weder anständige Kasernen, Schulen, Dienstgebäude bekommen, noch werden wir Wohnungen für unsere SS-Männer im Altreich haben, noch werden ich als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Riesensiedlungen hinstellen können, mit denen wir den Osten deutsch machen.

Diesen Brief schicke ich zur Kenntnisnahme auch an alle Hauptamtschefs, damit die gesamte SS bereits in diesem Sinne denken lernt. Ebenso erhalten ihn die Oberabschnittsführer des Ostens.

H e i l H i t l e r !

I h r

wir den Osten deutsch machen." [87)]

Durch 6 Worte hat sich der ausländische Verfasser dieses "Briefes" -- abgesehen von allem anderen wirren Gefasel -- vollends verraten: Zentral- oder Warmwasserheizungen sind keine "**Dampfheizungen**". -- Diese haben auch keine "**Röhren**" sondern "**Rohre**"! -- **Himmler** verfügte für seine Truppe sowohl über "**anständige** *Kasernen, Schulen, Dienstgebäude*" ("*anständig*" kennzeichnet das Verhalten einer Person, aber nicht Gebäude!) aals auch für seine "*SS-Männer im Altreich*" Wohnungen, -- ohne daß er "**durch** (statt: "**mit** eigenem ..." !) *eigenes Material und eigene Kräfte*" etwas dazu beigetragen hatte, denn das alles gehörte gar nicht zu seinem Aufgabenbereich! -- Der Begriff "**Schule**" (für Kinder, Schüler vorgesehen), hat ebenfalls nichts in einem solchen Brief zu suchen; es hätte "**Schulungsstätten**" heißen müssen. -- Weder konnten Himmler und seine Truppe auf "***private Bauten der SS und Polizei***" reflektieren, -- noch war es angebracht, zwischen "*Häusern und Staatsgebäuden*" einen Unterschied zu konstruieren.

Auch hatte Himmler am 31. Januar 1942 keinen Auftrag oder einen solchen in Aussicht gestellt bekommen, "*Riesensiedlungen hinzustellen*", zu schweigen davon, damit "*den Osten deutsch zu machen*". Mit "*Riesensiedlungen*" kann man "*den Osten*" nicht "*deutsch machen*". Kurz zuvor erst waren die Deutschen aus dem Baltikum und aus Wolhynien "heim ins Reich geholt" worden!

Die Unterschrift "*HH*" schließlich dürfte zu den leichtesten Übungen eines Fälschers gehören.

Speer hat den Unsinn dieser Schriftwechsel-Quacksalberei in seiner Stellungnahme am 20. Juni 1946 im Nürnberger Tribunalprozeß selbst beteuert:

"Ich kann weiter eine Rede von mir vom 18. April 1942 vorlegen, aus der hervorgeht, daß ich zu diesem Zeitpunkt noch der Meinung war, daß die deutsche Bauwirtschaft mit etwa 1,8 Millionen Arbeitskräften weitgehend stillgelegt werden solle, um für die Rüstung die notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten." [89)]

Nach 20-jähriger Haft war dem ehemaligen Minister für Rüstung und Kriegsproduktion die angebliche Schriftwechsel-Argumentation Himmlers allerdings nicht mehr suspekt.

Besprechungs-"Vermerke" -- also formlose Papiere -- und Hitler-Monologe (nach dem Stil, "er hat damals gesagt") ergänzen diese "Planungen", so daß niemand mehr verwundert ist, daß potz blitz "*nach der deutschen Methode mit Hilfe eines Meisters aus Deutschland*" -- so formulierten in der Nachkriegszeit etliche Zeugen -- ganz Osteuropa vom Baltikum über die Ukraine bis zum Ural und zur Krim "eingedeutscht" ist oder werden sollte. Diesbezügliche Papiere liegen im Bundesarchiv, und Albert Speer hat sie gesehen. Damit sind "die Tatbestände erwiesen"? Vorher wußte der Minister nichts davon. Daß solche Papiere -- "Planungen" -- wären sie wirklich seit Dezember 1941 existent gewesen, realistische Resonanzen hätten auslösen müssen, zumal sie angeblich zu Führungsrichtlinien der Reichsregierung aufgewertet worden seien, zieht Albert Speer nicht in Erwägung.

Dieses Manko war auch nicht wettzumachen mit einem "Brief Kammlers an SS-Standartenführer **With**" im Stabe Generals **von Unruh** vom 1.7.1943, den Speer aufgespürt hat:

"Eines kann ich Ihnen jedoch abschließend auf Grund der ausführlichen Rücksprache beim Reichsführer vertraulich mitteilen, daß der Reichsführer-SS ein riesenhaftes Programm nach Kriegsschluß in eigener Bauhoheit durchzuführen für notwendig hält." [87)]

Weniger als "*riesenhaft*" machte **Himmler** das nicht. Einer hat's gehört und teilt es dem andern "vertraulich" schriftlich mit. Damit ist der "Beweis erbracht". Auch mit diesem "Brief" wurde das Bundesarchiv ausgestattet. Doch es garantiert damit nicht für dessen Authentizität! Aber weiter geht's:

*"Programme solchen Ausmaßes könnten, so stellte **Himmler** fest, nicht durch die deutsche Bauindustrie geleistet werden."* [S. 411]

Daher müßten -- so Speer in Zitierung eines "**Himmler-**Briefes an **Pohl** vom 31.1.1942" -- Häftlinge her, die können das! Architekt Albert Speer stolperte nicht über diesen Unsinn, sondern gab ihn als historisches Faktum aus. Speer zufolge soll dies der Hintergrund für den Kammler'schen Plan -- in Wirklichkeit "*Vorschlag*" [87),]auch keine neuerliche "Denkschrift", wie Speer an anderer Stelle formulierte [S. 419] -- vom 10. Februar 1942 zur Schaffung von militärisch organisierten SS-Baubrigaden mit 175.000 Mann gewesen sein. [S. 412] Kammler machte in seinem "Vorschlag" darauf aufmerksam, daß bei einem Häftlingseinsatz nur mit 50% Arbeitsleistung, Ausschußarbeit und "*mehr Aufwendungen als bei privatwirtschaftlicher Arbeitsleistung*" zu rechnen sei. Ohne Einbeziehung der privaten Bauwirtschaft und Bauindustrie wäre nichts Vernünftiges zu schaffen.[S. 412, 413] -- Speer hat sich wieder einmal selbst widerlegt!

"Die Erfahrungen mit Regiebetrieben im Weltkrieg 1914 - 1918 und in der Nachkriegszeit [seien] so schlecht gewesen, daß bis auf geringe Ausnahmen diese Regiebetriebe mit stärksten Verlusten nach kürzester Zeit alle aufgelöst werden mußten." [S. 412 - 413]

Wie jemand bei dieser Perspektive erwarten konnte, daß die Arbeitsleistung der Reichsbauwirtschaft mittels Häftlingsarbeit noch übertroffen werden könnte, war für Speer einfach zu beantworten: "*Unbelehrbarkeit, Realitätsferne und totaler Dilettantismus **Himmlers***". [S. 413 + 417] So einfach ist das Märchenerzählen.

Doch es wird noch grotesker: Während "*Himmler forderte, 80% des Friedensprogramms allein durch Häftlingsverbände durchführen zu lassen*" [S. 417] -- Hitler schien gar nichts mehr zu sagen zu haben --, bestimmte Speer zufolge Kammler am 14. Dezember 1941 als Neuling im Reichssicherheitshauptamt -- abgesehen von den schon genannten "neuen Reichsgrenzen" -- auch

"die Größenordnung des geplanten Sklavenprogramms, das

---

89) IMT, Bd. XVI S. 528.
Ba: R 3/1504 Protokoll der Besprechung Hitler - Speer vom 24. Mai 1942,; Speer, "Der Sklavenstaat", S. 421 + Fn 24 S. 500.
Ba: NS 19/14 Brief Pohl an Himmler v. 19.9.42 arbeitsfähige J. einsetzen (S. 39).

Friedensprogramm der nationalsozialistischen Regierung".[S. 418]

Hatte Speer zuvor selbst erwähnt, daß Kammler dem Führer erst anläßlich der "*Organisation des Einsatzes unserer V-Waffen*" 1943 bekannt geworden war,[S. 338] so hinderte ihn dies nicht, die "Denkschrift Kammlers vom 14.12.1941" -- eine Seite DIN-A 4, vergl. Faksimile -- als "Schlüsseldokument" der Reichsregierung herauszuputzen und z.B. den Kostenansatz 550 Millionen RM für das oder die "*KL Reichsgebiet*" wie folgt "hochzurechnen": Eine Lagerbaracke nebst Nebenanlagen für Installationen usw. kostete 45.600 RM. Sie war für 333 Häftlinge vorgesehen. Mit 550 Millionen RM hätten 12.061 Baracken erstellt werden können. Sie hätten 4.016.000 Häftlingen Quartier geboten, -- nur für das Reichsgebiet! Kammler schlägt vor, Himmler stockt die "*geplante Bausumme auf das 3,6-fache auf*", damit "*die Zahl der Häftlinge auf 14.450.000 Sklaven*",[S. 420] und schwuppdiwupp sah das "*Friedensprogramm der nationalsozialistischen Regierung*" so aus. Dies war

"für ein Reich des tiefsten Friedens gedacht [war], in der es gar keine Gegner mehr gab und für das Hitler ja vorgesehen hatte, lediglich alle paar Jahre einen kleinen Feldzug über den Ural hinaus zu führen, um die Autorität des Reiches zu demonstrieren und die Kriegsbereitschaft der deutschen Armee auf einem hohen Stand zu halten." [S. 418]

Beweise braucht dieser Thriller-Dichter nicht. Seitenlang setzte er diesen widerlichen, die deutschen Gefallenen, Verwundeten und Hinterbliebenen verunglimpfenden Stil fort, bis zur These, daß "*Hitler die Welt regieren würde*",[S. 423] -- was sich in Wirklichkeit **Stalin, Churchill** und **F.D. Roosevelt** zum Ziel gesetzt hatten!

Schon im Spandauer Gefängnis hatten seine Mitgefangenen -- **Dönitz, Heß, Funk, Raeder, Schirach** -- ihm vergeblich deutlich zu machen versucht, daß sein Masochismus, mit dem er sich nur aufspielen wolle, das ganze deutsche Volk belaste.[9) S. 400] Dabei ahnten sie noch nichts von seiner Steigerungsfähigkeit in späteren Publikationen.

Eine weitere Bildfälschung entdeckt

Einem aufmerksamen Leser des Heftes Nr. 78 der ***Historischen Tatsachen*** fiel nach dem Hin und Her über den wirklichen Dienstgrad von Christian Wirth -- ob Hauptsturmführer (Hauptmann) oder Sturmbannführer (Major) -- das Bild auf Seite 11 mit der Uniform eines Sturmbannführers auf. Seine Folgerung: Diese Uniform beweise, daß er entgegen der Aktenlage in den Archiven doch Sturmbannführer gewesen sei, denn man konnte keine solchen Kragenspiegel ohne entsprechende Beförderungsbestätigungen tragen.

Nun galt es, sich dieses Foto genauer anzuschauen. Und siehe da, die 4 Sterne auf dem Kragenspiegel stehen völlig wild und falsch zueinander. Den rechten Kragenspiegel mit den üblicherweise dort vorhandenen SS-Runen hat man total eliminiert, durch einen viel zu scharfen Schatten unrealistisch im Dunkeln verschwinden lassen. So war es in der Tat am einfachsten, ohne bei der gegebenen Perspektive und Schrägstellung der SS-Runen Fehler zu machen.

Wir haben uns um Vergleichsfotos bemüht, die diese tatsächlich jahrelang unentdeckt gebliebene Fälschung eindeutig nachweisen.



Das beanstandete "Foto".

Christian Wirth in verfälschter Uniform, die ihm einen höheren Dienstgrad verlieh, als den, den er in Wirklichkeit hatte. Vergleiche diesbezügliche Ausführungen in der *HT*-Nr. 78, S. 9 ff.

Die weiße Hals- bzw. Kragenbinde ist im Gegensatz zu den total "verdunkelten" SS-Runen am Kragen vom überstarken schwarzen Schatten überhaupt nicht "beeindruckt". Ein weiterer Regiefehler.

Die Tatsache, daß man die Uniform dieses Mannes verfälschend mit einem höheren Dienstgrad ausgestattet und somit seine Bedeutung aufgebauscht hat, ist schon ein Beweis dafür, daß auch die um ihn gerankten Geschichten im Rahmen der "Aktion Reinhardt" nicht stimmen. Im übrigen hätte selbst ein Sturmbannführer (Major) ebenso wenig wie ein Hauptsturmführer (Hauptmann) das verantworten, befehlen, durchführen können, was die Nachkriegspropagandisten Christian Wirth unterstellt haben. Die gesamte um ihn gerankte Thematik hatte man in solche Absurditäten verankert, daß sie in keinem Detail realistisch darzustellen war.

Vergleichsfoto:

Sturmbannführer Karl Schlamelcher, Fhr. II./A.R. Wiking



Christian Wirth,
Foto aus seiner Personalakte
des Bundesarchivs, Berlin, Finkensteinallee 63.

Vergleichsfoto:
Sturmbannführer Max Wünsche Kdr. Pz.Rgt. 12





Der "renommierte Zeithistoriker", im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte in München schreibende "Prof. für Antisemitismusforschung", Wolfgang Benz, geb. 1941, hielt Christian Wirth ebenso wie SS-Brigadeführer Odilo Globocnik nicht für so wichtig, um sie in sein Buch "Geschichte des Dritten Reiches" (Sonderdruck der Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung, München 2000, München C.H. Beck Verlag) aufzunehmen. In der *"vorzüglichen Einführung für jeden historisch interessierten Leser mit Blick auf das Wesentliche"* (Klappentext) heißt es auf S. 223 *"klar und anschaulich"*:

"Im Herbst 1941 begannen Mitarbeiter der Euthanasie-»Aktion T4«, ..., an drei abgelegenen Orten mit dem Bau von Vernichtungslagern auf polnischem Boden: Belzec, Sobibor und Treblinka. In diese Lager wurden die Bewohner der Ghettos transportiert und dort ohne weiteren Aufenthalt in Gaskammern ermordet. Das Giftgas kam aus dem Auspuff von Dieselmotoren, die von ukrainischen Hilfskräften bedient wurden. Von März 1942 bis Oktober 1943 starben in diesen Lagern etwa 1,75 Millionen Juden. Die Spuren dieser Mordstätten wurden noch 1943 beseitigt."

Ende des Themas, mit dem andernorts Christian Wirth und Odilo Globocnik als Verantwortliche in Verbindung gebracht werden.

Bei einer Größenordnung von 1,75 Millionen Menschen, von denen es keine Spuren gibt, bleibt in *"dieser vorzüglichen Einführung für das allgemeine Publikum"* alles anonym, pauschal, unkonkret. *"Mitarbeiter"* bauen mal eben innerhalb eines halben Jahres 3 Lager auf, *"das Giftgas kam von Dieselmotoren"*, die infolge ihres hohen (18%igen) Sauerstoffgehaltes in den Auspuffgasen für Massenmord gar nicht geeignet waren. -- BRD-amtliche politische Bildung.

Beinahe hätten wir es vergessen: Die BRD-Verantwortlichen hielten es für geboten, Zweifler und wissenschaftliche Gutachter mit Gefängnisstrafen zu bedrohen und sie tatsächlich auch über Jahre hinter Gitter zu bringen.

Nur 2 Vergleiche:

Den "Sodom und Gomorrha Terrorangriffen der Royal- + US-Airforce vom 24. Juli bis 3. August 1943 auf Hamburg fielen über 50.000 Menschen zum Opfer, den Bomberflotten am 13. und 14. Februar 1945 über Dresden rund 450.000. -- Die Städte des gesamten Deutschland lagen in Trümmern. Die "Spuren" waren ebensowenig zu beseitigen wie die Zeugen. Die Täter waren bekannt, sogar die Zahl und Art ihrer Bomben. -- Für Zweifler und "Leugner" bedurfte es keiner Strafgesetze. Die Beweislage war zu überwältigend.

Noch ein gefälschtes Bild

Mit dem Thema gefälschter Bilder hätte sich Albert Speer befassen müssen, gab er doch vor, "die Wahrheit ergründen zu wollen". Unterlagen für diesen Forschungsbereich standen ihm genügend zur Verfügung. Er hat dies alles mißachtet.

"»Der Untermensch, der mit seinen Händen, seinen Füßen und seiner Art Gehirn, mit seinen Augen und seinem Mund wie ein Angehöriger der menschlichen Rasse aussieht, ist dennoch von ganz anderer Art; er ist eine entsetzliche Kreatur ..., durch seinen Geist und seine Seele steht er selbst noch unter dem Tier.«

Diese Einschätzung aus einem SS-Flugblatt sollte auf ihre Urheber zurückfallen, während die verfolgten Juden selbst in der Stunde tiefster Erniedrigung eine würdevolle Haltung bewahrten."

Mit diesem Text abgedruckt in "Der Zweite Weltkrieg -- Von Pearl Harbor bis Stalingrad", Stuttgart - Zürich - Wien 1979, Bd. 2, S. 132, Verlag das Beste.

==========

Das obere -- dem voranstehenden Text zugeordnete -- Bild ist gemalt, und zwar nach einer Methode, die erst nach dem Krieg für solche Art Bilder entwickelt wurde, wie die vielen bereits in anderen Ausgaben der ***HT*** und in der Broschüre "Bild'dokumente' für die Geschichtsschreibung?" (Vlotho/Weser 1973) nachgewiesenen Synonyme belegen. Es kann sich also um kein Bild auf einem *"SS-Flugblatt"* handeln. Allein schon der Ausdruck *"SS-Flugblatt"* ist zu ungewöhnlich, um von einem Deutschen zu stammen! Datum, Zeitpunkt, Tatort, Fundquelle sind typisch anonym gehalten. ***"SS-Flugblatt"* nebst Text sind lediglich beweislos behauptet.**



Doch zur Bildanalyse:

Die schwarz-weiß-Kontraste sind zu krass, die Schatten zu schwarz und auch nicht richtig. Verschiebt man beispielsweise ein an den oberen Rand des Hutschattens und Hut des linken Zivilisten angelegtes Lineal mit Hilfe eines Dreiecks parallel bis zum Schatten des nächsten Kopfes, so sucht man diesen Kopf vergebens. Sämtliche Konturen sind zu grob, die Augenpartien ausschließlich gekleckst. Der (im Bild) rechte Marschierer hat im Gegensatz zu seinen Mitmarschierern einen unrealistischen, total schwarzen oberen Kopfteil. Was hat der mittlere Marschierer für Hände, der "deutsche Gefreite" für ein linkes verwinkeltes Bein ab Stiefelansatz unterhalb des Knies?

Das Vergleichsfoto aus dem Polenfeldzug 1939 hat ebenfalls einen starken Lichteinfall von rechts, die Schatten sind dunkel, doch nicht schwarz. Die hellen Partien des Fotos bleiben gedämpft, selbst Haus und Fenster zeigen Licht, Schatten und Tönungsreflexe. Die Gesichter sind natürlich, die Augen klar.

Jüdische Untergrundbewegung in Polen

Albert Speers "Sklavenstaat" zufolge hat es offenbar keine jüdische Untergrundbewegung in Polen gegeben; -- nicht daß er sie geleugnet hätte, er erwähnte sie einfach nicht. Alles, was in seinen vorgestellten statistischen Bruchstücken nicht erschien, gab er kurzerhand als "*vernichtet*" aus und ersparte sich damit weitere Erörterungen.

Eine jüdische Quelle, die als "The Black Book of Polish Jewry" firmiert,[90] allerdings parteiische Geschichtsdarstellung beinhaltet, belehrt uns hingegen über einen "*von Anfang an*" -- also von Beginn der Besetzung Polens durch deutsche Truppen -- einsetzenden jüdischen Untergrundkampf, ohne Bezugnahme auf irgendeine deutsche Kriegs- oder Besatzungsmaßnahme. Die deutsche Führung hätte sich somit in Polen der jüdischen Bevölkerung gegenüber bestens verhalten können, -- sie blieb in einen unausweichlichen Todeskampf verstrickt! Dieses Haupteingeständnis sollte bei allen nachfolgenden Einzelheiten voranstehend als Maßstab beachtet werden.

Dieses "Black Book of Polish Jewry" enthüllt etliche aufschlußreiche Details. In der US-Ostküsten-Metropole New York kooperierten zweifellos weltweit verstreut lebende jüdische Informanten und Organisationsgremien, so daß zu unterstellen ist, daß das Herausgeberkollektiv seine bedeutungsvollen Aussagen über die jüdische Untergrundarbeit in Polen während der deutschen Besatzungszeit dokumentieren kann.

Die Autoren beginnen mit der Feststellung,[90) S. 228] daß den jüdischen Gemeinden und Selbsthilfeorganisationen trotz Verbot öffentlicher kommunaler, kultureller und sozialer Aktivitäten im deutsch-besetzten Polen dennoch vielerlei Tätigkeiten erlaubt waren, die mittels Untergrundmethoden ausgeweitet wurden. Schon im September 1939 wurde eine jüdische Widerstandsbewegung aufgebaut, die sich jedoch nicht nur auf jüdische Angelegenheiten beschränkte, sondern zum großen Teil in Zusammenarbeit mit Polen dem aktiven und passiven Kampf gegen die Besatzungskräfte gewidmet war.

Vom ersten Tag an -- also vom 1. September 1939 -- nahmen sie bereits am Guerillakrieg gegen die deutschen Truppen teil. Guerillakrieg war heimtückischer, völkerrechtswidriger Krieg aus dem Hinterhalt mit zivil gekleideten Waffenträgern, die sich an keine Völkerrechtsregeln hielten und für die solche folglich auch nicht gelten konnten.

Die Verbindung jüdischer Partisanen zur polnischen Befreiungsbewegung riß auch nach der Separierung in Arbeitslager und Ghettos nicht ab. In mindestens 60 Städten blieb die jüdische Untergrundbewegung bei zentraler Lenkung für das gesamte Generalgouvernement mit einer Selbstaufopferung ohnegleichen aktiv. Mit Beginn des Rußlandfeldzuges am 22. Juni 1941 dehnte sie ihren Kampfradius auf das östliche Polen aus. Hierbei haben sich Gruppen jüdischer Arbeiter, die Jewish Workers Party (Bund), the Zionist Labor Party (Poale Zion), zionistische Pioniereinheiten und orthodoxe Jugendgruppen besonders hervorgetan.

Ein Schwergewicht ihrer Aktivität legte die jüdische Untergrundbewegung auf die Publikation illegaler Zeitungen und Bulletins. Das polnische Informationszentrum in New York gab am 16. Juni 1942 bekannt, daß in Polen 150 illegale Zeitungen erscheinen, überwiegend sogar täglich, eine zweimal am Tag. Unter ihnen befanden sich 8 Zeitschriften, die von der jüdischen Untergrundbewegung herausgegeben wurden.

"Die Publikationen wurden sowohl im Ghetto als auch unter der polnischen Bevölkerung von einer besonderen Kurier-Brigade des Untergrundes verteilt. Unter ihnen befand sich ein wöchentliches Informationsbulletin mit Auslandsnachrichten, das ausländische Radiomeldungen wiedergab;

ein Monatsmagazin für Juden mit Artikeln über verschiedene Probleme Polens und der Welt;

ein spezielles Monatsmagazin in polnisch, das sich den jüdisch-polnischen Beziehungen widmete;

zwei Magazine -- eines in yiddisch und eines in polnisch --, das von der Jugendorganisation Zukunft, einem Zweig der jüdischen Arbeiter Partei (Bund) herausgegeben wurde." [90) S 229]

Hinzu kamen verschiedene andere illegale Zeitungen "*mit einer großen Reichweite unter den polnischen Arbeitern und der Intelligenz*".[90) S. 230].

Berichten zufolge erschien sogar zeitweilig im Warschauer Ghetto eine illegale Tageszeitung.

"Den Massendeportationen und Ermordungen in Polen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 begannen, wurde mit heftigen Protesten begegnet." [90) S. 230]

Man beachte: Sie begannen in Polen in der zweiten Hälfte des Jahres 1942, nicht etwa "von Anfang an".

Der jüdische Widerstand hingegen begann bereits im September 1939 seit Schließung der offiziellen Schulen mit der Organisierung wenigstens eines Minimums an schulischer und religiöser Erziehungs- und Lehrerbildungsarbeit, rettete jüdische Kulturschätze -- unter ihnen Bücherbestände aus Bibliotheken und Archiven -- "*vor Zerstörung, Raub und legaler Konfiskation*". Illegale Versammlungen wurden abgehalten und selbst im Ghetto illegaler Schleichhandel betrieben. **Dabei blieb die Hauptaufgabe: Sabotage und Guerillakrieg.**

"Sabotage in Polen begann sofort nach der Besetzung des Landes und weitete sich mit stets wachsender Intensität aus. *Die Berichte, die über den Einsatz der Guerillakämpfer und Saboteure in die Außenwelt gelangten, erfaßten zumeist den Zeitraum in der zweiten Hälfte des Jahres 1941. Die Sabotageakte verstärkten sich in einem solchen Maß, daß die deutsche Führung sich zu drastischen Gegenmaßnahmen gezwungen sah.*

90) Jacob Apenszlak + Co-Editors/American Federation for Polish Jews Inc. (Hrsg), "The Black Book of Polish Jewry -- An Account of the Martyrdom of Polish Jewry Under the Nazi Occupation", Frankfurt/M 1995 mit einer Einführung von Arno Lustiger, Syndikat Buchgesellschaft.

So wurde am 16. Dezember 1941 ein Gesetz verkündet, das die Verhängung der Todesstrafe vorsah für jeden Juden oder Polen, der des geringsten Sabotageversuchs für schuldig befunden wurde, und mochte er nur das Beschädigen oder Herunterreißen einer offiziellen deutschen Verlautbarung betreffen." 90) S. 232

Man beachte das Datum: Erst am 16.12.1941 und die Einschränkung: der Saboteur mußte für schuldig befunden sein, gleichgültig, ob Pole oder Jude!

Anschließend wird berichtet, daß, abgesehen auch von anderen Vergehen, sogar für das Inbrandstecken einer Möbelfabrik, die für die deutsche Kriegsindustrie produzierte, nicht etwa jemand erschossen wurde, sondern "*200 Polen und 20 Juden in ein Konzentrationslager verbracht wurden*". Wie wären wohl die Sowjets, die Briten oder Amerikaner mit solchen Leuten umgegangen?

Die polnische Exilregierung in London sah sich gezwungen, die jüdische Untergrundbewegung zu erwähnen, sogar die Führung einer Guerilla-Einheit durch eine Frau. 90) S. 233

"Der heroische Widerstand der jüdischen Untergrundbewegung in Polen erreichte seinen Höhepunkt in der ersten Hälfte 1943, als die Juden zum offenen Kampf gegen die deutschen Barbaren schritten. ...

Die Vorbereitungen für einen bewaffneten Widerstand und die Aufgabe, die jüdische Bevölkerung mit Maschinengewehren, Handgranaten und Sprengstoff zu versorgen, wurden streng geheim und mit höchster organisatorischer Präzision durchgeführt. ...

Der erste bewaffnete Kampf in den Straßen des Warschauer Ghettos fand am 7. Februar 1943 statt, und unter den vielen Hunderten Opfern befanden sich viele Deutsche. ...

Am 19. April 1943 brach in Warschau [im Ghetto] *erneut ein bewaffneter Aufstand aus, und zwar mit stärkerer Gewalt als der erste. Obgleich die Juden Warschaus für ihren Aufstand mit dem Leben ihrer heroischen Kämpfer bezahlten, wandelte er sich gleichzeitig in ein Blutbad für die Deutschen. Diese Schlachten dauerten länger als eine Woche."* 90) S. 234

Gemäß einer geheimen polnischen Funkmeldung sollen in den Straßenkämpfen des Warschauer Ghettos 300 deutsche Soldaten gefallen und über 1.000 verwundet worden sein. Die Deutschen sahen sich bei Niederkämpfung dieses Aufstandes zum Einsatz von Artillerie und Panzern gezwungen. Die Aufständischen haben 7.564 Mann an Toten eingebüßt; 56.065 Personen haben sich ergeben.

Räumung und Neuansiedlungen

Dem Warschauer Judenrat war im Juli 1942 bekanntgemacht worden, daß die Bewohner des Warschauer Ghettos in täglichen Quoten von 6.000 Menschen nach Osten und in den Lubliner Raum ausgesiedelt werden. Vom 22.7. bis 3.10.1942 sind laut Bericht von SS-Brigadeführer **Jürgen Stroop** vom 16. Mai 1943 = 310.322 und im Januar 1943 weitere 6.500 Juden aus dem Ghetto ausgesiedelt worden .[91] Diese Zahlen werden von anderen Unterlagen bestätigt.

Der bereits erwähnte **Eugene Kulischer** schrieb in seinem beachtlichen, bereits 1943 in Montreal erschienenen Werk:

"... insbesondere ist eine neue, umfangreiche Aussiedlung aus dem Warschauer Ghetto vermeldet worden. Viele der Deportierten wurden in die Arbeitslager an der russischen Front gesandt; andere wurden zur Arbeit in den Sümpfen von Pinsk abkommandiert oder in die Ghettos der baltischen Staaten, Weißrußlands und der Ukraine geschickt." 34) S. 110 f

In der internationalen Literatur finden sich keinerlei dokumentarische Beweise für die Begründung dieser Entscheidung der deutschen Führung, was den Verdacht nahelegt, daß diesbezügliche Schriftstücke nachträglich aus den deutschen Aktenbeständen entfernt wurden. Daß die Deutschen selbst diese Aktenvernichtung besorgten, mag für Einzelfälle stimmen, kann aber kaum das lückenlose Gelingen erklären.

Schließlich hatten sie Gründe, hier neue Verhältnisse zu schaffen: Angesichts des im Osten inzwischen gewonnenen Raumes auf der einen und der für die deutschen Behörden im Warschauer Ghetto unüberschaubar und unregulierbar gewordenen Ernährungs-, Gesundheits-, Wohnungs-, Arbeits- und Sicherheits-Verhältnisse andererseits schien eine Verteilung der Bevölkerung auf östliche Regionen angeraten. Die Ghetto-Verhältnisse mußten in dem für die Ostfront so lebenswichtigen Verkehrsknotenpunkt Warschau früher oder später verhängnisvolle Folgen auslösen. So schien eine Verteilung der Bewohner auf östliche Regionen in Rußland allein schon zwecks Gewährleistung einer Selbstversorgung sowie Betriebsverlagerungen in vorbereitete weiträumige Arbeitsstätten im Lubliner Raum sinnvoller, als die sich fatal auswirkende Ghetto-Entscheidung von 1940 unrevidiert zu lassen. Die später im Ghetto aufgefundenen Waffenvorräte, der organisierte Untergrund, die zahlreichen Bunkerbauten und genutzten Kanalisationswege, aber grundsätzlich auch die unmöglich gewordenen Lebensbedingungen im Ghetto rechtfertigten solche Beweggründe.

Die Aktenvernichtung sämtlicher hiermit in Zusammenhang stehender deutscher Behörden konnte nur dem propagandistischen Effekt dienen, der Öffentlichkeit -- wie dies auch in allen zugehörigen Geschehenskomplexen geschehen ist -- zu suggerieren, die deutsche Besatzungsmacht habe es auf "die Ausrottung" der Ghetto-Bewohner abgesehen und tunlichst alle Spuren hierfür rechtzeitig beseitigt.

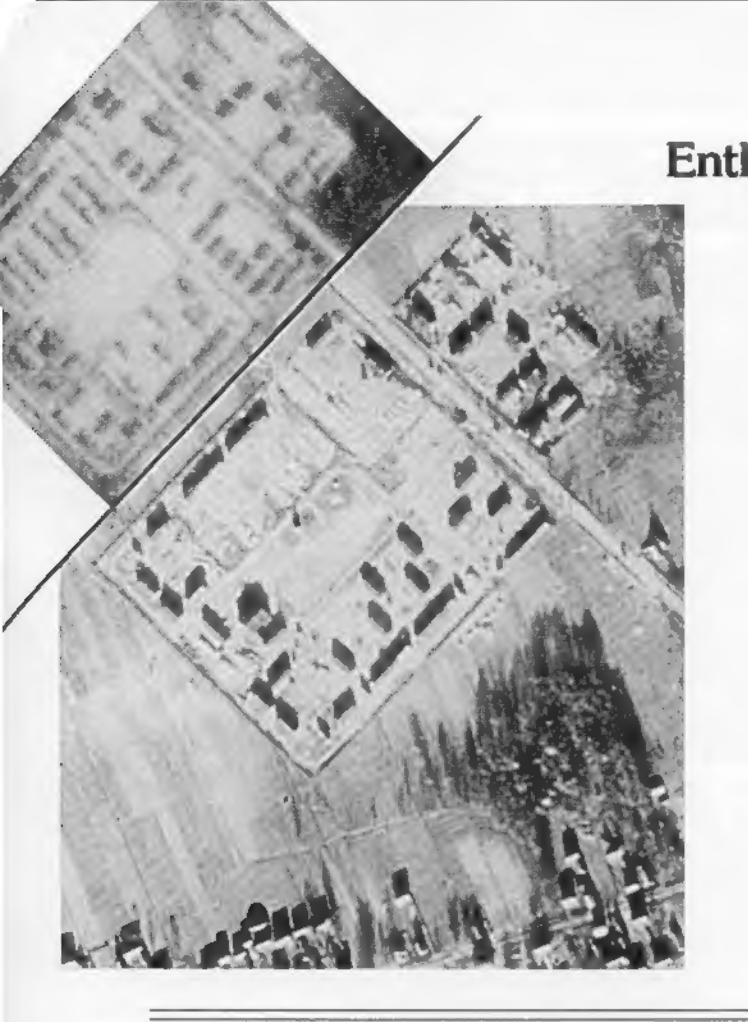
Da nun aber feststeht, daß der größte Teil dieser Deportierten Warschau ostwärts in Richtung Treblinka verlassen hat, sind die in den ***Historischen Tatsachen*** Nr. 44 "Der Fall Treblinka" veröffentlichten Luftfoto-Nachweise vom 13.5.1944, 18.5.1944 und 16.10.1944 über das 3 km von Treblinka entfernt gewesene große Durchgangslager Malkinia sowie auch das Lager "Treblinka II" von grundsätzlicher Bedeutung. An der Authentizität dieser Luftbilder aus den Washingtoner National Archives gibt es nicht den geringsten Zweifel.

Die offiziellen Meinungsmacher haben bisher durchgängig die Version in Umlauf gesetzt, die Deutschen hätten jeweils allerorten "alle Spuren ihrer Verbrechen beseitigt". Wir zitieren für den Fall Treblinka.

Prof. Raul Hilberg:

91) IMT Bd. XXVI, S. 634 f -- PS-1061. -- Vergl. zu diesem Thema Carlo Mattogno/Jürgen Graf, "Treblinka" aaO. S. 341 f.

92) Raul Hilberg, "The Destruction of the European Jews", Chicago 1961, S. 630.



Entlausungs- und Durchgangslager westlich Malkinia, 3 km nördlich Treblinka an der Straße Malkinia - Brok

Luftaufnahmen deutscher Fernaufklärer vom 13. Mai (oben) und 16. Oktober 1944 (unten), nachgewiesen im National Archiv in Washington (Signatur: GX 72 F 933/44 SK Expl. 139 + 140; + GX 12290 F 3086 SK r 2600 Expl. 68 + GX 1946/44 SD Epl. 076). Ob dieses Durchgangslager ebenso wie das einige km entfernte "Treblinka II" Ende November 1943 "völlig geräumt" worden ist, ist infolge der umfassenden Aktenvernichtung nicht bekannt. Doch eindeutig steht fest, daß die Sowjets dieses Lager im Juli 1944 in diesem Zustand vorgefunden und übernommen haben, "die Deutschen" also keineswegs "die Spuren beseitigt" haben. Gleiches war der Fall bei "Treblinka II" und einem weiteren Arbeitslager dort, wie die in den ***Historischen Tatsachen*** Nr. 44 abgedruckten weiteren Luftbilder beweisen.

"Das Wirth-Kommando hatte den Auftrag erhalten, alle Spuren der Lager [Sobibor, Belzec, Treblinka) zu beseitigen. Er hat diese Aufgabe ausgeführt." [92]

Oberstaatsanwalt **Adalbert Rückerl:**

"Die noch vorhandenen Gebäude, auch das Gashaus, wurden schließlich abgerissen. Das Gelände wurde eingeebnet und mit Lupinen besät. Alle Spuren sollten verschwinden. Auf dem Lagergelände wurde ein Bauernhaus errichtet, in dem ein ehemaliger Angehöriger der ukrainischen Wachmannschaft bleiben und das Gelände bewachen sollte." [93] S. 240

Sie hatten einschließlich all der "Zeugen", auf die sie sich stützten, gelogen. "Treblinka II" war von den Deutschen "*Ende November 1943 aufgelöst worden*".[93] S. 210 Doch "die Spuren" waren unverändert geblieben. Keines der 3 Treblinka-Lager war "von den Deutschen eingeebnet" worden! Was soll auch das dümmliche Geschwätz von dem ukrainischen Wachmann, der das verlassene Gelände im partisanendurchsetzten Gebiet "bewachen" sollte? Ein Mann gegen eine Armee von Guerilla-Kämpfern, mit der die deutsche Polizei nicht einmal fertig wurde? Und schließlich: was soll nach Einebnung des Geländes eigentlich noch bewacht werden? Die Lupinen? Dieser "zurückgelassene Zeuge" konnte doch allenfalls den "Befreiern" brühwarm erzählen, was die bösen Deutschen dort alles so getrieben hatten!

Das große Durchgangslager Malkinia hatten nicht die Deutschen eingeebnet, sondern nachweislich der US-Archiv-Luftfotos aus dem Jahr 1944 die Sowjets bzw. Polen, Wochen nach dessen Einnahme im Juli 1944! Sie haben es ebenso kategorisch von Anfang an auch aus ihrer gesamten Treblinka-Holocaust-Literatur getilgt bzw. erst gar nicht mit aufgenommen!

Niemand sollte auf die Idee kommen, daß die Warschauer Ghetto-Bewohner dort einer Entlausung unterzogen und nach Zielorten im Baltikum, Weißrußland, der Ukraine und in den Lubliner Raum weitergeschleust wurden. Wenn auch hierüber die deutschen Akten verschwunden sind und Entsprechendes seither verschwiegen wird, was bei so vielen verschiedenen Dienststellen, die damit befaßt gewesen sein mußten, sehr verwunderlich ist, sofern dies die deutschen Kommandoführer selbst veranlaßt haben sollten, so gibt es doch für diese Weitertransporte reichhaltige Belege.[94] Hätte die deutsche Führung "ausrotten" wollen, so hätte sie das Ghetto langsam aushungern, sich die Bereitstellung von Zusatzverpflegung für die sich freiwillig zur Umsiedlung am Stawki Platz Ecke Dzika Straße Einfindenden[95], die Transporte, ein großes Durchgangslager in Malkinia/Treblinka, umfangreiche Entlausungen, Weitertransporte und erneute Ansiedlungen ersparen können. **Steffen Werner** hat ebenfalls zahlreiche Dokumente und Sachverhalte der Öffentlichkeit unterbreitet, die den sehr umfangreichen Bemühungen zur Aktenvernichtung seitens der Kriegsgegner Deutschlands den Krieg überdauert haben und belegen, daß mit zahlreichen Transporten so verfahren worden ist.[96]

Wie weit die Vernichtung von Beweismitteln nach dem Kriege geht, zeigt die Tatsache, daß die Sowjets sämtliche "Tatorte", angefangen von Auschwitz über Treblinka, Sobibor, Belzec, Majdanek und andere wie z.B. ganz Weiß-

93) Adalbert Rückerl, "NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse", München 1977, dtv.

94) Carlo Mattogno/Jürgen Graf, "Treblinka" aaO. S. 358 ff.

95) Wladyslaw Bartoszewski, "Das Warschauer Ghetto -- wie es wirklich war", Frankfurt/M 1986, S. 45.

96) Steffen Werner, "Die zweite babylonische Gefangenschaft", Pfullingen 1990, S. 116, 118 ff, 126 - 131.

ruthenien (Weißrußland) nach ihrer Eroberung von der Außenwelt abgeschottet, internationalen Inspektionen allenfalls nach monatelanger Wartezeit veränderte Verhältnisse zeigten oder berichteten, sofern die westlichen Alliierten dafür überhaupt Interesse bekundet haben, was im Falle der genannten Lager gar nicht der Fall war.

Wie total Stalin selbst gegenüber seinen westlichen Verbündeten, die ihm mit ihrer sagenhaften Pacht- und Leihhilfe und ihrem zusätzlichen militärischen Einsatz das Überleben erst ermöglicht haben, die Nachrichtensperre verfügt hat, belegt das Wort von **Winston Churchill** vom 12. Mai 1945 in einem Telegramm an US-Präsident **Harry S. Truman:**

*"Ich bin tief besorgt über die europäische Situation. ... **Ein eiserner Vorhang wird an ihrer Front herabgelassen. Wir wissen nicht, was dahinter vorgeht."*** 96) S. 103

Die Abschottung der Sowjetstaaten hielt an. So ist auch aufschlußreich, daß die UdSSR Israel kein einziges Dokument für den Eichmann-Prozeß 1961/1962 zur Verfügung gestellt hat, wie im übrigen auch der polnische Satellitenstaat ebenso zurückhaltend mit dokumentarischen Informations-Hilfen bei dem unentwegten Prozeßeifer der BRD-Behörden war. Er half allenfalls mal mit falschen oder unbedeutenden Unterlagen, den posthum veröffentlichten "Memoiren" des hingerichteten Rudolf Höss oder mit vorpräparierten Zeugen aus.

Die totale Abriegelung Weißrußlands 1945 bedarf seiner Bedeutung wegen über den bereits aufmerksam gemachten "Eisernen Vorhang" hinaus besonderer Erwähnung, weil sie ein historisch wichtiges Kapitel der Kriegsgeschichte umfaßt, das **Steffen Werner** mit "Die zweite babylonische Gefangenschaft" umschreibt und u.a. mit folgenden Ausführungen untermauert:

"Die Juden, die während des Krieges im Ostteil von Weißruthenien angesiedelt wurden, werden heute noch von der Sowjetunion in einer Art Gefangenschaft gehalten. ... 96) S. 5

Bei einem Vergleich deutscher Heereskarten von 1941 und 1943, die durch sowjetische Statistiken nach Kriegsende bestätigt wurden, fiel **Steffen Werner** eine ungewöhnliche Bevölkerungszunahme und Gründung von Ortschaften zwischen Minsk, Witebsk, Brest, Gomel, Mogilew, Orscha, Bobruisk, Pinsk und dem Pripjet mit einer Ausdehnung von etwa 120 km (Nord-Süd) auf 40 km Breite (West-Ost) auf.[96) S. 13, 19] Zusätzlich konnte er zahlreiche Transport-Nachweise der Reichsbahn über jüdische Deportierte zwischen Mai und Ende September 1942 von Wien, dem Altreich, aber auch von Warschau über Treblinka nach Minsk auflisten.[96) S.69 - 72] Sowohl der starke Partisanenkrieg in Belorußland mit "internationaler Besetzung" (z.B. ehemalige Rot-Spanien-Kämpfer) als auch der dort einsetzende Antisemitismus sowjetischer Behörden nach der "Befreiung" bei gleichzeitig bemerkenswerten industriellen Initiativen und besonderer Abriegelung dieses Gebietes gegen und nach Kriegsende sind nicht nur für **Steffen Werner** Kennzeichen für das Überleben vieler jüdischer Deportierter aus den Jahren 1942 - 1943.

Beschlagnahme und Vernichtung von unerwünschter historisch-wissenschaftlicher Literatur und ihren Beweismitteln bei gleichzeitiger Förderung von Lügen gegen Deutschland auch dann, wenn diese längst widerlegt sind, blieb noch über 50 Jahre nach Kriegsende an der Tagesordnung. Hier wäre zu beginnen mit der längst widerlegten Schuld Deutschlands am Ersten und Zweiten Weltkrieg, den seit Jahrzehnten aufgedeckten unzähligen Bildfälschungen politischer und militärischer Motive und wäre fortzusetzen bis hin zu den Strafprozessen für wissenschaftliche Analysen des Kriegsgeschehens, wobei die Vernichtung der *Historischen Tatsachen*-Hefte **Nr. 1, 3, 15, 36, 38, 44, 52, 53, 59, 60, 64, 66, 67, 68 nur Beispiele sind. Mit der** *HT*-**Nr. 44 wurden 1997 z.B. auch die veröffentlichten Luftbilder von Treblinka aus dem Jahre 1944 unter dem Vorwand der "*Verharmlosung des Holocaust*" und damit der "*Volksverhetzung*" beschlagnahmt und vernichtet, -- auch hier ohne ein einziges Sachargument zur Beweislage des Inhalts!** Im Vergleich hierzu sind die "verschwundenen" Nachkriegsakten wie die Vernehmungsprotokolle von **Kurt Gerstein**[97)] oder der **Melmer**-Akten[98)] als "harmlose Fälle" einzustufen.

Die seit den Nürnberger Tribunalprozessen 1945/46 durchgängige Justizpraxis nach den Grundsätzen des Siegerrechts, sämtliche Beweismittel gegen Anschuldigungen deutscher Verbrechen wegen "Offenkundigkeit", "Unerheblichkeit", "unglaubwürdiger Zeugen" und ähnlichem Schnickschnack abzulehnen und damit jedwede Sachauseinandersetzung zu unterbinden, ergänzt diese Vorgänge. Verlängerung oder gar Aufhebung von Verjährungsfristen nur für Deutsche -- Amnestie für die anderen war sowieso schon 1945 verfügt! --, schließlich die Ausweitung des § 130 StGB 1985 und erneut 1994 sorgen für flächendeckende Anwendung auch gegen die Wissenschaft.

Diese Maßnahmen erfaßten selbst beeidete Sachgutachten von Ausländern, wie z.B. jenes des US-Gaskammer-Sachverständigen Fred Leuchter, oder jene von Diplom-Chemiker Germar Rudolf, von Dipl. Ing. Walter Lüftl -- eh. Präsident der österreichischen Ingenieurskammer in Wien --, die Arbeiten des französischen Professors Robert Faurisson, Jürgen Graf aus der Schweiz und vielen anderen.

So wurde die Geschichtsschreibung auf solcherart zustandegekommene und "rechtskräftig" gewordene Gerichtsurteile festgelegt.

Zu allen diesen Maßnahmen ist noch die Geheimhaltung wesentlicher deutscher und ausländischer Dokumente in den Archiven der Siegermächte zu nennen.

Wir erinnern:

> Albert Speer brachte sich in den Ruf, "*der einzige reuige Paladin Hitlers zu sein*"! 15) S. 546
>
> Welcher verlogenen Wendehals-Methoden er sich dabei bedienen mußte, kennzeichnet die Lage, der das deutsche Volk in Wirklichkeit gegenüberstand und nach wie vor zu bewältigen hat.

---

97) *"Die Akte Gerstein wurde am 10. November 1945 von den französischen Behörden an **Prof. Gros** an der französischen Botschaft in London gesandt, mit der Bitte, sie an den polnischen Delegierten beim Ausschuß der Vereinten Nationen weiterzuleiten. Seitdem fehlt von dieser Akte jede Spur."* -- Steffen Werner, "Die zweite babylonische Gefangenschaft", aaO. S. 107 unter Bezugnahme auf Saul Friedländer, "Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten", Gütersloh 1968 S. 8 f.

98) Vergl. ***HT*** Nr. 84, S. 33.